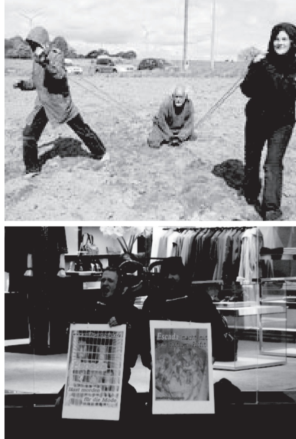
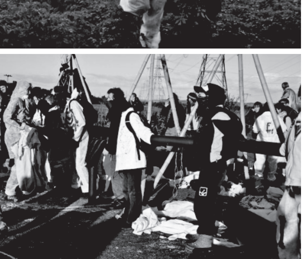
Frühjahr 2011
Nr. 57, 17. Jahrgang
offizieller Preis: 3,80€

Zeitung für Umweltschutz von unten

grünes blatt



ZIVILER UNGEHORSAM

TITELTHEMA AUF DEN SEITEN 3-11

ÖKOSTROM: ZENTRALISIERT ODER SELBSTVERWALTET?

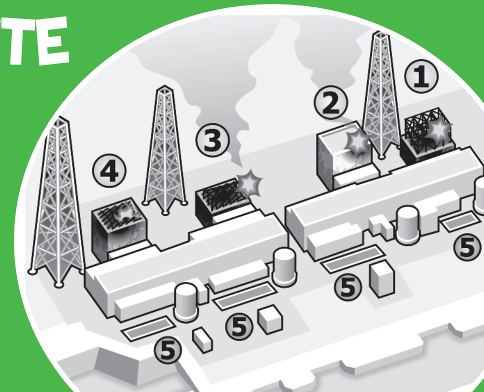
SEITE 20

DIE EXTREMISMUS-DEBATTE

SEITE 29

KONSEQUENZEN AUS FUKUSHIMA

SEITE 46





Ziviler Ungehorsam wozu ist das gut?

Thema: Ziviler Ungehorsam

(Hanna) Ich bin gefragt worden, ob ich einen Workshop zum Thema „Ziviler Ungehorsam“ auf einem Kongress anbieten könnte. Ich sage zu, weil ich das Gefühl habe zu wissen, worum es gehen soll und was gewünscht ist. Sitzblockaden und so. Aber dann frage ich mich doch, ob ich das gewünschte denn überhaupt liefern will, oder ob ich damit vielleicht eine Normalität reproduziere, die ich viel lieber aufbrechen würde.

Ich fange an, mich zu fragen, was „Ziviler Ungehorsam“ denn überhaupt sein soll. Ich denke nach über Kriterien, die eine Handlung erfüllen muss, um mit diesem Label versehen zu werden. Ich merke: Ich kann es nicht. Wenn ich es nicht kann, obwohl ich seit Jahren und teilweise sehr eng mit Menschen zusammenarbeite, die diesen Begriff wie selbstverständlich für ihre Aktionen und Kampagnen benutzen, wer kann es dann?

Ich beschließe, mich in dem Workshop genau dieser Frage zu widmen und schreibe Kärtchen. Ich will die Teilnehmenden im Workshop bitten zu kategorisieren was für sie unter zivilen Ungehorsam fällt und was nicht. „Hitler erschießen“ und „Unterschriften sammeln“ steht da nun neben „Castorsitzblockade“ und „Ankettaktion“. „Kletteraktion“, „Gentechnikpflanzen herausreißen“, „gefälschte Schreiben verteilen“ steht dort. „Aufkleber kleben“ und „Grafitti sprayen“, „Bundeswehrautos anzünden“, „Privatfahrzeuge anzünden“, „Panzer zu Pflugscharen“ und „Guerilla Gardening“. „Adbusting“ und „Selbsthilfegruppe für Opfer homophober Gewalt“, „Runder-Tisch-Gespräche mit Regierungs- und Konzernvertreter_innen“, „Umsonstläden aufbauen“, „Flyer verteilen“, „Knäste sprengen“, „Fotoausstellungen machen“, „Recyclingpapier benutzen“, „Bankenchefs entführen“, „an Konferenzen teilnehmen“, „Müll trennen“, „vegane Ernährung“, „Fleisch essen“, „Tortenwürfe“.

Aber nur wenige Gruppen diskutieren die gestellte Frage. Ich bin überrascht, wie wirkungsmächtig der Begriff zu sein scheint. Ich stelle die Frage, welche der Aktionsformen ziviler Ungehorsam ist und die meisten Kleingruppen diskutieren nach und nach die Karten und debattieren jeweils, ob sie die Aktionsform gut finden oder nicht. Ich stelle eben dies als Feststellung in den Raum und die Teilnehmenden sind perplex – tatsächlich kann die Aufgabe noch so eindeutig benannt sein, der Begriff des zivilen Ungehorsams scheint untrennbar verbunden mit „gute Aktion“.

Ungehorsam – Aber nur genau wie Ghandi?
von Flickr-Benutzer *Lost in Transit [Keep St Joe Weird]*, *CC BY-NC-ND*

Außerdem schreibe ich noch Kärtchen einer anderen Kategorie. Dort gibt es „sich verhaften lassen“, „offen agieren“, „nett wirken“, „Aktion öffentlich ankündigen“, „vor Gericht ein Geständnis ablegen und Sanktionen klaglos annehmen“, „dialogbereit“, „gewaltfrei“, „Respekt vor Recht“, „anarchistisch“, „systemkonform“, „Zivilcourage zeigen“, „illegal“, „vermummt agieren“, „nach einem gemeinsamen Aktionskonsens handeln“, „nach Konsensprinzip agieren“, „Strafen centweise bezahlen“, „Strafen absitzen“, „Reue zeigen“, „Respekt vor Polizei und Gerichten haben“, „moralisch im Recht sein“, „für das Gute kämpfen“, „für einen höheren Wert kämpfen“, „etwas Wichtiges beschützen/verteidigen“, „etwas Unrechtes als solches erkannt haben“.

Bei der Debatte darum zeichnet sich dann doch eine Tendenz ab: Nicht alle guten Aktionen sind ziviler Ungehorsam, denn es gibt Sachen, die zu brav sind, als dass sie von diesem Begriff abgedeckt würden. Aber die allermeisten ziehen tatsächlich die Grenze zwischen dem, was sie eine vertretbare Aktionsform finden und dem, was sie nicht vertreten können genau dort, wo für sie persönlich ziviler Ungehorsam endet. Spannenderweise ergibt sich nun hier eine Parallele zur Gewaltfreiheitsdebatte. Auch dort geht es immer wieder in Auseinandersetzungen nicht darum, ob eine Aktionsform strategisch und für den konkreten Moment sinnvoll ist, sondern darum, ob sie gewaltfrei ist. Im Resultat wird dann „gewaltfrei“ mit „vertretbar und gut“ gleichgesetzt. Zur Gewaltdebatte sei an dieser Stelle der Text „Gewalt? Gewaltfrei? Oder was?“ (1) empfohlen.

[Es geht] nicht um Widerstand, der auf die Ablösung einer bestehenden Herrschaftsstruktur gerichtet ist.

Mich beschäftigt das Thema und ich mag es nicht bei der Erkenntnis belassen, dass es auf die Frage nach der Definition von zivilem Ungehorsam so viele Antworten wie Gefragte gibt. Ich befrage das Internet zum Thema... Die deutsche Wikipedia verrät mir: *Demjenigen, der zivilen Ungehorsam übt, geht es damit um die Durchsetzung von Bürger- und Menschenrechten innerhalb der bestehenden Ordnung, nicht um Widerstand, der auf die Ablösung einer bestehenden Herrschaftsstruktur gerichtet ist.*

Ist Widerstand dann also niemals ziviler Ungehorsam? Ist ziviler Ungehorsam immer maximal Protest, der nur eben den legalen Rahmen sehr begrenzt? Ist es das, was attac-Vertreter_innen meinen, wenn sie sich mehr zivilen Ungehorsam wünschen? Eine Protestbewegung, die das jetzige System etwas modernisiert, aber an den Grundfesten nicht rüttelt?

Der Ungehorsame nimmt dabei bewusst in Kauf, auf Basis der geltenden Gesetze für seine Handlungen bestraft zu werden.

Geht es wirklich nur darum, es in Kauf zu nehmen, oder geht es vielmehr darum, es im Kern auch zu akzeptieren? Die Grundlogik von Strafe und Repression durchaus zu bejahen?

Im Artikel nimmt die historische Abhandlung und der Verweis auf Literatur deutlich mehr Platz ein, als die heutige Praxis – das ist doch auch schon eine deutliche Sprache. Und in dem entsprechenden Abschnitt geht es dann auch nicht um praktische Beispiele als vielmehr um eine Aufzählung an Akteur_innen, die sich immer wieder auf zivilen Ungehorsam als Konzept berufen.

Namhafte Vertreter zivilen Ungehorsams waren Mohandas Gandhi, Nelson Mandela und Martin Luther King. In dieser Tradition leisten viele Atomkraftgegner, Graswurzler, Friedensdemonstranten, Pazifisten, Globalisierungskritiker und Totalverweigerer Widerstand in Form zivilen Ungehorsams.

Ich glaube, die meisten Totalverweigerer die ich kenne, wären beleidigt, würde ihnen jemand erklären, sie würden protestieren und keinen grundsätzlichen gesellschaftlichen Wandel wollen. Die Begleitkampagne für den Totalverweigerer Jan-Patrick aus Flensburg trug sogar den Namen „Deutschland total verweigern“ – deutlich nicht reformistisch. Dennoch werden hier Menschen als Vertreter_innen eines Konzeptes vereinnahmt für das sich jedenfalls ein Teil von ihnen nie bewusst entschieden hat.

Spannend ist auch der Absatz zu juristischen Folgen zivilen Ungehorsams: Hier wird deutlich, dass der Begriff zum einen schwammig ist und zum anderen eng verknüpft mit dem Gewaltbegriff.

Civil disobedience is commonly, though not always, defined as being nonviolent resistance.

Ziviler Ungehorsam als solcher ist im deutschen Recht weder eine Ordnungswidrigkeit noch ein Straftatbestand. Er äußert sich allerdings in Handlungen, die Gesetze, Verordnungen oder Verfügungen verletzen. Damit ist nicht der zivile Ungehorsam sanktionsfähig, sondern jeweils die konkrete Rechtsverletzung, neben anderen beispielsweise Hausfriedensbruch nach §§ 123f StGB, Bedrohung nach § 241 StGB und Sachbeschädigung nach §§ 303ff StGB. Störungen gerichtlicher Abläufe können gemäß Verfahrensrecht mit Ordnungsstrafen belegt werden.
Auch wenn diejenigen, die Akte zivilen Ungehorsams begehen, beispielsweise bei Sitzblockaden oder Straßensperren die Gewaltfreiheit ihrer Handlungen betonen, kann das im Rahmen juristischer Würdigungen anders beurteilt werden, da teilweise ein anderer Gewaltbegriff zur Anwendung kommt und die begutachteten Handlungen abweichend von ihrer jeweiligen Intention analysiert werden. Deshalb ist – zumindest in der deutschen Rechtsprechung – bei manchen Aktionen, die von den Teilnehmern dem zivilen Ungehorsam zugerechnet werden, umstritten, ob sie in der juristischen Bewertung noch als gewaltfrei angesehen werden können, im Fall von Sitzblockaden beschäftigte diese Frage das Bundesverfassungsgericht.

Mein Lieblingsbeispiel kommt von einem guten Freund von mir. Er war bei einer Aktion der Initiative Gendreck-weg dabei. Mehrere hundert Menschen hatten angekündigt an einem bestimmten Tag an einem bestimmten Ort Gentechnikpflanzen aus einem Acker zu reißen. Die Gruppe erreichte das Feld und die dort stehenden Pflanzen wurden herausgerissen, Biopflänzchen dafür eingesetzt. Die Polizei eilte herbei, war nicht zahlreich genug, um alle Aktivist_innen zu verhaften und einige dachten sich „Aktion vollbracht, Signal gesendet, lass uns gehen“ und machten sich ohne Verhaftung vom Acker. Zurück am gemeinsamen Camp berichteten sie nun von der gelungenen Aktion und bekamen erzürntes Feedback. Was ihnen denn einfiele, einfach zu gehen. Dass sie sich hätten verhaften lassen müssen. Dass es dazugehöre,

Rezension: „Augen zu gilt nicht“

(jb) Die Autorin schreibt ihre – noch nicht allzu lange – Lebensgeschichte: Vom Protest gegen das enge Korsett der spießigen Familie mit den Ausbruchsversuchen in die scheinbare Alternative erst der Punk- und dann der autonomen Szene, die aber dann auch wieder ein Festhalten an Verhaltenscodes bedeuten. Stirnrunzeln weckt die Autorin selbst mit ihrem Hang, sich (ver-)leiten zu lassen mit penetrant auf erstbeste bis dominante Männer ausgerichteter Sehnsucht nach Orientierung. Das verliert sich im Buch auch kaum, so dass immer unklarer wird, was eigentlich der Sinn der Darstellung ist. Der langweilige Wechsel zwischen verschiedenen Kanälen, in denen der Mensch als toter Fisch mitschwimmt, ist in der bürgerlichen Spießigkeit schließlich ähnlich – wenn auch nicht so schillernd.

- Silvia Hable, *Augen zu gilt nicht*
- 2009, DVA in München
- 300 Seiten
- 16,95 Euro

sich für die Aktion vor Gericht zu verantworten. Und dass das was sie getan hätten nicht gewaltfrei sei. „Wie bitte?“ hake ich ein. „Habe ich was verpasst? Wo soll denn hier die Gewalt sein?“. Ja, das hätte er sich und die erzürnten Menschen auch gefragt, aber eine Antwort hätte er nicht bekommen. Was für ein politisches Armutszeugnis...

Der englischen Wikipedia entlocke ich dann doch zumindest eine etwas genauere Analyse unter dem Begriff „civil disobedience“:
Civil disobedience is commonly, though not always, defined as being nonviolent resistance.

Na immerhin wird hier die Gleichsetzung der deutschen Wikipedia nicht gemacht – ob es im englischsprachigen Diskurs vielleicht tatsächlich etwas reflektierter zugeht? Auch der restliche Wikipedia-Text legt dies nahe, denn es geht darin um die im deutschen Kontext kaum diskutierten Fragen nach Gewalt vs. Gewaltfreiheit, revolutionär vs. reformistisch, kollektiv vs. solidarisch, Kooperation mit Autoritäten oder nicht.

Mein persönlichs Fazit: Der Begriff bringt mir in meiner politischen Praxis nichts. Er wird als Werbung verwendet, ist Image, ist entweder inhaltsleer oder staatstragend, wird je nach persönlicher Intention passend ausgelegt, ist manchmal Distanzierung, ist leider vielleicht auch Ausdruck einer erstarrten Begriffs-Protest-Bewegung und dient der Vermarktung für Massen. Statt zu diskutieren, ob Bundeswehrautos anzünden Gewalt ist oder Ziviler Ungehorsam, ob es Widerstand ist oder nur ein warmes Feuerchen, würde ich viel lieber diskutieren, ob es ein Schritt in Richtung einer schöneren Welt ist oder nicht.

Der Begriff [Ziviler Ungehorsam] bringt mir in meiner politischen Praxis nichts. Er wird als Werbung verwendet, ist Image, ist entweder inhaltsleer oder staatstragend...

(1) Gewalt? Gewaltfrei? oder was? aus der „Direct Action“-Reihe, 16 Seiten
Download: `http://www.projektwerkstatt.de/da/download/A5gewalt.pdf`,
Bestellbar bei `http://aktionsversand.de.vu/`



Muss mensch sich beim zivilen Ungehorsam eigentlich immer verhaften lassen?
(Verhaftung nach einem Sit-In für Reformen für Migrant_innen vor dem Weißen Haus, 1. Mai 2010)
Foto: Nevele Otseog, CC BY 2.0

Mittelständigkeit legitimiert?

(floh) Ziviler Ungehorsam ist ein Containerbegriff in den verschiedenste Akteur_innen mit verschiedensten Interessenslagen viele unterschiedliche Weltbilder und Strategien reinpacken und dabei um die Deutungshoheit des Begriffes wetteifern, wobei es um mehr geht, als um nur einen Begriff: Es geht um die Frage, wie legitimer Widerstand auszusehen hat, weil er mit zivilem Ungehorsam gleichgesetzt wird.
Bestimmt nicht will ich mich an diesem Ringen um die Deutungshoheit beteiligen, wenn ich versuche, der Bedeutung und dem Ursprung des Begriffes nachzugehen. Vielmehr will ich damit aufzeigen, warum ich den Begriff als unbrauchbar und per se antiemanzipatorisch betrachte. Auch wenn es dafür im Endeffekt keine langen Ausführungen benötigen würde, sondern bloß der simplen Feststellung, dass Ungehorsam immer wünschenswert ist und kein Vorwörtchen benötigt für seine Legitimierung. Und schon gar nicht das Wort „zivil“. Aber zur Begriffsklärung später mehr.

„ziviler Ungehorsam“ ist ein altes Phänomen

Selbstverständlich gibt es Ungehorsam seitdem es Menschen gibt, die Gehorsam einfordern. Und vermutlich auch schon immer gab es ihn aus verschiedenen Motivationen: Aus einer generellen Weigerung die jeweiligen Herrschaftsverhältnisse anzuerkennen, dem Wunsch mit dem eigenen Handeln die Herrschaftsverhältnisse zu „verbessern“, oder einfach aus dem Verfolgen eigener Interessen (im unmittelbaren Sinne, wie zum Beispiel einem materiellen Vorteil) durch ein Übergehen von Gesetzen.
Da eine generelle Ausmerzung jeglichen Ungehorsams nicht möglich ist, ist es – aus der Sicht der jeweiligen Herrschenden betrachtet – eine sinnvolle Strategie, in einen guten und einen bösen Ungehorsam zu unterteilen. Gut soll jener sein, der die bestehenden Herrschaftsverhältnisse als notwendig anerkennt, und zum Wohle aller gewillt ist, die Verhältnisse zu „verbessern“. Schlecht oder böse ist der Ungehorsam, der entweder nur „eigensinnig“ ist, oder die Herrschaftserhältnisse von Grund auf abschaffen will.

Strömungen, die einen gezielt eingesetzten Ungehorsam als eigenes Machtmittel benutzen um die Herrschaftsverhältnisse in ihrem Sinne zu beeinflussen, gibt es spätestens seit der Antike. Der zivile Ungehorsam ist also bei weitem keine neue Erfindung, sondern lediglich die Vereinnahmung eines alten Phänomens durch ein Label. Dabei ist im modernen „zivilen Ungehorsam“ die doppelte Vereinnahmung interessant. Auf der einen Seite will der öffentliche Diskurs vorgeben, dass nur eine bestimmte Art des Ungehorsams legitim sei, nämlich der zivile, auf der anderen Seite wollen bestimmte Gruppierungen dann definieren, was ziviler Ungehorsam ist und was nicht.

Der Begriff des „zivilen Ungehorsams“ selber wurde erstmals geprägt durch den amerikanischen Philosophen Henry Thoreau, in seinem Buch „von der Pflicht zum Ungehorsam ge-

Stuttgart 21 als Beispiel des bürgerlichen Protests
Foto: Flickr-Benutzer *andybooHH*, CC BY-NC-SA 2.0

gen den Staat", das er in der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts vor dem Hintergrund der Sklaverei und des Amerikanisch-Mexikanischen Krieges schrieb.
Thoreau, welcher eine (kurze) Gefängnisstrafe auf sich nahm, weil er sich weigerte die Wahlsteuer zu bezahlen, weil er mit der Steuer nicht Krieg und Sklaverei unterstützen wollte (aber die Straßensteuer gerne zahlte), geht es in seiner Theorie viel um die Verantwortlichkeit der Menschen für das eigene Handeln und gegen das Verstecken hinter den Gesetzen, die eine_n dazu bringen. Er sieht keine Pflicht darin, Widerstand gegen Unrecht zu leisten, aber eine Pflicht darin, Unrecht nicht mit dem eigenen Handeln zu unterstützen. Daraus ergibt sich seine „Pflicht zum Ungehorsam gegenüber dem Staat" in den Fällen, in denen der Staat Menschen per Gesetz nötigt „unmoralisch" zu handeln, oder „unmoralische" Dinge zu unterstützen.
Sein Verhältnis zum Staat ist dabei zwar ambivalent, aber letztlich doch klar positiv. So beginnt er gleich auf den ersten Seiten mit „Ich habe mir den Wahlspruch zu eigen gemacht: ‚Die beste Regierung ist die, welche am wenigsten regiert'; ...‚Die beste Regierung ist die, welche gar nicht regiert'; und wenn die Menschen einmal reif dafür sein werden, wird dies die Form ihrer Regierung sein", um sich nur eine Seite später selber zu widersprechen „Ich will sachlich reden, und nicht wie die Leute, die sich überhaupt gegen jede Regierung erklären. Ich sage nicht: von jetzt an keine Regierung mehr, sondern von jetzt an eine bessere Regierung."
Letztlich ist Thoureaus Ziel ein „guter Staat", der seinen Bürger_innen Freiheiten lässt und -Engagement als Bereicherung ansieht, anstatt es zu bekämpfen. Somit trifft er eine auch heute – durch S 21 – topaktuelle Diskussion und ist voll auf einer Linie mit Geißler und Palmer, welche ja auch ständig Bürgerbeteiligung fordern. Wobei mensch Thoreau dabei 2 Dinge zugute halten muss: Erstens war es ihm wohl ernster um die Bürger_innenbeteiligung und den Staat sah er eher als ein Forum mit der Aufgabe diese zu ermöglichen. Mit einer Mogelpackung der Stuttgarter Variante hätte er sich vermutlich nicht zufrieden gegeben. Und zweitens will T. einen Staat, der es akzeptiert, wenn Menschen ihn nicht akzeptieren, sich ihm nicht unterwerfen und sich außerhalb von ihm organisieren. Zu Ende gedacht wäre das dann ein Staat auf Freiwilligkeit, der keine Exekutive benötigen würde. Denn wenn eine Unterwerfung unter den Staat freiwillig wäre, dürfte es keine Polizei geben, die versucht die Gesetze durchzusetzen.

Ist ziviler Ungehorsam reformistisch? Eine Begriffsklärung

In der Praxis ist es dann auch schwer die Einteilung vorzunehmen, dass Strategien des zivilen Ungehorsams per se reformistisch seien. So gibt es beispielsweise die gewaltfrei-anarchistischen Strömungen, die den Begriff für sich benutzen.
Ich halte es aber für wichtig diese Einteilung theoretisch vorzunehmen, wenn der Begriff mehr sein soll, als ein positiv besetzter Brei verschiedenster Zutaten um dessen Definitionshoheit mensch sich dann streitet. Wie oben bereits erwähnt, kann es kein emanzipatorisches Argument dafür geben, Bedingungen festzulegen, die Ungehorsam legitimieren. Was nicht heißt, dass es nicht sinnvoll sein kann Differenzierungen vorzunehmen. So könnte sich beispielsweise ein „aufständischer Ungehorsam" von einem zufälligen, oder „verbessernden" Ungehorsam abgrenzen.
Nehmen wir nun aber eine Begriffsklärung vor, und gehen dem Wort „zivil" nach, das anscheinend notwendig ist um den Ungehorsam legitim zu verweigern. Wer denkt, „zivil" würde so etwas wie „friedlich" bedeuten oder „nicht militärisch", wird wohl überrascht sein, wenn er_sie im Wörterbuch entdeckt, dass es aus dem Lateinischen übersetzt nichts weiter heißt als „bürgerlich". Rein vom Begriff her soll ein Ungehorsam also nur dann legitim sein, wenn seine Motivation eine bürgerliche ist. Um diesen Begriff wiederum zu klären: Wikipedia zu Bürgertum: „Das Bürgertum ist die geschichtlich unterscheidbare Vergesellschaftungsform von Mittelschichten, sofern sie auf Grund besonderer, mehr oder minder gemeinsamer Interessenlagen ähnliche handlungsleitende Wertorientierungen und soziale Ordnungsvorstellungen ausbilden."
Wenn mittelständische Interessen es also sind, die für legitimen Widerstand notwendig sind, dann wird auch klar, warum Gewaltlosigkeit und die sonstige Einhaltung von Gesetzen einen so hohen Stellenwert in den meisten Strömungen des zivilen Ungehorsams einnimmt. Denn zu den mittelständischen Interessen zählen eben nur nebensächlich, und nur manchmal, eine antirassistische, offene Gesellschaft, eine erhaltene Umwelt, und so weiter. Aber ganz grundlegend gehört dazu die herrschende Gesellschaftsordnung für die Aufrechterhaltung ihrer Geschäftsgarantien.

Es wird also kein vorurteilsfreier Blick auf die Gewalttätigkeiten dieser Welt gerichtet, der beispielsweise noch fähig wäre, die strukturelle Gewalt der kapitalistischen Wirtschaftsweise und die daraus hervorgehenden täglichen, tausenden Hungertoten als ein Übel zu erkennen, das es unter allen Umständen zu überwinden gilt, und splitternde Fensterscheiben als kläglichen Versuch dieser Überwindung. Stattdessen werden die institutionalisierten Gewaltverhältnisse (von oben nach unten) ausgeblendet – da

Rezension: „Radikaler Protest"

(jb) Im Buch werden nicht die Protestbewegungen selbst untersucht, sondern die Forschung zu Protestbewegungen – ein Buch zur Metaebene also. Dabei zeigt sich, dass in den Forschungsansätzen selbst politische Prämissen enthalten sind, die die Ergebnisse beeinflussen. Ebenso zeigen die Beispiele und Analysen von Forschungsarbeiten aber dennoch etliches über Bewegungen und die Motivation der in ihnen Aktiven. Neben weit verbreiteten Auffassungen wie dem Hang zur Selbstbestätigung oder „ritualgestützte Glückserfahrung" wird auch der Beitrag von Protestforschung zur Normalisierung von Protestformen untersucht. Eine wichtige und brisante Betrachtungsweise, denn unübersehbar ziehen fast alle neu aufkommenden Bewegungen im Laufe der Zeit Richtung Durchschnitt, Anpassung an die Vorgaben von Medien, Geldgebern und Gesetzen.

- Andreas Pettenkofer, *Radikaler Protest*
- 2010, Campus in Frankfurt
- 301 Seiten

sie ja notwendig sind für die Durchsetzung mittelständischer Interessen – die Gewalt von unten nach oben aber verteufelt als nicht gewaltfrei.

Aufgrund dieser eigentlichen Bedeutung des Begriffes lehne ich ihn gleich doppelt ab, halte seine Neubesetzung nicht für sinnvoll, und plädiere dafür ihn jenen zu überlassen, die reformistische Perspektiven verfolgen.

Realexistierender ziviler Ungehorsam

Um aber nicht abstrakte Begriffsspalterei zu betreiben, will ich versuchen, das oben gezeichnete Bild des „bürgerlichen Ungehorsams“ mit den real existierenden Bewegungen des zivilen Ungehorsams (hauptsächlich auf den deutschsprachigen Raum bezogen) abzugleichen.

Auf der einen Seite gibt es dort die kontinuierlich arbeitenden Gruppen, die sich selber als „Bewegungsarbeiter_innen“ bezeichnen, aber aufgrund der häufig vereinnahmenden Praxis auch als „Bewegungsmanager_innen“ bezeichnet werden könnten. Hier wäre es irreführend, bürgerliche materielle Motivationen als Grundlage des Benutzens von Taktiken des zivilen Ungehorsams zu sehen. Eine Kritik der bürgerlichen, kapitalistischen Wirtschaftsweise ist oft vorhanden. Wenn sich also auf ein Handeln innerhalb bürgerliche Strukturen berufen wird, dann ist das meist weniger aufgrund eigener Hochachtung vor diesen Strukturen, als mehr aufgrund einer Anbiederung an das linksliberale Bürgertum und dessen bürgerliche Interessen, die als Notwendigkeit zur Gewinnung eigener gesellschaftlicher Relevanz gesehen werden.

Auf der anderen Seite wird der Begriff „ziviler Ungehorsam“ benutzt für Aktivitäten aus dem bürgerlichen Spektrum zu alleinstehenden Thematiken. Dort stellen jene, die zu partiellen Gesetzesübertritten im Sinne des „zivilen Ungehorsams“ bereit sind, leider schon oft die Minderheit dar. Es ist nicht zu viel gesagt, dass die staatlichen Strukturen hier gewollt sind, auch für die Gewährleistung der eigenen wirtschaftlichen Interessen. Allerdings bestehen mittelständische Interessen ja auch nicht bloß in der Gewährleistung ihrer Vertragsgeschäfte, sondern auch beispielsweise darin, das Naherholungsgebiet nicht von einer Müllhalde zerstört zu bekommen, die Luft nicht durch eine Autobahn verpestet zu bekommen oder keinen Gehörschaden durch einen neuen Flughafen zu erleiden. Alles nach der heimatschützerischen Variante des Umweltschutzes nach dem St. Florians Prinzip: „Verschon mein Haus, zünd’ andre an“.
Genauso wie es bürgerliche Interessen sein können, keine freigelassenen Langzeitverwahrten in der Nachbarschaft wissen zu wollen, oder kein besetztes Haus. Keinesfalls will ich diese unterschiedlichen Bewegungen gleichsetzen, aber verdeutlichen will ich, dass das emanzipatorische Potential zwangsläufig determiniert ist, wenn der politische Ausgangspunkt die eigene warme Stube ist.

Diese beiden Strömungen – Bewegungsarbeiter_innen und ihr Umfeld und Bürger_inneninitiativen – dürfen natürlich nicht als steril voneinander getrennt angesehen werden, sondern überschneiden und beeinflussen sich gegenseitig.

Wo dem Bürgerinitiativen-Umfeld – neben fehlenden Analysen – eben die mittelständische Interessenslage vorgeworfen werden kann, ist es bei den Bewegungsmanager_innen eine falsche Auflösung des Konflikts zwischen fehlender eigener Relevanz und Wunsch nach Potential zu gesellschaftlicher Veränderung.
Die Relevanz um Veränderungen durchzusetzen soll durch eine Annäherung an das linksliberale Bürgertum erreicht werden und damit einhergehend einer generellen Anerkennung der herrschenden Strukturen – mit der Ausnahme von Gesetzesübertritten im Sinne eines, in gewissen Situationen legitimen, zivilen Ungehorsams. Genau diese Anbiederung führt dazu, dass eine emanzipative Gesellschaft, die in der Überwindung von Herrschaftsstrukturen zu finden wäre, kaum noch denkbar wird. Wer dennoch daran glaubt, wird in immer höherem Maße marginalisiert, und in immer höherem Maße wird Widerstand nur noch in vorgegebenen Bahnen denkbar.

Im Gegenteil zu dieser Vorgehensweise, die in Wirklichkeit keine Strategie ist, sondern ein Fügen in scheinbare Notwendigkeiten, bräuchte es Vorschläge für die Auflösung des oben genannten Konfliktes, die in Richtung einer befreiten Gesellschaft führen könnte.

Ein Vorschlag in diesem Sinne ist es, verstärkt solidarisch mit Bürger_innenbewegungen für oder gegen einzelne Projekte zu handeln (natürlich nur mit solchen Bewegungen, bei denen das realpolitische Ziel nicht selber anti-emanzipatorisch ist), gleichzeitig die Analyse darauf zu richten welche dahinterstehenden Herrschaftsstrukturen verantwortlich sind und klarzustellen, dass ihre Überwindung das Ziel sein muss, wenn mensch nicht ständig mit neuen Auswirkungen derselben Ursache konfrontiert sein will.

Rezension: „Recht für Selbsthilfegruppen“

(jb) Es fällt angesichts eines der ersten Sätze schwer, dem Buch vorurteilsfrei zu begegnen: „Wegen der besseren Lesbarkeit wurde durchgehend die männliche Schreibweise verwendet“. So beginnt also Selbsthilfe ... Doch Entwarnung: Das Buch ist es dann doch wert, gelesen zu werden. Zumindest von allen, die Initiativen gründen wollen, die im eigenen Alltag zusammen mit anderen Verbesserungen bringen sollen. Von den rechtlichen Rahmenbedingungen bis zu Lösungen und Fallstricke in Beratungs- und Gruppengesprächen finden sich viele Tipps.

- Selbsthilfezentrum Münster und Renate Mitleger-Lehner, *Recht für Selbsthilfegruppen*
- 2010, AG SPAK Bücher in Neu-Ulm
- 112 Seiten
- 16 Euro



Direct Action und ziviler Ungehorsam

Was ähnlich aussieht und doch so unterschiedlich ist: Direct Action und ziviler Ungehorsam

(jb) Mensch sieht sie oft zusammen: Locker verbundene oder auch getrennt agierende AktivistInnen, die ihre Aktionen – wenn überhaupt ein Label benannt wird – als „Direct Action“ bezeichnen. Und meist in größeren Gruppen agierende Menschen, die ihr Tun als „zivilen Ungehorsam“ definieren. Viele von ihnen tun das ohne große Überlegung – doch bei näherem Hinsehen stecken hinter den Begriffen Unterschiede. Dieses liegen auch, aber gar nicht in erster Linie in den Aktionsmethoden, sondern mehr in der Grundeinstellung dazu, ob die Wahl von Aktionsformen Sache der handelnden Menschen oder mehr Sache einer übergeordneten Moralentscheidung ist.

Lesen wir zur Unterscheidung einmal an anderer Stelle nach. Uri Gordon schreibt in seinem 2010 erschienenen Buch „Hier und jetzt“ auf S. 31: „Zwischen der direkten Aktion und einem verwandten Konzept, dem des ‚zivilen Ungehorsams’ sollte unbedingt unterschieden werden. Unter dem Letzteren ist meiner Ansicht nach jede Art kollektiver Verweigerung gegenüber dem Gesetz zu verstehen, wobei dies entweder aus moralischen Motiven geschieht oder um Druck auf die Regierenden auszuüben, damit sie schließlich auf Forderungen eingehen. So schreibt Henry D. Thoreau: ‚Wenn die Alternative darin besteht, entweder alle Gerechten einzukerkern oder Krieg und Sklaverei abzuschaffen, wird der Staat bei der Wahl nicht zögern.’ Demnach ist ziviler Ungehorsam im Grunde eine konfrontative Form des Dialogs zwischen Bürgern, die sich nicht unterordnen, und dem Staat. Dieser Dialog stellt die grundlegende Legitimität des Staates nicht infrage (denn es wird vom Staat erwartet, dass er auf die Forderungen der Ungehorsamen reagieren und beispielsweise ein ungerechtes Gesetz ändern wird). Oft geht der zivile Ungehorsam mit einer Rhetorik der Aufrufe an die Gesellschaft einher, sie möge sich doch ihren eigenen Idealen gemäß verhalten. Auf diese Weise wird der Status quo der gesellschaftlichen Verhältnisse und der Institutionen eher bestätigt als herausgefordert.“

Das ist bereits deutlich. Doch der Blick auf die Praxis zeigt noch mehr Einschränkungen. Wolfgang Sternstein schreibt in der Graswurzelrevolution Dez. 2010 (S. 7): „Ziviler Ungehorsam in diesem Sinne sollte ‚zivil’, also offen, dialogbereit und gewaltfrei sein.“ Drei unauffällige Worte, aber mit weitreichender Wirkung. Offenbar steht eine feste Moralvorstellung hinter der Idee des zivilen Ungehorsams. Wo die hier kommt und warum Aktionen immer „offen, dialogbereit und gewaltfrei“ sein müssen, erklärt niemand. Die Moral ist einfach da, wie ein Naturgesetz.

Mit ihr werden viele Aktionsformen ausgegrenzt. Offen und dialogbereit sind nur sichtbare Aktionen – alles was nachts oder heimlich geschieht, wird denunziert: Sabotage, Militanz, Graffities, Kommunikationsguerilla. Sogar das harmlose (aber durchaus wirkungsvolle) versteckte Theater fällt hinten herunter. Sternstein agiert politisch motiviert und damit betriebsblind. Er hat bestimmte Strömungen im Blick, die er ausgrenzen will. Dafür nutzt er das Sprachrohr des parlamentsfern organisierten, bürgerlichen Gutmenschenspektrums. Dort laufen seit Jahrzehnten solche Ausgrenzungen gegen militante Aktionsformen (wo gibt es die in Deutschland eigentlich?), vor allem aber gegen selbstorganisierte AktivistInnen, die mehr auf „Direct Action“, d.h. die dogmenfreie Aneignung vieler Aktionsmethoden und abwägende Anwendung der jeweils zur Situation passenden Mittel.

Zwischen der direkten Aktion und [dem] zivilen Ungehorsams sollte unbedingt unterschieden werden.

Aufnäher/Logo *Direct Action-Hase*

Als dritte Regel benennt Sternstein die Gewaltfreiheit. Das ist der am weitesten verbreitete Grundsatz unter dem Begriff „Ziviler Ungehorsam“. Praktisch ist diese mit „Gewaltfreie Aktion“ gleichsetzt, wie auch im Namen des Netzwerkes ZUGABe (Ziviler Ungehorsam, Gewaltfreie Aktion, Bewegung) zu erkennen. Doch auch das führt wieder nur zu Unschärfen, denn warum soll gewaltfreie Aktion immer offen und dialogbereit agieren – und warum soll ziviler Ungehorsam zwingend gewaltfrei sein? Die Verknüpfung liest sich eher wie ein Glaubensgrundsatz, d.h. bestimmte Regeln werden durch Wiederholung als Norm gefestigt. Gewaltfreiheit wird dabei als implizite Regel, also quasi wie ein Naturgesetz behandelt: „Die Erwähnung, dass der Ungehorsam gewaltfrei sein muss, ist eigentlich überflüssig, weil jede Gewaltanwendung gegenüber einer Drittperson impliziert, dass diese Person gehorsam handeln müsste, um der Gewaltanwendung zu entgehen.“ (Quelle: `www.bastardserver.cz/de/Ziviler+Ungehorsam`)

Das steigert zum einen die Unklarheit

des Gewaltbegriffs, der bekenntnisartig ungefüllt bleibt, hier aber erkennbar nur die Gewaltanwendung gegen Personen meint. Die Festlegung, dass durch Gewalt ein Handeln erzwungen wird, schafft aber ebenfalls keine klare Grenze, sondern verwischt diese eher. Sie kommt hier der Nötigung nahe, d.h. der anonyme Bombenanschlag wäre danach nicht erfasst, weil er kein konkretes Handeln bei den Betroffenen einfordert. Andererseits wären auch andere direkte Angriffe auf Personen wie bei Mars TV, der Rebel Clowns Army oder einer geschlossenen Menschenkette um ein Objekt von der Definition erfasst, weil auch hier deutlicher Druck ausgeübt wird, sich in eine bestimmte Richtung zu verhalten (z.B. um nicht weiter von Clownsaktionen oder Mars TV gedemütigt zu werden). Sie wären also nicht gewaltfrei.
Es ist daher mehr als fraglich, ob Gewaltfreiheit überhaupt ein Aktionskonzept ist oder nicht eher eine Art Bekenntnis, dessen genaue Bestimmung unklar ist und das deshalb mit dem zivilen Ungehorsam verknüpft werden kann, aber nicht zu diesem gehört (siehe im Heft „Gewalt? Gewaltfrei? Oder was?“ und unter `www.projektwerkstatt.de/gewalt`).
Einen Schritt weiter gehen die, die Legalität als Kriterium für Aktionen in die Waagschale werfen. Klar – rein taktisch ist das Wissen um Legalität und Repressionsschutz nicht unbedeutsam, schließlich sollte mensch wissen, wann Strafe droht und wann nicht. Allerdings hat das oft nur am Rande mit dem Wortlaut der Gesetze zu tun, doch darum geht es auch nicht. Mit dem Kriterium des Legalen wird die Fremdbestimmung freiwillig in die eigene Aktion geholt. Ausgerechnet die, gegen deren Handeln oder Versagen sich der Protest regelmäßig richtet, werden als Quelle zur Bestimmung der Qualität eigener Aktion herangezogen.

Die Idee „Direct Action“

So stark es in der Praxis dem zivilen Ungehorsam ähneln mag, was unabhängige AktivistInnen machen oder unter dem Begriff „Direct Action“ z.B. im gleichnamigen Reader und unter `www.direct-action.de.vu` veröffentlichen, so hat es doch eine grundlegend andere Herangehensweise. Denn hier gibt es keine übergeordnete Aktionsmoral. Immer stehen die handelnden Menschen im Mittelpunkt und ihre, auf eine reflektierte Abwägung folgende Entscheidung. Jegliche Bevormundung durch starre Regeln entfällt. Stattdessen geht es um die Aneignung von Handlungsmöglichkeiten – technischen, kommunikativen und vielen weiteren. Dadurch sollen die AktivistInnen in die Lage versetzt werden, in einer konkreten Situation möglichst gut ihre Ziel umzusetzen.
Damit ist „Direct Action“ die Kampfform emanzipatorischer Politik. Denn Emanzipation ist die Idee, gesellschaftliche Verhältnisse aus dem Blickwinkel der einzelnen Menschen und ihrer freien Zusammenschlüsse zu betrachten, zu analysieren und so zu verändern, dass sich die einzelnen Menschen – wohlgemerkt: alle! – möglichst frei und weit entfalten können. Es wäre absurd, wenn als erster Schritt hin zu diesem Ziel wieder nur Regeln und Dogmen gelten würden, wie es bei konventionellen Versammlungen oder Beteiligungsverfahren nach Recht und Ordnung üblich ist, aber auch im zivilen Ungehorsam.
Ein weiterer Unterschied ist der gewollte Verzicht, ausgerechnet solche Strukturen, die eine unerwünschte Lage heraufbeschwören oder zu sichern helfen, durch einen Appell, endlich zu handeln, auch noch zu legitimieren. Abschreckendstes Beispiel war der Slogan des Protestkonzerns Greenpeace beim Klimagipfel in Kopenhagen: „Politiker reden, Führer handeln“. Wie kann noch deutlicher der Wille dokumentiert werden, ein autoritäres System zu wollen – aber bitte mit anderen Zielen? Um Genversuchsfelder zu verhindern, kann mensch am einfachsten per vorgekauter Mail von Campact an Ilse Aigner oder Angela Merkel appellieren. Sinn macht das voraussichtlich wenig angesichts dessen, dass die sich längst entschieden haben, die Anwendung der Technik zu wollen. Oder mensch geht hin, besetzt den Acker, reißt die Pflanzen heraus, blockiert die Fabrik- oder Ministeriumstore, sabotiert die Propagandaveranstaltungen oder enthüllt die Verflechtungen und Geldflüsse.

Protest ist, wenn ich sage Das und Das passt mir nicht. Widerstand ist wenn ich dafür sorge, dass Das und Das nicht mehr passiert.

„Protest ist, wenn ich sage Das und Das passt mir nicht. Widerstand ist wenn ich dafür sorge, dass Das und Das nicht mehr passiert.“ (Ulrike Meinhof)
Direct Action basiert auf präziser Herrschaftsanalyse und will mit den Aktionen dazu beitragen, das Herrschaftsförmige aus den gesellschaftlichen Beziehungen und Verhältnissen zu jagen. Ob institutionelle Formen

Rezension: „Protest – Handbuch für erfolgreiche Dem...“

(jb) Das „Handbuch für erfolgreiche Demonstrationen, Attacken und Aktionen“ ist ein schwieriges Buch. Grundsätzlich ist zu begrüßen, dass mutige Bücher erscheinen – besonders wenn Organisationen wie die Bewegungsstiftung solche Handreichungen zum Selbermachen herausgeben, die sich an Grenzen wie Gewalt oder Legalität nicht halten. So wird seitenweise zu strafbaren Handlungen aufgerufen („Während der- oder diejenige aufpasst, solltest du in Ruhe einige Motive an die Wand sprühen“), auch Gewalt gegen Menschen (Tortenwürfe) sind mit im Portfolio der AktivistInnen. Doch beim Lesen kommen Bedenken: Hier schreiben offensichtlich keine Autorinnen, die aus der Praxis kommen. Das Buch wirkt eher wie Kunst, inhaltlich aus dem Internet zusammengetragen und mit einem hohen Grad an Naivität zusammengestellt. Fröhlich wird über strafrechtliche Folgen spekuliert – die fehlende Erfahrung lugt aus allen Sätzen hervor. Auch die Hintergrundberichte sind Reportagen aus der Vergangenheit, die sich vom Uni-Schreibtisch aus recherchieren lassen. Gäbe es nicht schon andere Veröffentlichungen über Aktionsformen, wäre es ein freudiges Ereignis, endlich solch ein Buch zu haben. So aber muss angesichts der Oberflächlichkeit, Fehlinformationen und dramatischen Lücken her empfohlen werden, die Finger davon zu lassen. Schade – aber so sehen halt Bücher aus, die in den Elfenbeintürmen deutscher Universitäten und Bewegungsagenturen entstehen (falls diese Vermutung zutrifft – sonst ist es eine gute Simulation).

- Sandra Benz/Vera Walter: *Protest*
- 2010, Eigenverlag
  `www.protesthandbuch.de`

der Machtausübung, ökonomische Zwänge oder diskursive Beherrschung – alles ist Gegenstand von Direct Action. Zu ihr passt also eine ständige Skepsis gegenüber subtilen Formen der Beeinflussung und Fremdsteuerung, sie will nicht nur Institutionen angreifen, sondern auch Denkmuster, Kommunikationsverhältnisse und die ungeschriebenen Normen der Welt. „Nicht die Taten bewegen die Menschen, sondern die Worte über die Taten“, sagte schon Aristoteles. Direct Action ist eine Form gelebter Freiheit: Die AkteurInnen entscheiden selbst über das, was sie tun. Sie müssen auf keine Verbandslabel, staatlichen Zuschüsse, Vorstände oder AuftraggeberInnen Rücksicht nehmen. Ihre Selbstbestimmung steigt mit ihrem Reflexionsvermögen, d.h. mit der Fähigkeit, auch tatsächlich eigene Überzeugungen in eine Aktion zu verwirklichen statt nur plumpen Parolen, der Demagogie der führenden Bewegungsköpfe oder scheinbaren Sachzwängen zu folgen. Und sie steigt mit dem Knowhow der Beteiligten. Es ist emanzipatorisch, einen Molotow-Cocktail nicht zu werfen, weil das in der konkreten Situation nicht sinnvoll erscheint – statt es zu lassen, weil mensch es nicht kann.

Bei alledem ist Direct Action nicht alles. Sie versteht sich als gleichberechtigter Teil zu anderen kreativ-emanzipatorischen Handungsstrategien wie Gegenöffentlichkeit, Freiräume und Aneignung, versucht aber, Erstarrungen in den Aktionsformen und -strategien zu überwinden, z.B. die Wirkungslosigkeit vieler vereinheitlichender Aktionsformen (Latschdemo, Lichterkette ...) oder das Gegeneinander aufgrund verschiedener Aktions- und Ausdrucksformen.

Begriffsabgrenzung im Detail: „Direkte Aktion“

Viele Kriterien werden auch von denen hochgehalten, die – meist unter anarchistischen oder anarchosyndikalistischen Vorzeichen – die direkte Aktion propagieren. Das klingt wie eine einfache Übersetzung von „Direct Action“ und hat auch Gemeinsamkeiten. Dazu gehört die Absage an das Appellative. Die Verhältnisse sollen selbst und direkt verändert werden. Der Castor kommt nicht durch, die Nazis gehen wieder nach Hause (oder schaffen bei guter Gegenwehr nicht einmal mehr das), gv-Saat kann nicht aufs Feld oder verschwindet wieder, Betriebe werden übernommen und selbstverwaltet weitergeführt.

Unterschiedlich ist vor allem der Kontext, in den direkte Aktion und „Direct Action“ von denen, die die Begriffe verwenden, gestellt werden. Zumindest im deutschsprachigen Raum ist die direkte Aktion stark auf ArbeiterInnenkämpfe und in der Logik von Klassenrivalitäten betrachtet wird. Da sind AktivistInnen, die ihr Handeln als „Direct Action“ verstehen, kulturell deutlich anders drauf: Jeder Mensch soll mit eigenen Ideen und möglichst Handlungs-Knowhow dort agieren, wo es passt, notwendig ist oder Spaß macht. Es gibt kein revolutionäres Subjekt.
Hinzu kommt die seltsame Neigung von AnhängerInnen direkter Aktion, den Streik als eine solche zu betrachten. Das ist beeindruckend, denn Streik ist (im Unterschied zur Fabrikbesetzung) ja gerade der Appell an die ProduktionsmittelinhaberInnen, netter zu sein. Er ist also die „kollektive Verweigerung“, die Uri Gordon als Kriterium für zivilen Ungehorsam wählt und darin eigentlich gerade den Unterschied zur direkten Aktion aufmacht.



Händchen halten gegen Atomkraft?
(Menschenkette zwischen Krümmel und Brunsbüttel, 24.04.2010); Foto: Bündnis 90/Die Grünen, CC BY



...oder doch besser die Anlage blockieren?
(Blockade des Baus des finnischen AKW Olkiluoto, 28.08.2010); Foto: Falk Beyer, CC BY-SA

Stoppt die Diktatur im Gerichtssaal!

(jb) Politische AktivistInnen vor Gericht sind eher selten ... viele landen da nicht, weil die Angst davor sie schon von einem widerständigen Leben abhält. Sich nie erwischen zu lassen und keine Spuren zu hinterlassen, hilft nur beschränkt, denn erstens reduziert es die mögliche Aktionswirkung und zweitens braucht der staatliche Verfolgungsapparat die konkreten Handlungen nicht, um Menschen zu schikanieren. Viele AktivistInnen sehen sich mit frei erfundenen und/oder äußert platten Vorwürfen überzogen - von Widerstand gegen die Staatsgewalt über Beleidigung bis Hausfriedensbruch. Das lässt sich schnell ausdenken.

Doch Willkür, Desinteresse, sozial diskriminerende oder politisch gerichtete Justiz sind nicht auf den Bereich politischer Aktionen beschränkt. Wer schon einmal von Strafverfolgung betroffen war oder Betroffene kennt, wird einiges aus dem folgenden Horrorkabinett der Strafjustiz kennen:

- Angeklagte erhalten Strafbefehle wie vom Fließband. Versäumen sie die Widerspruchsfrist, sind sie rechtskräftig verurteilt. Dabei dürfen Strafbefehle nur ausgesprochen werden, wenn nach Aktenlage keine Zweifel an der Schuld bestehen. Doch die Akten haben sich die RichterInnen meist gar nicht angeguckt ...
- Verhandlungstermine werden ohne Angeklagte festgelegt. Können sie dann nicht, erhalten sie Ordnungsstrafen, Haftbefehle oder sind, falls ein Strafbefehl vorwegging, verurteilt. Sind sie erkrankt, so nützt selbst ein Attest nicht. Mitunter werden sie, obwohl krank, sogar verhaftet.
- Die Steigerung: Die Justizwachtmeister lassen einen erschienenen Angeklagten nicht in den Gerichtssaal - und der Strafbefehl wird gültig. Alle weiteren Instanzen lehnen die Befassung ab - rechtskräftig verurteilt.
- Ständig wird Angeklagten die Akteneinsicht verweigert - ganz oder teilweise, obwohl die Akteneinsicht eindeutig vorgeschrieben ist.
- Anträge von Angeklagten werden gar nicht zur Kenntnis genommen, dürfen nicht gestellt werden oder es wird keine Pause zum Stellen der Anträge gewährt. Zahlenrekord: In Gießen stellte ein Angeklagter fast 300 Anträge - alle schriftlich, weil das Vortragen nicht erlaubt wurde. Sie wurden pauschal, d.h. alle zusammen, als bedeutungslos zurückgewiesen. Der Richter verzählte sich um 9 Anträge, d.h. diese neun wurden nie beschieden. Revisions- und Verfassungsgericht schauten sich die Beschwerden darüber aber gar nicht an.
- Fragen, z.B. an ZeugInnen, werden verboten.
- Mehrfach wurden Angeklagte schon aus ihren eigenen Prozessen geworfen und ohne sie verhandelt. Die Angeklagtenbank war dann einfach leer. Das ist nicht zulässig. Wird aber einfach gemacht. Die JustizwachtmeisterInnen gehorchen den RichterInnen, nicht dem Gesetz.
- Wird dann oder wegen anderer gravierender Fehler Revision eingelegt, kommt die Staatsanwaltschaft mit einer Berufung um die Ecke - nur um die Rechtsfehlerüberprüfung zu verhindern.
- Es ist erlaubt, rechtskundige Menschen als Rechtsbeistand zu wählen. Sind diese keine zugelassenen AnwältInnen, so muss das Gericht den Beistand genehmigen. Eine Ablehnung muss gut begründet sein. Viele Gerichte lehnen aber einfach pauschal ab. Andere schmeißen die VerteidigerInnen einfach wieder raus, wenn sie merken, dass sie mit ihren skurrilen Anklagen nicht mehr durchkommen oder zumindest das Aburteilen im Akkord nicht mehr funktioniert.

Viele Menschen sind der Maschinerie von Polizei und Justiz machtlos ausgeliefert. Wer Sinn für ein schönes Leben hat, wird sich auch nicht freiwillig mit Paragraphen und den miesen Tricks der ParagraphenreiterInnen auseinandersetzen wollen. Doch die rechtsprechende Gewalt ist formal die höchste Gewalt im Staat. Es ist daher notwendig, dieser nicht hilflos gegenüberzutreten.

Das geht einerseits mit AnwältInnen. Da ist auch nichts gegen zu sagen - nur leider sind viele AnwältInnen selbst in einer Art Fließbandarbeit tätig, d.h. sie bearbeiten viele Fälle und können sich nicht intensiv in einen hineinarbeiten. Zudem sind viele mit einer ähnlichen Arroganz wie fast die gesamte JuristInnenschar behaftet, d.h. sie gucken auf ihreN „MandantIn" herab wie auf ein unmündiges Wesen. Und raten nicht oft zum Nichtstun, während sie selbst sich als fitte AnwältInnen inszenieren (was sie manchmal auch sind).

Bei der Selbst- und Laienverteidigung vor Gericht geht es aber um eine Stärkung der eigenen Handlungsfähigkeit, um das Überwinden von Ohnmacht und Ausgeliefertsein einem durch und durch widerlichen System der Moralsetzung. Diese Stärkung soll durch Eigenermächtigung und durch gegenseitige Hilfe erfolgen. Um die Willkür in Gerichtssälen und die Abhängigkeiten der Angeklagten zu verringern, entstand ein Aufruf zur Gründung eines Laien-VerteidigerInnen-Netzwerks - als Teil einer Antirepressionsvernetzung, die mehr ist als Verteidigung und Vermeidung des Schlimmsten. Es geht darum, Angeklagte, UnterstützerInnen und Interessierte selbst zu stärken durch Trainings, Infos in schriftlicher Form (auf Papier oder im Internet) und gegenseitigen Austausch. Und es geht darum, gegenseitige Hilfe zu organisieren - ein Netz von möglichst vielen Menschen, die als LaienverteidigerInnen andere unterstützen können vor Gericht, in der Vorbereitungsphase, die Trainings durchführen usw. Ziel ist, dass wie in einem Schnellballsystem am Ende viele Leute aus ihrer Ohnmacht vor den Uniform- und RobenträgerInnen herauskommen. Das

Die ersten Termine

6.-8. Mai (Beginn: Freitag, 20 Uhr): Grundtraining offensive Prozessführung
Für alle, die sich selbst verteidigen wollen, und auch für die, die darauf aufbauend mehr mitmischen wollen. Für EinsteigerInnen geeignet. Es ist möglich, nur diesen Teil zu besuchen.
9. Mai: Gerichtsprozesse angucken in Gießen)

10.-12. Mai (Beginn Di, 20 Uhr): Vernetzungs- & Planungstreffen zum Aufbau eines LaienverteidigerInnennetzwerkes. Konzeption der Schulungen für LaienverteidigerInnen

13.-15. Mai (Start Fr, 20 Uhr): Schulung für LaienverteidigerInnen Voraussetzung: Grundtraining (also das vom 6.-8.5. oder irgendein anderes Prozesstraining), Besuch eines Gerichtsprozesses (am 9. möglich), Wissensstand die Broschüre „Gerichtsverfahren" bzw. Antirepressionsreader.

Ort: Projektwerkstatt in Reiskirchen-Saasen (östlich Gießen)
(Infos, Anfahrtsbeschreibung: www.projektwerkstatt.de/saasen)

wäre wichtig, um uns den Spaß und den Mut zu einem widerständigen Leben zu erhalten. Es wäre aber auch schön, um die heiligen Hallen der arroganten Selbstgefälligkeit in Robe und Uniform in Frage zu stellen - das Phallussymbol des Rechtsstaatlichkeitsgetues zu beugen!

Der Aufruf ist auf www.laienverteidigung.de.vu zu finden. Hier folgen Auszüge:

Vorrang Selbstermächtigung

Wichtiges Ziel ist, möglichst viele oder sogar alle Beteiligten zur Selbstverteidigung zu ermächtigen. Das schließt gegenseitige Hilfe nicht aus, sondern macht sie sogar einfacher, weil wer sich selbst verteidigen kann vor Polizei und Gericht, wird auch anderen leichter helfen können.

Grundlage ist daher die Vermittlung von Basiswissen zur Selbstverteidigung bei Polizei und Gericht. Es soll Ziel des LaienverteidigerInnen-Netzwerkes sein, Beratung (direkt oder in Form von Schriften, Internetseiten usw.) und Trainings anzubieten. Möglichst oft und viel.

Laien-VerteidigerInnen sind keine Ersatz-AnwältInnen, denen eingeschüchterte oder denkfaule Angeklagte die Arbeit rüberschieben können mit dem Vorteil, dass es nichts kostet. Die politischen AkteurInnen, also vor allem die angeklagte(n) Person(en), das unterstützende Publikum usw. sind die Quelle der inhaltlichen Vermittlung. EinE LaienverteidigerIn kann die Handlungsmöglichkeiten erweitern und selbst eigene Impulse einbringen, aber sollte niemals die angeklagte Person in den Hintergrund drängen, wie es beim AnwältIn-MandantIn-Verhältnis leider üblich ist und auch von Rechtshilfegruppen oft propagiert wird. Emanzipation bedeutet die Ermächtigung von Menschen zum selbständigen Handeln. Laien-Verteidigung soll Emanzipation befördern.

VerteidigerInnentätigkeit

Wer das Grundtraining zur Selbstverteidigung besucht und mindestens einen Gerichtsprozess miterlebt hat, ist eingeladen, das eigene Wissen weiterzuentwickeln und weiterzugeben - als Laien-VerteidigerIn. Dafür soll es spezielle Schulungen als Aufbaukurse auf das Grundtraining, zudem aber auch laufenden Austausch und gegenseitige Unterstützung für diese Tätigkeit geben. Es ist zu erwarten, dass Spezialisierungen in Einzelthemen entstehen, so dass der gegenseitige Kontakt bei konkreten Prozessen nützlich ist. Daher sollten sich die Laien-VerteidigerInnen untereinander erreichen können und wissen, wer sich wo auskennt. Eine Koordinierung ist auch nötig, wenn AktivistInnen die Unterstützung suchen.

Zudem soll mit einer politisch klaren Öffentlichkeitsarbeit versucht werden, das positive Image, welches die Gerichte und Staatsanwaltschaften als Fabriken des Elends unverständlicherweise bei vielen Menschen haben, zu brechen. Eine Idee ist ein Buch mit schaurig-absurden Anekdoten, wie RobenträgerInnen ganz bewusst fälschen, Recht verbieten, Angeklagte belügen, Beweismittel und Straftaten erfinden.

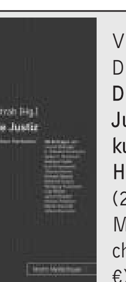
Recht und Ordnung

Markus Mohr/Hartmut Rübner
Gegnerbestimmung
(2010, Unrast in Münster, 288 S.)
Es mag ja Leute geben, die den Verfassungsschutz immer nur schlimm finden, wer dieser gegen eineN arbeitet. Geht es gegen andere, so wird nach dem VS gerufen oder mit diesem kooperiert. Von solchen Menschen handelt das Buch - und zeigt dabei nicht nur tiefe Einblicke in den Versuch des VS, gesellschaftliche Akzeptanz und Anknüpfungspunkte zu schaffen, sondern auch beunruhigende Inneneinsichten dorthin, wo eigentlich kritische Distanz passend wäre. Ein ganzes Kapitel widmet sich, angefangen bei einem Buchprojekt der Bewegungsforscher Roth und Rucht, den seltsamen Neigungen sozialer Bewegungsgrößen, mit dem VS gemeinsame Sache zu machen. Die Kapitel davor beleuchten die Versuche des VS, mit sozialkritischen Analysen aus der dunklen Ecke des Geheimdienstes herauszukommen.

Liv Jaeckel
Gefahrenabwehrrecht und Risikodogmatik
(2010, Mohr Siebeck in Tübingen, 386 S., 89 €)
Schon der Titel klingt schwierig - erst recht ist es das Rechtsgebiet, das in diesem Buch behandelt wird. Dabei ist es von großer praktischer Bedeutung für die politische Debatte und Entscheidungsfindung in der Gesellschaft. Wie soll mit neuen und vor allem Risikotechnologien umgegangen werden? Angesichts der sonst überbordenden Neigung, viele gesellschaftliche Konflikte in die kommunikationsfressenden Gerichtssäle zu verlagern, überrascht es schon, wie selten die Einführung neuer Technologien, die Vergabe von Forschungsmitteln oder das Experimentieren mit Risiken vor Gericht überprüfen zu lassen. Das Buch zeigt am polizeilichen Gefahrenbegriff und an Fallbeispielen der Biotechnologie oder der Atomenergie, welche Möglichkeiten und Grenzen die juristische Auseinandersetzung hat.

Gerhard Bennemann u.a.
Kommunalverfassungsrecht Hessen
(21. Nachlieferung 2010, Kommunal- und Schul-Verlag in Wiesbaden, Loseblatt 4148 S., 149 Euro)
Vier dicke Ordner umfasst das Werk, davon allein zwei prall gefüllt zur Hessischen Gemeindeordnung mit umfangreichen Kommentaren. Die anderen beiden Ordner, jeweils halb gefällt, enthalten die Landkreisordnung, das Hessische Kommunalwahlgesetz und weitere Regelungen. Umfang und Genauigkeit der Kommentare sind beeindruckend und machen die blauen Ordner zu einem Standardwerk des Kommunalrechts. Dafür bürgen auch die AutorInnen, die überwiegend leitende Verwaltungsangestellte sind. Im Zuge der Nachlieferungen werden Lücken geschlossen und vorhandene Kommentierungen aktualisiert.

Martin Neufelder/Wolfgang Trautmann
Kennzeichen Unrecht
(3. Auflage 2005, R.G. Fischer in Frankfurt, 364 S.)
Ein Sammelsurium von Texten, Fragmenten und Gedanken zu Funktionen, Erscheinungsformen und Wirkungen von Recht. Die Aneinanderreihung der einzelnen Abschnitte und Themen erscheint oftmals willkürlich, so dass ein systematisches Durchlesen des Buches schwer fällt. Nützlicher ist, nach bestimmten Stichworten die passenden Abschnitte zu lesen, so dass das Stichwortverzeichnis zum wichtigsten Helfer bei der Lektüre wird. Mit ein bisschen Glück trifft mensch auf interessante Abhandlungen. Vieles aber ist auch sehr allgemein oder stark verklausuliert ausgedrückt. Die Form ist die wesentliche Schwäche des Buches.



Volker Friedrich Drecktrah (Hg.)
Die RAF und die Justiz - Nachwirkungen des deutschen Herbst
(2010, Verlag Martin Meidenbauer in München, 280 S., 42,90 €)
Der vorliegende Band sammelt Beiträge einer Vortragsveranstaltung des Forums Justizgeschichte aus dem Jahr 2006. Der Verein, der sich die Erforschung der Justizgeschichte im 20.Jahrhundert zur Zielsetzung gemacht hat, versuchte, die juristischen Auseinandersetzungen um die RAF und deren Folgen nachzuzeichnen. Dazu ist ein breites Spektrum an sehr unterschiedlichen Autoren versammelt worden, denen lediglich gemein ist, das sie (mittlerweile) alle zu den Eliten des demokratischen Regimes zählen. So unterschiedlich wie die Autoren sind auch die Beiträge. Während Lorenz Böllinger, der schon in den 70zigern an „Forschungen" des Innenministeriums zum Thema „Terrorismus" beteiligt war, in klassisch juristischer Weise mit pathologischen Zuschreibungen über den typischen Werdegang von „Terroristen" schwadroniert, wird genau diese Vorgehensweise (und die von Böllinger miterstellten Studien) aus diesem Grund als nicht zutreffend kritisiert. Tief blicken lässt auch der Beitrag des RAF-Experten Kraushaar, wenn er Horst Mahlers Rolle bei der Gründung der RAF als „Spinne im Netz" beschreibt. Erfrischend selbstkritisch sind die Beiträge von Martin Schmidt und Helmut Pollähne, in denen sie u.a. ihre eigen Biografie im Symphatiesanten-Umfeld bzw. bei der Roten Hilfe aufarbeiten, und dabei interessante Einblicke in die damaligen Diskurse bieten. Allerdings wird die Erwartung des Lesers, etwas die über die Nachwirkungen der Auseinandersetzung mit der RAF in der Justiz etwas enttäuscht, da Allgemeines über die RAF zu viel Platz einnimmt, und z.B. die Verschärfungen der Gesetze eigentlich nur in den Beiträgen von Ingo Müller und des ehemaligen RAF-Verteidigers Kurt Groenewold Erwähnung finden.

Erich Göhler
Ordnungswidrigkeitengesetz
(15. Auflage 2009, C.H. Beck in München, 1722 S., 62 €)
Das umfangreiche Buch bietet einen grundlegenden Kommentar zum OWiG - gewohnt präzise mit etlichen Fundstellen in Gerichtsurteilen und -beschlüssen sowie Leitsätzen und Literatur. Neben dem in der Hauptsache abgehandelten Bundesgesetz finden sich auch Landesgesetze über Ordnungswidrigkeiten sowie Auszüge aus Bundesgesetzen mit Bezug wie die Strafprozessordnung, das Wirtschaftsstrafgesetz und die Richtlinien für das Straf- und Bußgeldverfahren.

Aufruf zum Mitdenken und -diskutieren:

Freie Menschen in freien Vereinbarungen II

(jb) 2000 erschien das Buch „Freie Menschen in freien Vereinbarungen" erstmals. Es lag in gedruckter Form vor, konnte als Gesamtes auch heruntergeladen werden (PDF) und stand auf www.opentheory.org als Debatte bereit. Inzwischen sind Jahre ins Land gegangen und das Buch (fast) vergriffen (Restexemplar über www.aktionsversand.de.vu). Nun soll es neu entstehen - und das in einem Prozess, in dem alle, die das wollen, mitmischen können.

Dazu soll dieser Aufruf auch anregen. Die Textentwürfe für das neue Werk sind inzwischen verfasst - im Gießener Gefängnis, wo einer der AutorInnen aus der Gruppe Gegenbilder bis 22.3.2011 einsaß (http://weggesperrt.blogsport.eu). Das hat natürlich wenig mit der Qualität der Texte zu tun, aber schon damit, dass sie gerade jetzt alle fertiggestellt wurden - und die Debatte damit losgehen kann:

- Holt Euch die Texte und lest, wozu Ihr Lust habt. Macht Anmerkungen in den Ausdrucken (oder als Notiz im Dokument) und schickt die zu. Längere Textvorschläge wären auf jeden Fall schön, auch als Datei zu erhalten - andererseits sind zum Einarbeiten Ausdrucke mit handschriftlichen Anmerkungen einfacher.
- Gern können auch Veranstaltungen oder Workshops vereinbart werden, in denen über die Ansätze diskutiert wird.

Was ist die Idee des Buches?

„Freie Menschen in freien Vereinbarungen II" soll in kompakter Form eine wissenschaftliche (nicht: objektive) Basis für die Diskussion um herrschaftsfreie Gesellschaft liefern. Denn diese passt viel besser zur Natur und Evolution der Materie, des Lebendigen und der Menschen. Denn die sind alles andere als starr und linear, sondern selbstorganisierend und kreativ. Alte und moderne Herrschaftsformen, auch demokratische Rechtstaaten müssen das Menschliche brechen. Wie Befreiung aussehen kann, was emanzipatorischer Wandel bedeutet, das soll in diesem Buch dargestellt werden - nicht als Rückgriff auf verstaubte Theorien des vorletzten Jahrhunderts, sondern abgeleitet aus einem aufklärenden, aber skeptischen Blick auf den Stand des Wissens. Ohne Anspruch auf Wahrheit, sondern als Baustein auf der nach oben offenen Entwicklungsleiter kultureller Evolution.

Gliederungsentwurf

Diese Übersicht zeigt die Planung für die zweite Auflage des Buches „Freie Menschen in Freien Vereinbarungen". Alle Kapitel sind als Entwurf in Form von Internetseiten vorhanden. Aus ihnen soll im Herbst 2011 das neue Buch gedruckt werden. Bis dahin ist die Diskussion eröffnet - per Mail, Brief, als Ausdruck der Kapitel mit Anmerkungen, als neue Textbeiträge oder auch in Foren. Dafür dürfen die Textentwürfe oder besonders diskutierte Passagen gerne auch gespiegelt oder in Diskussionsforen übertragen werden. Wenn eine Mitteilung darüber gemailt wird, kann der jeweilige Link auf die Diskussionsseiten beim passenden Text eingefügt werden.
Unter www.herrschaftsfrei.de.vu findet sich das Einleitungskapitel, ein Link zur nächsten Seite (so geht es dann auch weiter) und ein Link zur gesamten Gliederung, die dann einen Überlbick und alle Links enthält.

Die Kapitel:

1 Einführung (www.projektwerkstatt.de/hoppetosse/emanzipat/debatte.html)

2 Geschichte sozialer Organisierung (.../herrschaft.html)

2.1 Soziale Organisierung als Prozess (.../formen.html)
Notwendigkeit zur gesellschaftlichen Arbeitsteilung, Entstehung von Kontrolle, Hierarchien usw.

2.2 Geschichte formaler Herrschaft: Institutionen der Normierung, Kontrolle und Sanktion (.../institutional.html)
Wandel und Formen der institutionellen Macht (Staat, Kirche, Ähnlichkeit der Durchsetzungsorgane in allen Systemen usw.) sowie zu modernen Funktions- und Deutungseliten, dem Verhältnis von Metropole zu Peripherie usw.

2.3 Geschichte der Produktivkraft und die ökonomische Unterdrückung des Menschen (.../produktiv.html)

2.4 Diskurse und Verhaltenssteuerung (.../diskurs.html)
Bildung, Medien, Religion, Moral, Gesetze, Normen

2.5 Konstruktion von Einheit und Gemeinwille (.../wirundalle.html)
Instrumentalisierung und Repräsentation, Integration und Assimilierung

3 Theorie herrschaftsfreier Gesellschaftsgestaltung

3.1 Was ist die Welt und das Leben? Idee und Materie (.../logik.html)
Den Widerspruch zwischen materialistisch-deterministischen und rein ideellen Theorien auflösen. Themen wie Selbstorganisierung von Materie ... ich würde gerne eine Art „anarchistischen Materialismus" formulieren. Will heißen, dass alles eine materielle Basis hat, Materie aber ungemein dynamisch ist (z.B. das Gehirn, wo Gedanken sich als Synapsen niederschlagen - oder auch das Genom, welches mit der starren Ideologie in der Genetik nicht zu erfassen ist). Weitere Stichworte: Dekonstruktivismus, Wahrnehmung, Wahrheit

3.2 Was ist der Mensch? Losgelöstheit, Leben in offenen Systemen (.../mensch.html)
Emanzipation von Scheingeborgenheit vermittelnden Ankern (Mutter/Eltern, Volk, Clique, Nation, Gott). Herrschaftsfreiheit ist immer unklar hinsichtlich der Zukunft. Die ist immer offen. Weitere Stichworte: Was ist die menschliche Natur?

3.3 Selbstentfaltung und gleiche Möglichkeiten (.../selbst.html)

3.4 Eigennutz und Gemeinnutz, Autonomie und Kooperation (.../autokoop.html)
Inhalt: Wie Egoismus und Kooperation zusammenfallen. Menschliche „Natur„ ist dafür egal, weil es um die Bedingungen geht, die dann prägen - von welchem Ausgangspunkt auch immer aus.

3.5 Mensch - Natur - Technik (.../natur.html)

4 Worum geht es? Strategien herrschaftsfreier, sozialer Organisierung (.../strategie.html)
Hier ginge es vor allem um das Verhältnis der beiden zueinander, die Notwendigkeit der Verknüpfung und warum eine gute Theorie die Impulse aus der praktischen Anwendung braucht. Es werde allgemeine Anforderungen für eine Umsetzung benannt, unter anderem

4.1 Befreiung als Prozess, u.a.: Emanzipation (.../prozess.html)

4.2 Utopie und Skepsis, u.a.: Dialektik (.../fragendvoran.html)

4.3 Horizontalität und offene Systeme (.../offen.html)

4.4 Koordinierung und Kooperation: Räte, ratlos oder was? (.../raetesystem.html)

4.5 Ökonomie ohne Zwang und Unterdrückung (.../oekonomie.html)

5 Praktische Organisierung von Autonomie und Kooperation (.../praxis.html)
Beispiele für gleiche Möglichkeiten, offene Räume, Wissensorte, Konfliktaustragung usw. im Hier und Jetzt. Im Einleitungstext finden sich Kurzbeschreibungen zu offenen Räumen, Lern- und Wissensorten und den mit jeweiligem Verweis auf ausführlichere Texte in „Autonomie&Kooperation" und „HierarchNIE!".

5.1 Commons und Eigentumslosigkeit (open access) (.../commons.html)

5.2 Streitkultur (.../streit.html)

5.3 Umgang mit Umwelt und Rohstoffen (.../umweltschutz.html)

5.4 Große Infrastruktur und High-Tech (mit Fallbeispielen Wasser/Energie und Mobilität) (.../bsp_strasse.html)

5.5 Praxis von Bewegung und Widerstand (.../widerstand-hierarchiefrei.html)

6 Anhang

6.1 Glossar (Ergänzen und Aktualisieren des Glossars aus 1. Auflage direkt auf www.opentheory.org/gegenbilder_5-2/text.phtml)

2. Literatur (.../literatur.html)

Kontakt:
Jörg Bergstedt
c/o Projektwerkstatt
Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen-Saasen
Email: joerg@projektwerkstatt.de.

Gliederung und Links zu den Kapiteln siehe oben und www.projektwerkstatt.de/hoppetosse/lesefenster/gliederung.html
Einstiegsseite: www.herrschaftsfrei.de.vu

In Planung:

Seminare zur Diskussion der wichtigen Thesen und Inhalte von „Freie Menschen in freien Vereinbarungen"

Herbst 2011 in der Projektwerkstatt Saasen

Wahrscheinlich zwei Termine für:
Welt, Mensch, Selbstentfaltung
Strategie und Praxis

Genauere Infos folgen. Wer sich unter der Email-Adresse meldet, erfährt mehr!

Utopien

Amartya Sen
Die Identitätsfalle
(2010, dtv in München, 208 S., 9,90 €)
Ein wichtiges, provozierendes und doch am Ende noch unvollständiges Buch. Die Fragestellung ist klar: Sind Konflikte zwischen scheinbar einheitlichen Gruppen die Folge derer Identität, also klar umreißbarer Unterschiede, die die Gruppe kennzeichnen? Oder werden diese Identitäten konstruiert, um die Kriege führen zu können oder sind Konflikte Folge solche Konstruktionen? Sen beantwortet die Frage eindeutig: Die einheitlichen Identitäten gibt es nicht. Tatsächlich sind alle Menschen Teil unterschiedlicher identitärer Gruppen, d.h. sie sind immer eine Mischung von Identitäten. Werden einzelne herausgehoben und die Menschen auf diese eine Identität reduziert, wird es gefährlich. Dann können Christen und Muslime Kulturkämpfe austragen, obwohl sich ihre sonstigen Prägungen überlagern. Was fehlt im Buch: Die Identitäten sind nicht nur plural, sondern auch in dieser Vielfalt noch konstruiert. Jede Identität ist Vereinheitlichung.

Hans Jürgen Krysmanski
Hirten & Wölfe
(2.Auflage 2009, Westfälisches Dampfboot in Münster, 313 S.)
Wie werden moderne, kapitalistisch-demokratische Gesellschaften gesteuert? Sind die Reichen besonders mächtig - und wenn ja, wie weit reicht ihr Einfluss? Diesen und weiteren Fragen geht der Autor nach. Er tut das in einer angenehmen Vorsichtigkeit, denn vielfach führt der Blick auf die Reichen der Welt zu neid- oder verschwörungsschwangeren Theorien, die vor allem unter „den Gefahren der Vereinfachung und Mythologisierung" (S. 182) leiden. Das Buch ist aufklärerisch, d.h. es erlaubt intensive Einblicke in die Netzwerke „teil kooperierender, teil konkurrierender Eliten". Einige Blicke gehen auch auf die anderen Teile der Funktionseliten - und damit relativiert sich die Macht des Geldes. Es ist nur ein Einflussmittel. Aber es ist das auch.

Bettina Fackelmann
Ambivalenz der Macht
(2010, Carl Auer Verlag in Heidelberg, 286 S., 25,95 €)
Ein kompliziertes Buch über öffentliche Verwaltung und die Mechanismen des Informationsaustausches, der Macht und Steuerung in ihnen. Die Autorin versucht intensiv, Begrifflichkeiten und Theorieansätze zu klären, um mit ihnen dann die Funktionsweisen kommunaler Ämter durchleuchten zu können. Dadurch gerät das Buch aber immer wieder zu einer Art philosophischer Enzyklopädie und ist unter diesem Aspekt auch wertvoll, verliert aber den Bezug zur Praxis des Handelns von Verwaltung, welches eigentlich im Mittelpunkt stehen sollte. Verwirrung schafft auch der Begriff Organisation, der hier etwas unklar und eher gleichlautend mit Verwaltung gebracht wird. Zitate und Theorien aus Unternehmens- und Bewegungsstrukturen fließen dann etwas unvermittelt in die Abhandlung ein. Empfehlenswert als Fundgrube der Machtanalyse von Verwaltung, schwierig als Lesebuch zum besseren Verständnis politischer Gestaltung.

Klaus Kremb
Weltordnungskonzepte
(2010, Wochenschau Verlag in Taunusstein, 127 S.)
Vier epochale politische Veränderungsstrategien und eine allgemeine Einleitung bilden die Kapitel des kleinen Büchleins. Durchgehend werden dabei Gegensatzpaare aufgestellt, die in der Einleitung bereits die Absatzüberschriften bilden. Konsequent ist dann der Kommunismus das Gegenteil liberaler Weltkonzepte und die Geschichte ein Ringen um Hoffnung und Enttäuschung. Letztlich macht damit das Buch aber genau die Logik auf, die Identität, Innen und Außen, Gute und Böse schafft - und das verbindende Element aller herrschaftsförmigen Gesellschaften darstellt, die so ihre Legitimation im Diskurs selbst schaffen.

Kenneth J. und Mary Gergen
Einführung in den sozialen Konstruktionismus
(2009, Carl-Auer-Systeme Verlag in Heidelberg, 118 S., 12,95 €)
Es gibt keine Wahrheit, sondern jede Wahrnehmung hängt von dem Mitteln ab, mit der sie wahrgenommen wird - ob wissenschaftlich, religiös oder anders. Mit diesem Büchlein betonen die AutorInnen aber die Entstehung von Wahrnehmung als zwischenmenschliche Interaktion. Sie unterscheiden deshalb ihren Begriff Konstruktionismus vom individualistischen Konstruktivismus - zugegeben etwas pedantisch, aber wertvoll im Hinweis, dass Begriffe und Wirklichkeit in der Kommunikation entstehen. Daraus werden Konzepte für Therapien, Sozialforschung und Bildung abgeleitet.

Uri Gordon
Hier und jetzt
(2010, Edition Nautilus in Hamburg, 256 S., 18 €)
Die anarchistische Theorie außerhalb des deutschsprachigen Raumes lebt stärker als hier von der Praxis des Alltags und des politischen Kampfes. Das zeigt auch dieses Buch - es ist erfrischend anders als die deutschen Langweiler von Graswurzelrevolution bis FAU. Hier geht es um Aktionen, Debatten und Organisierungsversuche. Das Buch ist eher ein Mosaik der bunten, bisweilen chaotischen Welt anarchistischer Kultur. Es ist keine systematische Abhandlung anarchistischer Entwürfe. Wichtige Fragen sind unter anderem die Gewalt- und die Technikdiskussion.

Andreas Kilian
Egoismus, Macht und Strategien
(2009, Alibri in Aschaffenburg, 212 S., 16 €)



Ein Buch archaischer Verhaltensantriebe des Menschen. Diese werden beschrieben, bewertet und auf moderne Verhaltensmuster übertragen. Das regt zum Nachdenken an in zweierlei Form: Zum einen, wieweit tatsächlich Triebe und alte Traditionen der Grund für etliche antiemanzipatorische Verhältnisse sind. Zum anderen aber auch, ob dieses Buch nicht vor allem auf wirren, aber abenteuerlich und damit interessant klingenden Phantasien entspringt. Dummerweise sind zwar im Anhang viele Literaturangaben enthalten, aber im Text befinden sich überhaupt keine Hinweise, worauf die vielen Annahmen beruhen. Auffällig häufig werden patriarchale Unterdrückungsmechanismen den Frauen in die Schuhe geschoben, denen sie angeblich mal genutzt haben sollen. So läuft das Buch Gefahr, Legitimationshilfe genau für solche Muster zu sein.

dtv-Atlas Politik
(2010, dtv in München, 304 S., 12,90 €)
Ein hübsches Buch mit vielen farbigen Abbildungen und einer hohen Informationsdichte in kleiner Schrift. Der Atlas ist nicht alphabetisch, sondern in einer Mischung aus Chronologie und Systematik gegliedert. So werden verschiedene Staatstheorien in der Reihenfolge erwähnt, in der sie geschichtlich aufgetreten oder entworfen wurden. Leider dominieren meist Quellen- und Literaturangaben die Texte, während inhaltliche Passagen sehr kurz ausfallen. Zudem wird im wesentlich die klassische Schul- oder Lehrbuchmeinung vertreten. Kritische Blicke werden verschwiegen, stattdessen vieles einfach so benannt als gäbe es keine abweichenden Meinungen (z.B. die Behauptung, die Justiz sei in Rechtsstaaten unabhängig).

Ticker Gentechnik und ihre Seilschaften

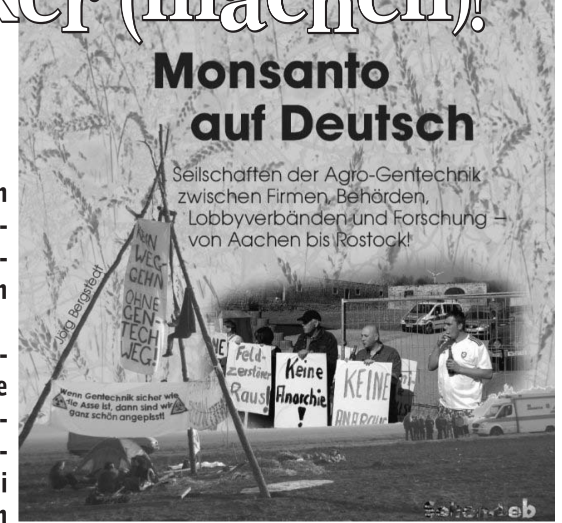
Neues vom Acker (machen)!

(jb) **zusammengestellt als Häftling 99/10/7 im Gießener Gefängnis**
c/o Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen, 06401/903283
saasen@projektwerkstatt.de, www.biotech-seilschaften.de.vu

Sie ist da: „Monsanto auf Deutsch" – die Enzyklopädie der Gentechnik-Seilschaften

„Monsanto auf Deutsch" - schon der Titel trägt den Widerspruch in sich. In Deutschland wird zur Agro-Gentechnik vor allem über den US-amerikanischen Konzern geredet. Blicke hinter die Kulissen der deutschen Akteure, immerhin drei Global Player und viele Kleinfirmen, fehlen bislang. Dieses Loch will das am 1. Janaur 2011 erschienene Buch füllen. 240 Seiten sind mit Informationen über Personen, Organisationen, Behörden, Lobbytätigkeit, Geldflüsse und konkreten Beispieln gefüllt. Zu allem finden sich präzise Quellenangaben. Seite für Seite erfolgt ein tiefer Blick in die Seilschaften der Agro-Gentechnik.

Die ersten Kapitel drehen sich um die Verflechtungen zwischen Behörden, Firmen, Lobbyvereinen, PR-Agenturen und WissenschaftlerInnen. Immer wieder ziehen die gleichen Personen in verschiedenen Funktionen an den Strippen, zwischen allen Beteiligten besteht ein enges Geflecht, in dem sowohl Genehmigungsbehörden wie auch Geldgeber voll mitspielen: Noch nie ist ein Feldversuch mit gentechnisch veränderten Pflanzen in Deutschland abgelehnt worden. Staatliche Mittel schmieren den Betrieb. Dabei wird belogen und betrogen, was das Zeug hält. Dieser Beschreibung der Netzwerke fügt Autor Jörg Bergstedt einen zweiten Teil an. Nun werden an konkreten Fragestellungen die Strategien der Gentechnikbranche dargestellt: Ihre Propaganda und was davon zu halten ist. Das Spiel mit der Koexistenz. Die Repression gegen KritikerInnen. Hinzu kommt ein Kapitel über ein konkretes Feld: Betrug, Fälschungen und Schlampereien sind die Realität draußen, wo die Pflanzen stehen. Über 2000 Quellenangaben und ein präzises Stichwort- und Personenverzeichnis machen das Buch zu einem Lexikon der Agro-Gentechniknetzwerke. Eine erschreckende Sammlung, die Wut macht.



Aktuelle Ergänzungen zum Gentechnikfilz:

Personen und Organisationen

Jens Katzek wechsel zu BASF

Er war schon fast überall - erst Gentechnik-Chefkritiker beim BUND (ja, dem Umweltverband), dann von einem Tag auf den anderen Pressesprecher der KWS, von dort zu Industrieverbänden und dann als Chef zum sachsen-anhaltinischen Financier der Gentechnik, Bio-Mitteldeutschland. Von dort springt er jetzt zur Gentechniktochter der BASF.

Gert Lindemann wieder auf Posten

Er war Staatssekretär im Bundeslandwirtschaftsministerium und wies mit allerlei Lügen und Verdrehungen die Dienstaufsichtsbeschwerden des Umweltinstituts München gegen die BVL-Herren Buhk und Bartsch ab. Jetzt wird er neuer Landwirtschaftsminister in Niedersachsen.

ENTFILZEN!

http://gentechfilz.blogsport.de

Marianna Schauzu offenbart Position

Bislang war einiges um diese Person nebulös, es gab keine klaren Beweise. Würde sie zu den DrahtzieherInnen der Gentechnik-Seilschaften gehören, so wäre das doppelt interessant, denn Schauzu ist die in Genehmigungsverfahren von Genfeldern beteiligte Person beim Bundesamt für Risikobewertung (und winkt diese dort immer durch), arbeitete früher direkt in der Genehmigungsbehörde BVL und ist Funktionärin der Partei Die Linke in Berlin. Nun hat sie ihre Einseitigkeit öffentlich bezeugt - und das gleich in der Linken-nahen Tageszeitung „Junge Welt", die auch solche Pro-Gentechnik-Marktschreier wie InnoPlanta Preisträger Thomas Deichmann schreiben lässt und Artikel über die Gentechniknetzwerke aus Angst vor Klagen aus selbigen nicht zu veröffentlichen wagt. Marianna Schauzu lobt in ihrem Text Firmen wie Monsanto als Entwicklungshelfer für die hungerleidenden Menschen. Da bleibt nur ein neidischer Blick auf die Gentechnikbefürworterinnen: Wer solche „GegnerInnen" hat (sprich: wenn marxistische Parteien und Zeitungen schon für Monsanto & Co. werben), braucht auch keine Argumente.

Peter Bleser wird Staatssekretär

Der flammende Befürworter der Agro-Gentechnik ist seit Januar 2011 neuer Staatssekretär der Verbraucherministerin Aigner - die gentechnikbefürwortende Position wird also auch in der Ministeriumsspitze jetzt personell sichtbar. Die Durchwink-BeamtInnen von BVL, BfR, JKI usw. wird es freuen.

Bionade: Ende der Lügen

Wer die Geschichte von Bionade kennt, weiß auch, wofür der Name eigentlich stand: Ein biotechnologisch erzeugtes Getränk - hipp und modern. Dumm war, dass die Kennzeichnungsverordnung der EU einen Namensbestandteil verbot, wenn das Produkt nicht „bio" war im Sinne von ökologischer Erzeugung. Was also bliebt den Geschäftemachern übrig: Tatsächlich Biozeug verwenden. Die Ökos aus Zwang wurden zum angesagten Getränk der Öko-Schicki-Micki-Szene - und irgendwie passt das zu einem reich gewordenen BürgerInnentum, bei dem vor allem der Schein zählt, sowohl der Wellness- und Gutfühlfaktor der oft von weither importierten und aufwändig verpackten Produkte wie auch das Stück Papier im Portemonnaie, dass den Zugang zu diesen Exklusivgütern ermöglichte. Da ist es vielleicht sogar ganz gut, wenn mal irgendwo ganz auffällig die Fassade eingerissen wird - wie jetzt bei Bionade.

Ernährung, Gentech

Árpád Pusztai/Susan Bardócz
Sicherheitsrisiko Gentechnik
(2010, Orange Press in Freiburg, 180 S., 18 €)
Die Autoren beleuchten die Rollen von Konzernen und Politik und deren indirekte Einflussnahme über die Finanzierung auf die Ergebnisse der Genforschung. Er liefert Vorschläge für eine effektive, wissenschaftlich seriöse Forschung im Dienste der Sicherheit von Mensch und Natur. Árpád Pusztai wurde nach der Veröffentlichung kritischer Gentechnik-Untersuchungen 1998 von seinem Posten an dem schottischen Rowett Research Institut suspendiert.

Thomas Deichmann
Warum Angst vor der Grünen Gentechnik?
(2009, Projekte-Verlag Cornelius in Halle, 257 S., 28,50 €)
Schön ... eine Sammlung von Ergüssen des Alles-wird-Gut-Propagandisten, der als einst als Marxist mit einfachen Erklärungsmodellen die Welt glücklicher zwingen wollte und nun zu einem fast religiös anmutenden Glauben an das Gute aus dem Fortschritt gewechselt ist. Das Buch ist eine Sammlung seiner Aufsätze in verschiedensten Zeitungen und Internetseiten. „Informiert ... wie kein zweiter" benannt ein Schweizer Professor im lobenden Vorwort den Autor. Aber von Wissen sind die Texte nicht geprägt. Eher wirken sie wie aus einer PR-Agentur. Genau das aber ist auch die Stärke des Buches: Für alle, die am Stammtisch die Gentechnik unterstützen wollen, finden hier kräftig Material. Und alle, die sich ein Bild machen wollen, wie platt hier oft argumentiert wird, sind mit dem Buch auch gut bedient. Klar, dass da auch der Angriff auf Greenpeace nicht fehlen darf: Dem Öko-Konzern wird Geldorientierung und interne Hierachie vorgeworfen. Das stimmt zwar, aber es demaskiert auch die Gentechnikbefürworter: Was bitte hat das mit dem Thema zu tun? Einen besonderen Spaß dürften AnhängerInnen direkter Aktionen haben: Deichmann listet am Ende des Buches minutiös auf, welche Felder wann zerlegt wurden ...

Max Annas/Jürgen Binder
Genfood - Das aktuelle Handbuch
(2009, orange press in Frankfurt, 208 S., 15 €)
Ein gutes Buch zum Einstieg ins Thema. In kurzen Kapiteln wird die Lage der Dinge dargestellt: Von politischen Debatten über die Verbreitung der Gensaaten. Den Hauptteil bilden Texte zu den verschiedenen Lebensmitteln und den dort eingesetzten gentechnischen Methoden. Ein kleines Schlusskapitel nennt Adressen von Initiativen, die sich gegen Gentechnik wehren. So entsteht ein guter erster Überblick für alle, die sich hineinlesen wollen. Schade, dass - wie bei europäischen AkteurInnen üblich - vor allem der Name Monsanto fällt. Informationen zu den großen europäischen Konzernen (darunter die drei deutschen BASF, Bayer und KWS) sowie zu den spezifischen Methoden der deutschen Agrogentechnik von der Verschleierung der Felder als Sicherheitsforschung bis zur Gründung und Liquidierung schwer erkennbarer Kleinstfirmen findet sich in dem Buch wenig bis gar nichts.

Peter H. Feindt/Joachim Lange (Hrsg.)
Agrarpolitik im 21. Jahrhundert
(Loccumer Protokolle 30/2007, Evangel. Akadamie, 330 S.)
Der Band zeichnet die Vorträge und Diskussionen einer Tagung in Loccum nach. Dabei bietet er eine große Bandbreite von Beiträgen - nicht nur der ReferentInnen. So ist eine Art Lesebuch zum Thema entstanden, das gut geeignet ist, die aktuellen Entwicklungen in der Agrarpolitik und den Paradigmenwandel auf dem Lande unter verschiedene Fragestellungen und Blickwinkeln zu erfassen. Die Hauptkapitel drehen sich um die ökologischen Wirkungen, um Effizienz und Teilhabe mit einem Schwerpunkt auf die Rolle von Subsistenzwirtschaft sowie die ökonomien, überwiegend global ausgerichteten Verwerfungen.

Martin Möller u.a.
Nanotechnologie im Bereich der Lebensmittel
(2009, vdf Hochschulverlag in Zürich, 211 S., 34 €)
Das Buch liefert einen ziemlich umfassenden Einblick in die Technik und ihre gesellschaftlichen Aspekte. Es geht sowohl um die aktuellen Forschungsansätze wie auch um rechtliche Fragen, Akzeptanz und überhaupt die Definition des schwer abgrenzenbaren Technikgebietes. Am Ende versuchen die AutorInnen vom Zentrum für Technologiefolgenabschätzung ein Fazit und sprechen Empfehlungen für den weiteren Umgang aus. Das Interesse für politische Fragestellungen ist zu erkennen, auch wenn - wie bei solchen Veröffentlichungen üblich - eine gewisser Glauben an die Objektivität von Wissenschaft nicht zu übersehen ist. Einen Vergleich mit den Debatten um die Gentechnik ziehen die AutorInnen selbst - und sehen als „Gefahr" eine Wiederholung solcher Diskussionsmuster.

Birgit Pauker
Streit um die Agrar-Gentechnik
(2010, transcript in Bielefeld, 360 S., 33,80 €)
Es gibt Bücher, auf die mensch sich richtig freut - und die umso mehr enttäuschen. Dieses gehört dazu. Es soll eine Analyse der Netzwerke in der Agro-Gentechnik und im Protest gegen diese bieten. Das klingt vielversprechend, neu und notwendig. Doch in dem mit wissenschaftlich klingenden Worthülsen vollgestopften Buch erfolgt eher gar keine Analyse, sondern es sind willkürlich ausgewählte Texte hintereinander zitiert und kaum in Beziehung zueinander gesetzt worden. Innere Widersprüche der dort zitierten Organisationen werden gar nicht erwähnt (z.B. wird der Deutsche Bauernverband mit nur einer einheitlichen Position abgebildet). Zudem nutzt die Autorin nur einfach zugängliche Einzelverlautbarungen der zentralen Apparate großer Organisationen. Damit hat sie aber das Feld der AkteurInnen nur zu einem Teil erfasst - und gerade Abweichungen von den dominanten Diskursen ganz missachtet. Inhaltlich und auch vom wissenschaftlichen Anspruch her unbrauchbar.

Nachrichten

Pro Gentechnikerklärung unter dem Deckmantel der Patentkritik

Das liest sich auf den ersten Blick schön: Mitglieder aller Bundestagsfraktionen veröffentlichten anlässlich der Grünen Woche eine Erklärung, die so anfängt: „Als zuständige Berichterstatter für den Bereich der sogenannten Biopatente sprechen wir uns anlässlich der Grünen Woche 2011 gegen die Patentierung konventioneller Züchtungsverfahren aus. Dies gilt ebenso für Pflanzen und Tiere, die mit konventionellen Verfahren gezüchtet wurden und daraus resultierende Erzeugnisse." Wer aber das Wort „konventionell" betont, macht aus dem Satz einen neuen Inhalt: Gentechnische Züchtungsverfahren sollen also sehr wohl patentiert werden! So läuft Propaganda in der Demokratie - und erschreckend ist, dass sich selbst die ThemenspezialistInnen haben einlullen lassen: Ulrike Höfken von den Grünen, Kirsten Tackmann von den Linken und Matthias Miersch von der SPD stehen mit Happach-Kasan und Lehmer einträchtig unter der Erklärung. Letztere werden sich ins Fäustchen lachen, wie dumm die Parlamentsluft die GentechnikkritikerInnen immer wieder macht.

Kritik an DFG-Broschüre

Gutachtliche Stellungnahme von vier Wissenschaftlern der Universitäten Kiel und Gießen (ja, so was gibt es auch!) zur DFG-Schrift „Grüne Gentechnik". Die Deutsche Forschungsgemeinschaft wollte mit ihrer Schrift ja so etwas ähnliches wie eine wissenschaftliche Stellungnahme zur Grünen Gentechnik vorlegen. Die Stellungnahme der vier WissenschaftlerInnen entlarvt: Viele Fehler und sehr unwissenschaftlich. Link zur Stellungnahme: www.enveurope.com/content/23/1/1

Amflora-Feld dieses Jahr in Üplingen

2010 gab es nur ein massiv umkämpftes Feld mit gentechnisch veränderten Pflanzen, nämlich das Amflorafeld der Firma BASF in Zepkow (Mecklenburg-Vorpommern). Das lag auch daran, dass gentechnikkritische Parteien und Umweltverbände die großen Versuchsstandorte in Groß Lüsewitz, Üplingen und Braunschweig auf eine seltsam penetrante Art ignorieren. Doch genau das ist für 2011 kaum noch möglich - und vielleicht liegt da die Chance einer BASF-Entscheidung, die vor wenigen Tagen bekannt wurde: Der Chemiegigant wird sein Feld verlegen - und zwar direkt an die hochgesicherte BioTechFarm nach Üplingen. Das ist eine Art Zoo: Gv-Pflanzen werden dort ausgestellt und können mit Busreisen besichtigt werden. Außerdem findet hier jährlich das größte Treffen der Gentechnik-Seilschaften, genannt InnoPlanta-Forum, statt. Finanziert wurden das Hofgut von einem reichen Westmäzen und aus verschiedenen staatlichen Töpfen der EU bis zur kommunalen Ebene, bei denen Gelder für Nachhaltigkeit, Gemeindearbeit usw. ziemlich dreist in die Hände der mafiös agierenden Gentechniklobby umgeleitet wurden.

Nun also soll die gv-Kartoffel neben dieser BioTechFarm stehen. Ist das eine Chance, dass endlich sich auch die Umweltverbände und Öko-Parteien mal intensiver damit beschäftigen, was so an Sümpfen mit Steuergeldern entstanden ist? Ziehen Umweltverbände und unabhängige AktivistInnen jetzt mal an einem Strang? Lernen KommunalpolitikerInnen und Bevölkerung aus der Börde jetzt endlich, was sie sich mit ihrem willigen VollstreckerInnentum gegenüber FDPlern, Firmen und LobbyistInnen da einfangen?

Gentechnik-Lobby-Organisation wegen Verleumdung verurteilt

Der französische Wissenschaftler Gilles-Eric Séralini hat vor Gericht einen Sieg errungen. Die Pro-Gentechnik Organisation l'Association française des biotechnologies végétales (AFBV) muss 1000 Euro Bußgeld wegen Verleumdung und die 4000 Euro Gerichtskosten zahlen. Seralini ist ein international anerkannter Wissenschaftler, der kritische Studien zu den Gefahren von Gentechnik-Pflanzen und Pestiziden erstellt. In Indien trugen seine Forschungsergebnisse zu einem Moratorium von Gentechnik-Auberginen bei. Siehe www.keine-gentechnik.de/news-gentechnik/news/de/23131.html

Hausverbot an der Universität Gießen

Erwartungsgemäß wurde das Hausverbot gegen den Gentechnikkritiker Jörg B. an der Universität Gießen gerichtlich bestätigt. Es ging um das Verhindern unerwünschter Recherchen über Forschungen in der Gentechnik, über Konzernnähe und über Fälschungen bei Zuschuss- und Genehmigungsanträgen. Der Richter hatte von Beginn an im Verfahren auf der Seite der Uni gestanden und das auch deutlich gemacht. Vor diesem Hintergrund wirkt das Urteil schwach begründet. Die Uni dürfe halt machen, was sie wolle. Pressefreiheit gelte nicht immer - warum da nicht, begründet das Gericht allerdings nicht.

Der für einige ZuhörerInnen positive Verlauf der Verhandlung (http://de.indymedia.org/2011/01/298129.shtml) dürfte mehr mit der für ihn überraschend hohen ZuschauerInnenzahl und fehlendem Wachpersonal zu tun haben. Dass er das Urteil schriftlich zuschickte, hatte sicherlich auch darin seinen Grund. Denn formuliert hatte er es sicherlich schon vorher. Vom Gerichtsprozess ist nichts erkennbar in den Wortlaut eingeflossen. Stattdessen sind weitgehend wörtlich die Vorentscheidungen einfach übernommen worden. Link zum Urteil: www.projektwerkstatt.de/gen/giessen/vg110117urteil.pdf.

Der Betroffene ging in Berufung, zumal ihm ein neues Dokument in die Hand fiel - eine Art Hausordnung der Gentechnik-Fachbereiche der Uni. Die regelt auch mögliche Hausverbote, und danach wäre das nicht legal. Dennoch besteht wenig Hoffnung: Gerichte sind dazu da, den Eliten der Gesellschaft den Weg frei zu räumen und sie vor unangenehmen Enthüllungen zu schützen.

Buch, Broschüre, Vorträge und ...

„Organisierte Unverantwortlichkeit" auf Englisch

Nach etwas mühevoller Übersetzungsarbeit, koordiniert von GM Watch, ist die Broschüre zu den Gentechnik-Seilschaften in englischer Sprache im Internet zu finden unter www.corporatewatch.org/?lid=3872.

Die deutsche Fassung (3. Auflage) ist über www.biotech-seilschaften.de.vu ebenfalls herunterzuladen oder auch in Papierform zu bestellen - gerne auch in größerer Anzahl zum Verteilen.

Buchverkauf „Monsanto auf Deutsch"

Noch bevor die ersten 500 Exemplare in der Druckerei bereit lagen, waren schon mehr Bücher bestellt, so dass einige bis zum Januar auf ihre Bücher warten mussten. Inzwischen sind alle Bücher geliefert und insgesamt schon über 1000 verschickt worden. Wie bei der Broschüre waren es wieder viele Basisgruppen und Einzelpersonen, die bei der Weiterverbreitung mithelfen. Neben www.aktionsversand.de.vu und über Buchhandlungen kann das Werk über den AbL-Verlag (Zeitung „Bauernstimme") und bei Gentechnikfreies Europa e.V. bezogen werden. Offen ist zur Zeit, ob das Buch den Weg in die Medien findet. Viele der schon länger am Thema arbeitenden JournalistInnen meiden solche Werke, die auch selbstkritische Blicke enthalten. Auf www.projektwerkstatt.de/gen/buch sind aber die ersten Rezensionen dokumentiert - der Autor scheint da interessante Titel zu sammeln und wird mit Ackerkratzdisteln oder Don Quichotte verglichen. Mal schauen, was FR, taz & Co. so machen. Sie sind in der Regel recht einseitig mit den Umweltverbands- und grünen Parteiapparaten verbunden oder sympathisieren mit diesen. Da sind unabhängige Kreise nicht besonders beliebt, stellen sie doch aus Sicht der Verbandsspitzen eine Konkurrenz dar. Dort wird ja nicht in Stärke des Widerstandes, sondern in eigenen Marktanteilen an Spenden und Medienaufmerksamkeit gedacht. Was schade ist und für den Protest außerordentlich schädlich. Für das Buch „Monsanto auf Deutsch" aber bleibt das in aller Ruhe abzuwarten, denn auch ohne Unterstützung von Bewegungseliten verbreitet es sich gut.

Vorträge zu Gentechnik-Seilschaften

Am 22. März 2011 wird der Autor von „Monsanto auf Deutsch" aus dem Knast entlassen, wo er wegen einer Feldbefreiung ein halbes Jahr absitzen musste. Danach kann es wieder mehr Veranstaltungen zum Thema geben. Wer Lust an dem Vortrag hat, sollte sich unter joerg(at)projektwerkstatt.de melden.

Was immer auch geht, ist ein Filmabend zum Thema, denn es gibt eine schöne Filmaufzeichnung des Vortrags in einem Lebensmittelgeschäft in Ostrach - die DVD kann in der Projektwerkstatt und über www.aktionsversand.de.vu bestellt werden.

Rezen-

Bettina Weiguny
Bionade
(2010, Eichborn in Frankfurt, 246 S., 19,95 €)
Ein Erfolgsbericht des Aufstiegs der führenden Limonade in den bessergestellten Schichten der Republik und denen, die sich als solches empfinden. Das Buch ist aus neoliberaler Brille geschrieben. Im Mittelpunkt steht das ehemalige Siechtum der Brauerei in Ostheim, der zunächst langsame, dann rasante Aufschwung von Bionade und die ersten Schwierigkeiten durch Preiserhöhungen oder kritische Fragen an das Produkt. Politisch ist das Buch nicht, eher beiläufig wird berichtet, dass die Brauer nur widerwillig auf Öko-Rohstoffe umgestiegen sind und ihr Werbeslogan von einer besseren Welt nur dem besseren Verkauf diente. Ganz außen vor gelassen wird die problematische Win-Win-Situation: Die Brauerei macht Kasse und das betuchte BildungsbürgerInnentum oder die pseudo-alternativen Kiezszenen fühlen sich besser. Es ist ärgerlich, auf welch flachen Niveau die Massenware Buch seit Jahren Titel um Titel raushaut und damit eigentlich spannende Themen tötet.



Im Januar 2011, also nach Erscheinen des Buches, wurde bekannt, dass Bionade von Dr. Oetker gekauft wurde und statt Gentechnikkritik und Öko-Image nun auf Sport und Kultur setzen will. Überraschend daran ist nicht dieser Wandel, sondern wie blöd die waren, die etwas Anderes erwartet hatten.

Agrarbündnis
Der kritische Agrarbericht 2011
(2011, AbL Bauernblatt GmbH in Hamm, 304 S., 22 €)
Immer zu Jahresbeginn, passend zur Grünen Woche, erscheint diese wichtige Sammlung von Texten zur aktuellen Agrarpolitik. Sie nahm dieses Jahr einen besonderen Rang ein, denn der Dioxin"skandal" im Tierfutter - eigentlich nur eine logische Folge profitorientierter Produktionsbedingungen - schuf viel Aufmerksamkeit für das Thema. So fand der Agrarbericht bereits Eingang in viele politische Berichte und Buchvorstellungen auch bürgerlicher Medien. Das ist gut so, denn er ist eine stete Stimme für eine andere Agrarkultur - angereichert mit aktuellen Zahlen über die Lage der Höfe und den internationalen Handel mit Agrarprodukten. Die Qualität der einzelnen Themen ist allerdings stark von den AutorInnen abhängig. Wo große, staatsgeldgefütterte Organisationen das Sagen haben, fällt das Niveau ab. Seit Jahren ist das beim wichtigen Thema Gentechnik der Fall, wo auch im 2011er-Bericht viel über das Lieblingsthema MON810 geschrieben wird, während die deutschen Gentechnikhochburgen mit keinem Wort erwähnt werden - wie in den Jahren zuvor auch schon.

Tade Matthias Spranger
Recht und Bioethik
(2010, Mohr Siebeck in Tübingen, 452 S., 114 €)
Noch spezieller geht es in diesem Buch zu Werke. Aus dem gesamten Bereich der Risikotechnologien ist die Biotechnologie ausgewählt mit Schwer-

Was sagt die Reaktion auf das Buch „Monsanto auf Deutsch“ über die NGOs aus?

_jb_ Die Broschüre „Organisierte Unverantwortlichkeit“ war noch gar nicht erschienen, da läuteten bei den GentechniklobbyistInnen schon die Alarmglocken. Ein Vorabdruck zweier Seiten auf einem Einladungsflyer zum gleichnamigen Vortrag ließ den FDP-Landtagsabgeordneten und InnoPlanta-Chef Uwe Schrader zur Staatsanwaltschaft eilen, die in Erfüllung ihres Auftrages (Recht des Stärkeren in Stärke des Rechts umwandeln) sogleich eine Anklage wegen Beleidigung erheben. Als wenig später die Broschüre erschien, zog Schrader zusammen mit der Multi-Geschäftsführerin Kerstin Schmidt und der Anwaltskanzlei des Ex-FDP-Ministers Horst Rehberger vor Gericht, um die Kritik zu verbieten. Offensichtlich mochten sie solche Blicke hinter ihre Kulissen nicht, während sie von Umwelt-NGOs wie Greenpeace sogar per Thesenanschlag an deren Headquarter mehr Dialog einforderten. Schrader & Co. wissen, welche Debatten sie führen können - und welche sie lieber meiden.

Nun haben Umwelt-NGOs, die Schrader & Co. als DiskussionspartnerInnen mögen, von sich aus gleichgezogen. Diesmal geht es um das Buch „Monsanto auf Deutsch“, das ganz ähnliche Themen wie die Broschüre behandelt, nur wesentlich genauer und umfangreicher. Zudem ist es um verschiedene besondere Betrachtungswinkel ergänzt - und um ein Kapitel über den Gentechnikprotest. Dort werden, genauso minutiös belegt, etliche Fälle beschrieben, wo auch die GegnerInnen zwar mit anderen Mitteln und Inhalten auftreten, aber durchaus gleiche Ziele verfolgen: Geld einzunehmen. Dabei sind ihnen mitunter die Mittel recht, die auch für die Gegenseite, die Gentechnikkonzerne, gelten: Lügen, Erfindungen und merkwürdige Verbindungen, wo sie eigentlich nicht sein dürften, z.B. durchaus zwischen Gentechnikkonzernen und Umwelt-NGOs selbst.

Und was passiert nun? Schrader & Co. haben ihre Lektion gelernt. Sie haben die Broschüre zu verbieten versucht und sind fulminant gescheitert. Sie werden sich nicht noch einmal die Finger verbrennen. Ihren Job könnten diesmal die Apparate aus Umwelt-NGOs und Grünen übernehmen. Die werden nicht klagen, sondern versuchen, das Buch totzuschweigen: Keine Rezensionen oder Hinweise in Verbandszeitschriften, Rundbriefen - und mal die Kontakte zu den großen bürgerlichen Zeitungen spielen lassen, ob das da auch zu verhindern ist. Über interne Kanäle die Ausgrenzung der KritikerInnen organisieren - so wie es an manchen Orten ja schon vollzogen und im umstrittenen Kapitel auch belegt wurde.

Das Buch „Monsanto auf Deutsch“ enthält Tausende Fakten und ca. 2000 Quellenangaben. Bislang hat niemand auch nur eine Information angezweifelt (wobei durchaus zu erwarten ist, dass unter derart vielen Fakten auch der eine oder andere Fehler zu finden wäre). Was einige Kader von Umwelt-NGOs und Parteien offenbar nicht mögen, ist die Tatsache, dass sie kritisiert werden. Doch Genfelder, die Renate Künast von Instituten ihres Ministeriums anlegen lässt, sind weder besser noch ungefährlicher. Daher muss das auch benannt werden in einem Buch, das aus unabhängiger Feder stammt. Ebenso sind Rauswürfe aus gentechnikkritischen Runden nicht besser als die Ausladungen von Uwe Schrader an seine KritikerInnen bei Lobbyveranstaltungen. Immer geht es um Macht und Pfründe. Die offen zu legen und um Veränderungen zu kämpfen, macht immer Sinn. Wer vermeintlich nahestehende Gruppen und Parteien schont, muss sich Vetternwirtschaft vorwerfen lassen - und zwar zu Recht!

Dass die zentralen Apparate von Grünen, Linken, SPD und Umwelt-NGOs durchaus viel Scheiße gebaut haben im Ringen um Macht, Geld, WählerInnenstimmen und Medienaufmerksamkeit, macht sie andererseits aber nicht plötzlich zu HauptgegnerInnen. Ebenso ist eine Kritik an den zentralen AkteurInnen keine Kritik an allen in den Organisationen. Das werden die „Oberen“ in ihrem Abwehrkampf gegen die Kritik behaupten. Es geht ihnen um Ausgrenzung und Verschleierung. Wer in Nabu, BUND, Grünen usw. aktiv ist und an seinem Verband hängt, sollte dafür sorgen, dass „da oben“ eine konsequentere Politik verfolgt werden - und nicht die KritikerInnen bekämpfen, die aufdecken, dass nicht alles Gold ist, was glänzt.

punkt der medizinischen und Reproduktions-Gentechnik. Klonen, Patente auf Leben, Genom und Biosafety sind Begriffe, um die sich die Ausführungen ranken. Das Lebensmittelrecht und damit die zur Zeit am meisten debattierte Agro-Gentechnik kommen nur am Rande vor. Insgesamt zeigt das Buch auf, welche Grenzen die Rechtsprechung hat, wenn es um Neues oder gar Zukünftiges geht. Gesetze sind eben die Welt von Gestern - gegossen in Normen für heute, die auch morgen noch halten sollen, aber nicht können und so eher konservative Wirkung haben. Weshalb, oftmals aus machttaktischen Gründen, Innovationsdebatten aus Gerichtssälen meist verbannt werden.

Jürgen Roth
Mafialand Deutschland
(2009 Eichborn in Frankfurt, 320 S., 19,95 €)
Jürgen Roths Bücher lesen sich wie Krimis - und er hat wichtige Enthüllungsarbeit geleistet. Dieses Buch fällt jedoch gegenüber früheren Werken deutlich ab. Die vermeintlichen Beweisführungen über die Existenz von Mafiosos in Deutschland sind oberflächlich. Die meisten in Anführungsstriche gesetzten „Zitate“ haben keine Quellenangabe, oft stammen sie erkennbar vom Hörensagen. Russen und Italiener verkommen im Buch zu simplen Feindbildern - das erinnert eher an die gemachte Kriminalität oder Terrorgefahr von Innenministern oder Polizeichefs. Doch letztere werden ebenso wie auflagengeile Medien immer wieder als Quelle für seriös gehalten - falls Quellen angegeben wurden. Dieses Buch überzeugt nicht.

Handbuch Medikamente
(7. Auflage 2008, Stiftung Warentest in Berlin, 1359 S., 39 €) und
Handbuch Rezeptfreie Medikamente
(2009, Stiftung Warentest in Berlin, 719 S., 29,90 €)
Zwei richtig dicke Bücher - gedacht und gemacht als Nachschlagewerke. Sortiert nach Krankheitsbildern bzw. den erkrankten oder verletzten Körperteilen werden 6000 rezeptpflichtige bzw. rezeptfreie Medikamente vorgestellt. Zum einen gibt es Tabellen, wo alle Medikamente nach ihren Markennamen aufgeführt und kurz beschrieben werden hinsichtlich Packungsgrößen, Preisen und Bewertung vorgestellt werden. Umfangreicher sind die Textteile. Dort sind die Medikamente unter dem jeweiligen Einsatzgebiet oder Wirkstoff aufgeführt mit zusammenfassenden Texten zu Anwendungen, Gegenanzeigen, Wechselwirkungen mit anderen Medikamenten und Lebensmitteln sowie unerwünschte Nebenwirkungen. Was fehlt, sind Hinweise auf weitergehende Informationsquellen (z.B. Literatur, Internet) - und damit auch zu kritischeren Betrachtungsweisen. Denn pharmakritisch sind dieses beiden Wälzer nicht, sondern stellen eher ein praktisches Kompendium präziser Schulmedizin dar.

Anita Idel
Die Kuh ist kein Klima-Killer!
(2010, Metropolis in Marburg, 200 S.)
Die Kuh und ihre Ausscheidungen - Thema eines ganzes Buches? Ja, und das auch noch spannend zusammengestellt und höchst informativ geschrieben! Offenbar hat sich die Autorin durch Berichte, die Kuhhaltung sei für den Klimawandel verantwortlich, herausgefordert gefühlt. Minutiös beschreibt sie, wie Kühe eigentlich leben, was sie eigentlich fressen würden, womit sie aber zwangsweise vollgestopft werden und dann die Ausrichtung der Landwirtschaft, der Umgang mit Boden, Pflanzen und Tieren eine Ursache des Klimawandels ist - nicht aber die Kuh.

Ökostrom - zentralisiert oder selbstverwaltet?

Als Konsequenz aus der Atomkatastrophe im Pazifik zieht die Bundesregierung nur scheinbar eine Kursänderung in der Atompolitik. Zu offensichtlich ist das Moratorium der Laufzeitverlängerung eine Brückenstrategie bis die Wogen in einigen Monaten wieder etwas geglättet sind, um dann wieder etwas von der Notwendigkeit einer Brückentechnologie erzählen zu können. Das wurde ja auch auf breiter Ebene erkannt. Als Konsequenz aus Fukushima wird aber noch etwas ganz anderes verkauft. Nämlich neuer Wein aus alten Schläuchen, oder: eine alte Stromerzeugungslogik in neuen Leitungen, oder: die Notwendigkeit von 3.600 Kilometer neuer 380.000Volt Höchstspannungsleitungen. Der Neubau stand allerdings schon länger fest, die Katastrophe soll lediglich genutzt werden um einerseits eine akute Notwendigkeit für die Leitungen zu suggerieren und so den Widerstand zu delegitimieren, andererseits soll Handlungsschnelligkeit demonstriert werden.

Floh Die vorherrschende Denkform, ausgehend von einer Jahrhunderte zurückreichenden abendländischen Denkgeschichte, basiert unter anderem darauf, singuläre Ereignisse in eine Kette scheinbarer Kausalitäten einzuordnen. Komplexitäten werden so reduziert auf unausweichliche Verhältnisse von Ursache und Wirkung. Diese Denkform unterstützt diskursive Herrschaft, bei der eben singuläre Ereignisse (beliebig) zu Kausalitäts-Ketten zusammengefügt werden, die sich dann durch Wiederholungen zur scheinbar einzig logischen Kette dieser Ereignisse verkrusten, und so zu scheinbaren „Wahrheiten“ werden (wo die Realität als einzig mögliche erscheint gibt es kein abweichendes Verhalten).

Diskursbaukästen

Beim Diskurs über neu zu bauende Hochspannungsleitungen ist schön zu sehen wie eine Kausalität erzeugt werden soll, obwohl die einzelnen Bausteine in ganz verschiedenen Ketten zusammengesetzt werden könnten. Folgendes sind die 3 Bausteine dafür:

- Stromtrassen (neu zu bauende 380.000 Volt Leitungen über 3.600 Kilometer in Deutschland)
- Ökostrom (tolle Sache!)
- der Wutbürger (Wort des Jahres 2010; ohne Verstand aber gegen fast alles)

Fangen wir damit an wie der bürgerliche Diskurs-Baukasten diese drei Bausteine zusammenbringt:

Hochspannungsleitungen sind zwar keine schöne Sache, vor allem wenn dafür Schneisen durch Wälder (100 Meter breit) geschlagen werden müssen, oder wenn sie den schönen Ausblick verschandeln. Aber sie sind eine Notwendigkeit für die gute Sache, sowie fürs Gemeinwohl. Denn: Durch sie soll Ökostrom fließen! Der im Norden erzeugte Strom aus Wind in den Süden und umgekehrt der Solarstrom in den Norden. Super Sache also. Wer dennoch dagegen ist, muss ein_e hoffnungslose_r Egoist_in sein, der_die den eigenen Blick aus dem Fenster über das Gemeinwohl der Versorgungssicherheit durch Ökostrom setzt. Damit sei auch gleichzeitig bewiesen, dass das neu entstehende Spektrum der Wutbürger_innen erstens irrational, zweitens egoistisch und drittens keineswegs im Sinne ökologischer oder sozialer Interessen handele.

Die konservative Stuttgarter Zeitung fasst das alles, noch vor Fukushima, in einem Satz zusammen: „Überall wo Eingriffe in Natur oder Siedlungen geplant sind, entsteht Protest – auch gegen Hochspannungsleitungen durch die Ökostrom fließen soll“.

Aber auch die taz, wohlgemerkt ein ehemals aus der linken Öko-Bewegung stammendes Medium, schreibt:

„Es knistert laut, und die Vorstellung, dass da 380.000 Volt fließen, lässt einen schnell weitergehen. Verständlich also, wenn man sich gegen eine solche Stromtrasse unmittelbar über dem eigenen Haus wehrt. Doch dieses britzelnde Geräusch ist nur in unmittelbarer Nähe der Leitung zu hören. 400 Meter entfernt herrschen definitiv Ruhe und Frieden. Nach der zum Jahresende angekündigten Änderung des Erdverkabelungsgesetzes muss eine Leitung unter die Erde verlegt werden, wenn sie näher als 400 Meter am Wohngebiet vorbeiführt. Wo also ist das Problem mit den Stromleitungen von Niedersachsen gen Süden, die zu einem großen Teil nötig sind, um aus Windkraft oder Biogasanlagen gewonnene Energie zu transportieren? (...) Die jüngsten Erfahrungen haben gelehrt, Großprojekte zu hinterfragen. Aber wie solche Projekte selbst muss auch der Widerstand dagegen Sinn ergeben - und darf nicht nur auf Befindlichkeiten basieren.“


Hochspannungsmasten - nicht schön - aber notwendig für Ökostrom?

Polemischer und in der Kausalität sehr sicher ist der Blog „Verlorene Generation“:

„Jeder produziert Müll, trotzdem will keiner eine Müllkippe vor seiner Wohnung. Jeder will billigen Strom und wenig CO2, aber kein Atomkraftwerk in der Nähe. Jeder will einen hohen Anteil an regenerativer Energie im Strommix, aber keine Windmühlen und Stromkabel in der Landschaft. Daher habe ich volles Verständnis für die Bürgerinitiativen gegen Hochspannungsleitungen. Ich finde die auch nicht schön. Leider wird es ohne nicht gehen, denn ohne sie kann der Windstrom nicht zu den Verbrauchern transportiert werden.“

Wie nun Fukushima genutzt werden soll, um die Höchstspannungsleitungen als Anti-Atom-Maßnahme zu verkaufen, verdeutlicht die FAZ am 21. März:

„Die Katastrophe in Japan und der Kurswechsel der Bundesregierung in der Atompolitik führen zu ersten Gesetzesinitiativen. Bundeswirtschaftsmistister Rainer Brüderle (FDP) will an diesem Montag auf dem Treffen der EU-Energieminister in Brüssel Eckpunkte für einen schnelleren Ausbau der Stromnetze vorstellen. Der Ausbau der Netzinfrastruktur müsse "erheblich beschleunigt werden, damit der

Ökostrom zum Verbraucher gelangen kann", heißt es in dem Eckpunktepapier (...) Brüderle plant ein Maßnahmenpaket für schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren und optimale Investitionsbedingungen, etwa indem Forschung und Entwicklung gefördert werden sollen. Auch die Akzeptanz in der Bevölkerung für den Netzausbau will das Ministerium verbessern; noch drohen in vielen Regionen Proteste gegen Stromtrassen oder Stromspeicher."

Offen wird also die Katze aus dem Sack gelassen worum es eigentlich geht. Die Akzeptanz in der Bevölkerung zu verbessern. Und wenn da ein GAU gerade passend kommt, nimmt man den eben dafür.

Nur am Rande erwähnt sei hier erstmal, dass der scheinbare Fakt, die Hochspannungsleitungen seien für Ökostrom gedacht, oder gar notwendig sehr fragwürdig ist. So vermutet die „Interessensgemeinschaft Achtung Hochspannung“ (achtung-hochspannung.de), die gegen eine Trasse von Vieselbach (Thüringen) bis Schweinfurth (Bayern) aktiv ist, dass Vattenfall mit dem Bau hauptsächlich „Stromhandel mit billigem Atomstrom“ betreiben will, in Richtung Polen, oder: von maroden osteuropäischen Atomkraftwerken in Richtung Deutschland. Und der Förderverein Solarenergie meint: „Ein großer Teil des geplanten Netzausbaus kann eingespart werden, wenn Windanlagen bewusst im Umland der großen Städte errichtet werden". Technisch gesehen ist das aktuelle Problem, dass das Netz überfordert ist, wenn starker Wind weht und viel Energie aus den Windparks in das Netz eingespeist wird. Das eigentliche Problem dabei ist aber, dass die großen Kohle- und Atomkraftwerke zu unflexibel sind um in solchen Zeiten weniger Strom zu produzieren.

Die einzelnen Bausteine kann mensch nun aber auch in einen ganz anderen, folgenden Zusammenhang zusammensetzten:

Ökostrom ist eine tolle Sache: Neben den ökologischen Aspekten (über die es im Übrigen auch einer intensiveren Debatte bedarf, da viele Aspekte einfach ausgeblendet werden, wie beispielsweise die Herkunft der Rohstoffe) haben sie vor allem durch ihre beliebig kleinen Einheiten den Vorteil, dass sie wirklich dezentral genutzt werden können und so auch die dahinterstehenden Machtstrukturen nach unten verlagern könnten (Macht ist nicht zu verwechseln mit Herrschaft - Herrschaft ist die strukturelle, einseitige Anwendungsmöglichkeit von Machtmitteln. Deswegen ist Macht von unten kein Widespruch). Genau diese Machtverlagerung ist aber natürlich der Horror der Stromriesen. Deren Strategie ist deshalb klar: Solange wie möglich an der Atomkraft und fossilen Energieträgern festhalten und in der Zwischenzeit Strategien ausarbeiten, wie auch mit erneuerbaren Energien eine zentralisierte Stromerzeugung mit Großeinheiten zu erreichen ist. Ein unter dem Namen DESERTEC veröffentlichtes Konzept, welches ein Stromnetz für ganz Europa und die arabische Welt vorschlägt, hauptsächlich gespeist durch Wüstenstrom, zeigt wohin die Reise gehen soll. Anstatt den bevorstehenden Strukturwandel für Dezentralisierung und Machtverlagerung nach unten zu nutzen, soll sie für eine noch weitergehende Zentralisierung der Macht und der Stromerzeugung dienen, plus einer Externalisierung des Flächenverbrauchs (und sonstigen Negativfolgen) in den globalen Süden. Neue Hochspannungsleitungen werden vielerorts dafür benötigt werden und die, die jetzt in Deutschland gebaut werden sollen sind in genau diesem Kontext zu sehen. Dass sie aber grundsätzlich für die Versorgung mit Ökostrom notwendig wären, ist ein diskursiver Schwindel.

Und der Wutbürger? Aus gutem Grunde wäre es wünschenswert, wenn diese diskursiven Verdrehungen und die realen Auswirkungen der Hochspannungstrassen mit viel Wut im Bauch bekämpft würden und eine Utopie von Ökostrom von unten verbreitet würde. Leider bleibt die Analyse der Gegner_innen aber oft äußerst schwach, lässt all das oben beschriebene außer Acht und bezieht sich fast ausschließlich auf die direkten Auswirkungen der Trassen. So werden den bürgerlichen Diskurseliten ihre Verderehungen natürlich einfach gemacht.



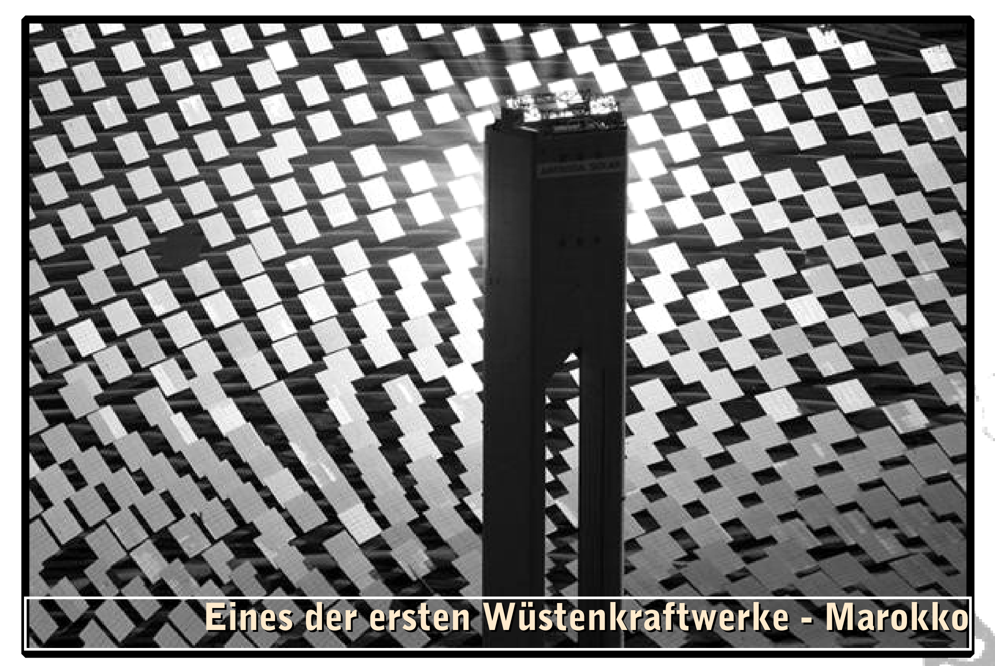
Suggerierte Kausalität

Interessant an der bürgerlichen Variante diese Bausteine zu einem Diskurs zusammenzufügen ist der Versuch einen simpel gestrickten Dualismus zu erzeugen. Das Denken in Dualismen ist im Übrigen ein weiterer elementarer Baustein der abendländischen Denkgeschichte.

Schlechte (ökologisch zweifelhafte) Projekte, gegen die es unter bestimmten Voraussetzungen legitim sein kann auf bestimmte Weisen zu protestieren, auf der einen Seite und gute (ökologische) Projekte auf der anderen Seite, gegen die nur irrationale Wutbürger mobil machen. Die Deutungshoheit darüber was gute und was schlechte Projekte seien, beanspruchen natürlich die diskursiven Eliten für sich selber. Der Trick dabei: Sämtliche Technologien die in Zukunft durchgesetzt werden sollen, werden einfach kurzerhand als gut und ökologisch betitelt.

Nehmen wir den Biosprit, der immer noch als grüne Alternative zum Benzin verkauft wird, obwohl längst klar ist, dass er ein gigantischer Verursacher von Hungersnöten und Regenwaldzerstörung (und somit in der Gesamtklimabilanz schlechter als fossiler Brennstoff abschneidet) ist. Das Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit ist sich immer noch nicht zu schade dem Agrosprit „eine bedeutende Rolle beim Klimaschutz“ herbeizuhalluzinieren. Das Argumentationsmuster ist so lächerlich wie die dahinterstehende Strategie banal. Im Kopf soll hängen bleiben: „Irgendwas mit Pflanzen, deswegen grün.“ Bei der Gentechnik ist das Motto: „Irgendwie gegen Hunger, deswegen gut“, bei der Atomkraft und der Kohlenstoffverpresseung: „weniger CO2 in der Atmosphäre!“, und bei den Hochspannungsleitungen eben: „Da fließt Ökostrom, also gut!“

Die Grünwäscherei ist aber nicht als einheitlicher Vorgang „aller bürgerlichen Diskursmachenden“ zu sehen, die Debatten können natürlich auch dort kontrovers geführt werden. Am Anfang steht jeweils die Greenwashing-Kampange der jeweiligen Konzerne und Lobbys und dann ist die Frage, welche Spektren der bürgerlichen Medien jeweils mitziehen (die Politik ist selbstverständlich fast immer auf Seiten der profitablen Technologien, auch wenn sie das nicht immer offen sagen können, wie bspw. Die Grünen). Dass im Falle der Hochspannungstrassen das komplette bürgerliche Spektrum, einschließlich der taz, mitzieht zeugt schon von einer sehr erfolgreichen Greenwashing-


Eines der ersten Wüstenkraftwerke - Marokko

Kampange. Nicht ganz so erfolgreich ist das bei der grünen Gentechnik oder bei der grünen Atomkraft der Fall. Auch wenn grüner Lack abblättern kann ist das Fiese an dieser Grünfärberei, dass erstmal eine Verlagerung der Auseinandersetzung stattfindet. Es geht nicht mehr um die Debatte "ist diese Umweltzerstörung nötig, und wenn nein, wie setzten wir uns dagegen zur Wehr", sondern es muss erstmal darüber debattiert werden, warum die jeweiligen Projekte denn eigentlich gar nicht grün sind.

Prozesshafte Abwägung oder Strombedarf als Fixpunkt?

Zusätzlich interessant bei der Debatte, ob eine Versorgung mit erneuerbaren Energien möglich sei, ist die komplette Ausblendung der Frage wofür der Strom denn überhaupt verwendet wird. Stattdessen wird der aktuelle oder der prognostizierte Stromverbrauch als absoluter, zu deckender Fixpunkt gesehen – und zwar im nationalen Rahmen. Symptomatisch dafür ist der Spiegel-Titel vom 4.4.11: „Die Kernfrage: Wie Deutschland auch ohne Kernkraft funktioniert“. Diese Herangehensweise zieht zwangsläufig das Ausspielen der Gegner_innen verschiedener Technologien nach sich. So ist das Resümee des Spiegel-Artikels dann auch: „Niemand weiß, ob es (Anm.: durch den Atomausstieg) am Ende mehr Gewinner oder Verlierer geben wird. Es hängt davon ab, ob die Unternehmen mitziehen und die Bürger sich nicht verweigern. Ob es gelingt, die großen Widerstände in einer gemeinsamen Kraftanstrengung zu überwinden.“ Aus der Ablehnung der Atomkraft soll also ein gemeinsames, nationales Interesse geschustert werden. Die Versorgung von Bayer, BMW und BASF mit (bezahlbarem) Strom soll also ab sofort gemeinsames Ziel aller „Deutschen“ sein und besonders das von Atomkraftgegner_innen.

Als Gegenmodell für diese Logik ist eine Organisierung notwendig in der die Frage was produziert wird und was mit dem vorhandenen Strom angefangen wird Ergebnis von Prozessen von unten ist und im direkten Zusammenhang mit den Bedürfnissen der einzelnen Menschen steht. Eine prozesshafte Abwägung zwischen den folgenden 3 Polen ist notwendig: Strombedarf, Negativauswirkungen bei der Stromproduktion und der Bereitschaft zur Aufbringung der benötigten Arbeitskraft bei der Stromproduktion. Damit sich zwischen diesen Polen eine prozesshafte Dynamik von unten ergeben kann, aus der sich dann die konkrete Stromerzeugung ergibt, ist eine Dezentralisierung der Strukturen nötig sowie eine Verlagerung der Entscheidungsstrukturen nach unten - auch bei einer Produktion von Ökostrom.

Ökostrom von unten

Der Versuch, nötige Umstellungen auf erneuerbare Energien zu nutzen um zentrale Strukturen auszubauen, sollte als Anlass genommen werden dem eine Utopie eines Ökostroms von unten entgegenzustellen und diese zu formulieren, zu debattieren und zu streuen.

In dem Film „Die vierte Revolution - Energy Autonomy“ legt der kürzlich verstorbene Herrman Scheer ausführlich dar, wie die erneuerbaren Energien, allen voran die Solartechnologie, sich dazu eignen ganz neue Strukturen der Energieversorgung aufzubauen, die auf Autonomie setzen. Leider bleibt der Film der Logik von kapitalistischen Strukturen verhaftet, und baut so auf regionale Stromkonzerne, die von dieser Dezentralisierung profitieren sollen, anstatt auf Menschen in Selbstbestimmung. In diese Richtung weitergedacht tun sich aber dann noch viel weitergehende Möglichkeiten auf, wie die Stromerzeugung in Selbstbestimmung angegangen werden könnte.

Ein Grundsatz eines utopischen Ökostroms von unten ist für mich das Ziel, dass alle Anlagen von den Menschen von unten betrieben und kontrolliert werden. Von unten heißt für mich, dass der Zugang zu den Anlagen sowie zu dem erzeugten Strom keinerlei Herrschaftslogiken unterworfen ist – weder durch elitären Zugang, hierarchische Entscheidungsstrukturen noch Marktlogiken.

Um einen gleichberechtigten Zugang in der Praxis zu ermöglichen ist eine starke Dezentralisierung notwendig. Durch den Zugang aller zu den Entscheidungen darüber, welche Technologien zur Stromerzeugung genutzt werden sollen und welche nicht, ist eine viel breitere Auseinandersetzung und Debatte über die Auswirkungen der einzelnen Technologien wahrscheinlich. In welchen Strukturgrößen Anlagen betrieben werden und Entscheidungen stattfinden sollte sich frei entwickeln können und nicht starr sein, um keinen Konsenszwang zu erzeugen. Bei Negativauswirkungen von Anlagen (Lärm, Luftverschmutung,... schließlich wäre bei einer Stromerzeugung von unten ja auch der Betrieb von nicht Öko-Anlagen nicht ausgeschlossen) sollten aber alle davon Betroffenen mit dem Betrieb der Anlage einverstanden sein – ansonsten: direct action!

Eine kompliziertere Frage ist die nach den Stromnetzen, um auch wieder zu der Frage der Notwendigkeit der 360.000 Volt-Trassen zurückzukommen. Sonne scheint nicht immer und auch der Wind weht nicht immer. Ist deshalb ein Deutschland- oder Europaweites Netz nötig? Zuerst finde ich es auch bei dieser Frage notwendig den Versuch der Stromkonzerne zu entlarven Dezentralisierung zu verhindern und dafür eine scheinbare Notwendigkeit zu suggerieren. Verhandene Windparks werden geführt wie Großkraftwerke, deshalb siedeln sie sich dort an wo die Ausbeute am Höchsten ist. Strom aus Wind ist aber überall zu erzeugen, genauso wie Solarstrom. Das was also als Fakt vermittelt wird, dass ein Stromtransport über viele hundert Kilometer notwendig sei, wenn Ökostrom gewollt wird, ist bloß das Ergebnis einer Entscheidung für eine ganz bestimmte Variante des Ökostroms – der zentralisierten.

Beim Solarstrom war es bisher schwer eine Tendenz hin zu Großkraftwerken zu erzeugen (aus Sicht der Großerzeuger) da sich Photovoltaikanlagen perfekt für eine dezentrale Nutzung eignen. Umso gravierender aber der neueste Versuch, mit der neuen Technik der Solarkonzentration zentrale Kraftwerke zu bauen und damit die Wüsten zuzukleistern, um damit die halbe Welt mit Strom zu versorgen.

Sonne und Wind sind überall vorhanden – selbst das Stuttgarter Wirtschaftsministerium veröffentlichte unlängst einen Windatlas dem zu entnehmen ist, dass es auch im Süden zahlreiche Standorte gibt, die sich ebensogut zur Windstromerzeugung eignen wie die Küstenregionen. Durch einen regional sinnvollen Energiemix, lässt sich ein Großteil der benötigten Energie erzeugen. Ein überregionaler Ausgleich kann sinnvoll sein um Flauten

auszugleichen. Ein 360.000 Volt Netz ist dafür sicher nicht nötig. Zudem ist es sinnvoll, sich mit stromintensiven Arbeiten danach zu richten, wann viel Strom verhanden ist, oder vermehrt nach neuen Möglichkeiten der Stromspeicherung zu forschen, was im Prinzip auch in größeren Mengen in Batterien möglich wäre. Flauten können ansonsten durch das kurzfristige Anwerfen von dafür vorgesehenen Biogas-Blockheizkraftwerken ausgeglichen werden, in denen lokale Bioabfälle vergast werden. Am Beispiel der Biogasanlagen lässt sich ebenfalls der Unterschied zwischen zentralen und lokalen Strukturen gut verdeutlichen. Denn auch bei einem zentralistischen Europa-Arabien-Netz sind Biogasanlagen eingeplant, aber selbstverständlich als Großkraftwerke. Um dafür genügend zu vergasendes Material zu bekommen, werden diese auf der Grundlage von Mais oder anderen Pflanzen, die mit Nahrungsmitteln oder Wäldern konkurieren, laufen. Die Problematik dabei ist klar: Anstieg der Lebensmittelpreise, Urwaldzerstörung durch den Anstieg des Flächenverbrauchs auf globaler Ebene. In lokalen Kleinstanlagen könnten Bio-Abfälle aller Art vergast werden.

Aus folgenden Gründen halte ich eine lokale Stromproduktion, die sich am lokalen Verbrauch ausrichtet für sinnvoll:

• Beim Stromtransport geht viel Strom verloren.

• Es entstehen keine Abhängigkeiten von fremden Stromproduzent_innen

• Ein größerer Bezug zwischen Erzeugung und Verbrauch ist vorhanden und damit auch mehr Überblick der Einzelnen für eine Abwägung zwischen Auswirkung der Erzeugung einerseits und Bedürfnis nach Stromverbrauch andererseits.

Selbstverwaltung im Hier und Jetzt

Das alles ist zugegebenerweise eine sehr utopische Debatte, die zwar wichtig ist für die richtige Zielrichtung, die aber wenig Handlungsoptionen im Hier und Jetzt aufzeigt. Denn zwischen der kapitalistischen Wirtschaftsweise und der Aufhebung von Privateigentum liegen viele Schritte. Als konkreten Schritt in die richtige Richtung entstand im Jahr 2000 vom Ökoinstitut und der Ö-Punkte (nicht mehr erscheinende Zeitschrift aus der Jugend-Umwelt-Bewegung) folgende Idee:

„...Überall in den Regionen atomstromfreie Zonen schaffen, regionale Öffentlichkeitsarbeit für einen Umstieg von Atom- auf Ökostrom anzetteln sowie dezentral Strom-ErzeugerInnen-VerbraucherInnen-Gemeinschaften gründen, die über Werbung, Beratung und neue regenerative Energieanlagen beraten. Ziel ist die bundesweiten Stromanbieter dafür zu gewinnen, im Markt nicht eine Chance, sondern eine große Gefahr zu sehen. Dort sind die milliardenschweren Atomstromversorger der Gegner, die mit eigenen Pseudo-Öko-Angeboten KundInnen ziehen. Zudem unterliegen Ökostromanbieter der ständigen Gefahr, geschluckt zu werden – dann wäre alles Werben von ÖkostromabnehmerInnen umsonst gewesen. Die Alternative wäre ein dezentrales Modell. Statt über die Konkurenz im Markt verbünden sich Ökostromanbieter mit der politischen Bewegung, z.B. EnergieInis oder Anti-Atom-Gruppen. Sie werden zu den AkteurInnen in den Regionen. Sie sollen langfristig auch die Entscheidungsbasis der Ökostromanbieter bilden. Dann gäbe es Ökostrom von unten, d.h. in den Regionen würde entschieden, wie für Ökostrom beworben und wie der Ökostrom produziert wird - will heißen: Wo welche neuen Anlagen entstehen.

Ziel ist es, durch die Umstellung von Haushalten, Betrieben, öffentlichen Einrichtungen usw. auf Ökostrom den Anteil an Atomstrom und die Macht der Konzerne zu verringern. Das geht nur, wenn...

•Die Umstellung nicht im liberalen Markt erfolgt, denn der Markt und den ihn schaffenden Institutionen tragen wesentliche Schuld an Ausbeutung, Diskriminierung und Umweltzerstörung.

•Langfristig gesichert bleibt, dass die neuen Ökostromversorger nicht Stück für Stück auf einen halbherzigen Kurs umsteigen bzw. von den Atomkonzernen geschluckt werden.

•Das Werben um eine Umstellung auf Ökostrom verbunden wird mit widerständigen Aktionen gegen die Nutzung von Atomkraft und die dahinterstehenden Machtstrukturen.“
- Ö-Punkte, Sommer 2-2000

Verschiedene Emanzipations-Stufen bei der Ökostromerzeugung

Utopischer Ökostrom von unten → Möglich nur innerhalb Strukturen die nicht auf Wert- und Privatbesitzlogiken beruhen.



Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften → Größtmögliche Selbstbestimmung innerhalb kapitalistischer Strukturen - verschiedene Ausformungen möglich.



Zwischenformen möglich

Lokale Ökostromunternehmen → Zwar lokale Strukturen, können aber von Großkonzernen geschluckt werden und in zentrale Strukturen eingegliedert werden.





Zentrale Großnetze auf Ökostrombasis → Weder lokal noch emanzipatorisch, sondern auf Herrschaftsstrukturen ausgerichtet.

Nach Fukushima den Atomausstieg von unten organisieren!

Unabhängig der Utopie eines Ökostroms von unten wird es in den nächsten Jahren ganz reale Kämpfe darum geben, welche Form des Ökostroms sich durchsetzen wird – zentral oder dezentral? Zwar werden die Stromriesen mit allen Mitteln versuchen die bestehenden Strukturen in eine post-fossile, atomkraftfreie Zeit hinüberzuretten, oder gar weiter zu zentralisieren, aber was ist eigentlich, wenn der Markt bis dahin bereits gesättigt ist mit dem Strom dezentraler Kleinanlagen? Die Etablierung eines zentralen Mega-Öko-Netzes wird noch einige Zeit benötigen. Bis dorthin ist das Festhalten an Atomkraft und fossilen Energieträgern vorgesehen. Wenn es gelingt den Druck nach der atomaren Katastrophe in Fukushima soweit zu erhöhen, dass die Atomkraft ihr vorzeitiges Aus erfährt, entsteht zwar kein Versorgungsengpass, wie in der Propaganda behauptet wird (Deutschland ist derzeit Energieexporteur), aber es würde eine Situation entstehen, in der der Umbau schneller voranschreiten muss. Das könnte die Stromriesen auf dem falschen Fuß erwischen und einen Freiraum erzeugen, für zahlreiche Initiativen, die Anlagen in Selbstverwaltung, oder zumindest in lokalen Strukturen aufbauen. Diese Situation gilt es zu nutzen, mit Konzepten die einem utopischen Ökostrom von unten möglichst nahe kommen, gleichzeitig aber auch von möglichst vielen Menschen konkret umgesetzt werden können.

Ein aktuelles Beispiel in diesem Kontext ist das Solardächer-Konzept der Stiftung Freiräume. Die Stiftung, die es sich selber zum Ziel setzt Rechtsform für den Entzug von Immobilien aus der Privatbesitzlogik zu sein, und versucht diese zu öffnen für kreative und horizontale, offene Projekte, will zusammen mit Solarfirmen Spendengelder auftreiben mit denen Photovoltaikanlagen auf den Dächern der



Solardach auf dem Kubiz, einem Projekthaus in Berlin - dezentral und selbstverwaltet

Projekte installiert werden sollen. Die Einnahmen aus den Solardächern fließen dann zum einen in die Projekte um die Grundkosten zu sichern, und zum anderen in einen Projektfonds um andere Projekte zu unterstützen. Die Entscheidungen, der Betrieb der Anlagen und der Nutzen daraus, finden also alle am gleichen Ort, oder auf gleicher Ebene statt.

Solche Konzepte von Betreiber_innen/ Verbraucher_innen-Gemeinschaften, bei denen der Ertrag in nicht-kommerzielle, gemeinnützige Projekte fließt sind auf vielerlei Weise möglich und können dazu beitragen, den Plänen der Energieriesen einen Strich durch die Rechnung zu machen.

Zu vergessen bei all dem ist aber nicht, dass der Aufbau von Ökostrom-von-unten-Strukturen nur der eine Teil der Auseinandersetzung des Umbaus sein kann. Direkter Widerstand gegen die menschen- und umweltverachtenden Technologien der Atom- und Kohlekraft (und danach auch der Gaßkraftwerke) ist die andere nicht weniger wichtige Seite. Der Druck des Widerstandes kann die Lücken entstehen lassen die von Alternativstrukturen genutzt werden können.







Weder öko noch sozial

Green City Freiburg?

Ein Konzept von oben! Für eine ökologische und soziale Stadt? Oder als Kampfmittel des Neoliberalismus' in der Deutungshoheit darüber wie die grüne Stadt der Zukunft aussehen soll?

Floh Weltweit gilt Freiburg als das Muster für die ökologische Stadt der Zukunft, und der „grüne“ Stadtteil Vauban ist seit dem grünen Wahlsieg in Baden Würtenberg gerade massiv als Exportschlager in der Diskussion. Schon lange wird Freiburg assoziiert mit der gesunden Stadt im Schwarzwald, was sowohl auf die geringe Umweltbelastung (Freiburg hat kaum Industrie) bezogen ist, wie auch auf ein weltoffenes, soziales Klima, das allerdings immer bloß dort temporär hervortritt, wo es gegen jene erkämpft wird, die später damit stolz für sich werben. Spätestens seit der Machtübernahme der Grünen im Freiburger Rathaus im Jahr 2002 wird eine breite Kampagne gefahren, die das Image der Stadt wandeln soll, von einer Stadt die passiv gesegnet ist durch ein gesundes Klima, in eine Stadt, die sich aktiv für ein solches einsetzt. Seither wird Freiburg überall assoziiert mit Solardächern und Solarforschung mit Passivhaus-Stadtvierteln, Anti-Autoverkehr-Kampagnen, tolle, innerstädtische Radwege, und überdurchschnittlich viele Radfahrer_innen. Diese waren allerdings schon lange vor der Green-City-Kampagne da, woran deutlich wird: es ist nicht eine Kampagne von oben, die ein Umeltbewusstsein schafft, sondern genau andersherum: Einem verhandenen Bewusstsein, dessen daraus hervorgehenden Handlungen früher massiv bekämpft wurden, wird eine städtische Kampagne übergestülpt. Wo umweltneutrale Praktiken, wie das Radfahren oder der Betrieb von Photovoltaikanlagen zuvor alleine im Kontext einer globalen Notwendigkeit des Umweltschutzes standen, sollen sie nun im Rahmen dieser Kampagne verstanden werden. Was sich auf den ersten Blick nach einer Debatte darüber anhört, wer das Rad erfunden hat, ist in Wirklichkeit mehr, nämlich die Kritik der Vereinnahmung vieler Menschen und ihres Engagements. Ungefragt wird dieses in einen vorgegebenen Rahmen gepackt und die Deutungshoheit über Ziel, Zweck und Umsetzungsweisen wird wie selbstverständlich von der Stadt selber beansprucht und vermittelt. Die Stadt schlägt damit in einem, zwar naheliegenden, aber doch genialem Schachzug, zwei Fliegen mit einer Klatsche: Die Ausseinandersetzungen um eine ökologische Stadt, die in Freiburg erbittert geführt wurde (geprägt u.a. durch die Auseinandersetzung um das verhinderte AKW in Whyl) und allzuoft mit dem Polizeiknüppel nicht zu unterbinden waren, werden dadurch beerdigt, dass sich die Stadt selber an die Spitze dieser Bewegung stellt, und dann einfach selber die Richtung vorgibt. Der Bewegung wird so jede Gefährlichkeit genommen und gleichzeitig wird sie verwertbar gemacht für eine Werbekampange.

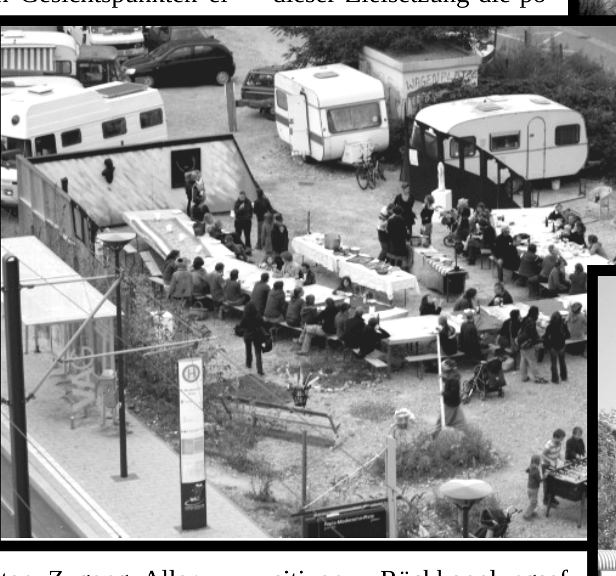
Spannend an der Green City Kampange sind weiterhin hauptsächlich zwei Punkte: Erstens, anhand ihrer zu untersuchen was die offiziellen Lösungsvorschläge

der herrschenden Eliten auf das hausgemachte Klimachaos zu bieten haben, und zweitens, wie weit Propaganda und Realität auseinanderklaffen. Denn der umsetzende Akteur dieser Kampange, Dr. Salomon, kennt sich damit aus. Seine Doktorarbeit schrieb er zu dem Thema „grüne Theorie und graue Wirklichkeit“.

Um das Konzept grüner Städte im Kontext eines „Green New Deals“ auf seine Tauglichkeit zu überprüfen, ist es sinnvoll sich erst einmal Gedanken darüber zu machen, wie städtisches Leben angesichts der Notwendigkeit eines radikalen Wandels aussehen könnte/müsste. Ernstzunehmende Konzepte, wie dem Klimawandel begegnet werden kann, müssen auf der Überwindung fossiler Energien beruhen. Nicht als 50 Jahre-Plan, sondern von gestern auf heute. Denn ob positive Rückkopplungseffekte noch verhindert werden können ist selbst bei einem sofortigen Ausstieg nicht sicher. Die Frage muss also lauten, wie sich eine postfossile Gesellschaft in einem städtischen Raum organisieren kann. Unter emanzipatorischen Gesichtspunkten stellt sich dabei vor allem die Frage, wie sich diese tiefgreifenden Veränderungen bewerkstelligen lassen, während weder auf Zwang und Verbot noch auf pure Verzichtslogik zurückgegriffen wird. Dafür würde es radikaler struktureller Änderungen benötigen. Nicht mehr der größtmögliche Ausschluss der Einzelnen vom gesellschaftlichen Reichtum (für Profite Weniger) dürfte die oberste Maxime sein, sondern der größtmögliche Zugang aller zu den gesellschaftlichen Ressourcen. Durch eine kooperative Organisation von unten - der Bedürfnisbefriedigung der Menschen unter den Gesichtspunkten einer bestmöglichen Klimaneutralität - würde weder Verzicht gefordert werden müssen noch Zwang ausgeübt. Der gesellschaftliche Umbruch würde sich gleichzeitig als enorme Steigerung der Selbstbestimmungs-, Selbstorganisations- und Selbstverwirklichungsmöglichkeiten auswirken (durch den gleichberechtigten Zugang Aller zu allen Ressourcen). Spezifisch auf den städtischen Raum bezogen würde das bedeuten, dass Strukturen geschaffen werden müssten, in denen auch die gleichzeitige Ausbeutung und Abhängigkeit von der Peripherie beendet werden kann. Zwangsläufig verbunden damit ist ein geringerer Verbrauch an Rohstoffen sowie weniger Müllerzeugung. Denn von beidem haben die Menschen in der Peripherie ungefragt die Negativauswirkungen zu tragen. Und dass das unter freien Vereinbarungen so fortgesetzt werden kann ist nicht vorstellbar. Die Versorgung mit Nahrungsmitteln könnte teilweise durch Subsistentzbemühungen in den Städten funktionieren, wie innerstädtischen Gemeinschaftsgärten oder ähnlichem. Größtenteils aber durch einen anderen sozialen Umgang mit der Peripherie, beispielsweise durch Land-Stadt Kooperativen, die entweder auf direkten Absprachen oder sogar auf abwechselndem Arbeiten auf dem Land beruhen könnte. Die Entfremdung zwischen Produktion und Konsum müsste also aufgehoben werden und durch kooperative Produktionen in freien Vereinbahrungen abgelöst werden.

Wenn mensch sich nun die Konzepte der Green City Freiburg anschaut wird klar: Ein post-fossiles städtisches Leben wird nicht einmal angedacht, von emanzipatorischen Gesichtspunkten der Umsetzung ganz zu schweigen. Das Konzept disqualifiziert sich von vornherein selber, indem es lächerliche Ziele setzt, die nicht brauchbar sind um den Klimawandel rechtzeitig aufzuhalten. 40 Prozent weniger CO2-Verbrauch bis 2030 ist das Ziel, das die Stadt selber ehrgeizig nennt. Im Vergleich zu anderen offiziellen Zielen von Städten oder Staaten, ist es das, aber erstens hat die Stadt Freiburg bisher alle eigenen Klimaschutzziele meilenweit verfehlt, und zweitens hätten bei dieser Zielsetzung die positiven Rückkopplungseffekte, nach den aktuellen Erkenntnissen längst eine Verselbstständigung der Klimaerwärmung eingeleitet. Durch das konkrete Programm muss aber angezweifelt werden, ob überhaupt eine Auseinandersetzung mit der Klimaproblematik stattfand und die Frage, was ein angemessenes Handeln sein könnte überhaupt gestellt wurde, oder ob die Klimaproblematik dankend aufgegriffen wurde, um ganz andere, eigene Ziele zu verfolgen. So fällt auf, dass ausschließlich Maßnahmen stattfinden, durch die keine negativen Wirtschaftsauswirkungen zu befürchten sind, und besonders bei jenen wo sich die Stadt positive Wirtschaftsauswirkungen erhofft. So wird in erster Linie auf Imageprojekte gesetzt, wie dem verhinderten Green Buissness Center, wodurch eine Lösung des Problems durch eine Abwälzung auf den individuellen Konsum suggeriert wird und die zudem den "grünen" Tourismus ankurbeln sollen. Bei konkreten Schritten wird hauptsächlich auf technische Lösungen gesetzt, wie der Gebäudesanierung, bei denen vor allem die Auftragsbücher der lokalen Handwerkersunternehmen gefüllt werden.

Profitieren will die Stadt insbesondere durch ein global haftendes Image der grünen Vorreiter-Stadt. Das Ganze ist auch im Kontext der Durchstrukturierung von Städten nach kapitalistischen Bedürfnissen und Interessen im Zuge der Neoliberalisierung zu sehen. Sahen die Städte bis vor wenigen Jahrzehnten ihre Rolle hauptsächlich darin den dort angesiedelten kapitalistischen Alltag, sowie irgendein zivilgesellschaftliches Leben zu verwalten, stehen sie sich nun in immer mehr Bereichen als Konkurent_innen gegenüber. Was nicht bedeuten soll, dass es neu sei,





dass Städte untereinander konkurieren. Neu sind aber die Intensität, die Art und die Auswirkungen. Durch Flexibiliserungen in allen Bereichen gibt es immer mehr mobil gemachte Masse um die konkuriert werden kann. Ob es nun reiche Bewohner_innenzielgruppen sind, globalisiertes Finanzkapital, oder diverse Produktionszweige; die Städte lassen sich einiges einfallen um diese anzulocken: Teure Infrastrukturmaßnahmen, die Umdefinition einer Stadt zu einer Marke (Marke Hamburg), oder das „aufräumen" in unrentablen Stadtteilen. Dabei wird eine scharfe Trennung gemacht zwischen der „kreativen Klasse" aus Künstler_innen und sonstigen Kulturschaffenden mit Alternativo-Flair, die sich in ihre Rolle als Stadtteilaufwerter_innen einfügen, und jene die das Stadtbild einfach stören und/oder ihr Tun partout nicht zu den Zwecken einer Stadtaufwertung mißbraucht wissen wollen (interessant dazu das Manifest *„Not in Our Name", Marke Hamburg*, der gleichnamigen Initiative, zu lesen unter: nionhh.wordpress.com/about/)

Die Logik ist zwar überall die gleiche und leicht zusammenzufassen: Nicht das Wohl von Menschen ist das Ziel städtischen Treibens, sondern eine Standortaufwertung innerhalb der Logik des Marktes. Die konkrete Ausführung davon kann aber unterschiedlich aussehen. Je nachdem was die Marke der Stadt darstellen soll, und wen oder was sie damit anziehen will und in welcher Liga gespielt wird. Die Manager_innen des internationalen Finanzkapitals um die die großen Städte wie Frankfurt, Berlin, Hamburg, München und Stuttgart konkurieren sind eher von großstädtischem Flair und hohen Wolkenkratzern anzuziehen. Wer in dieser obersten Liga finanziell, infrastrukturell und vom Image her nicht mitspielen kann sucht sich andere Nischen und Zielgruppen. So versucht die Stadt Freiburg mit ihrem grün-sozialen Image einerseits ein wohlhabendes akademisches Bürgertum anzuziehen und andererseits daraus eine weltweit bekannte Marke zu machen und damit massenhaft Tourist_innen anziehen die dann in Strömen durch die „ökologischen" Vorzeige-Neubaugebiete Vauban und Rieselfeld geschleust werden, Architekt_innen und Stadtplaner_innen aus der ganzen Welt dabei. Der Plan geht auf, so schreibt das Green-City Büro im Freiburger Rathaus: "Kein anderes stadtpolitisches Thema findet international so großes Interesse und soviel Zuspruch wie das Konzept einer nachhaltigen Stadtentwicklung, das unter dem Label „Green City Freiburg" bekannt geworden ist. Rund 25.000 Fachbesucher – Minister, Bürgermeister, Parlamentsabgeordnete, Fachleute aus der Umweltwirtschaft oder aus Behörden und mehr und mehr Journalisten – haben sich letztes Jahr über Solartechnologie, Wärmeschutzstandards, öffentlichen Nahverkehr, Landschafts- und Naturschutz, Abfallwirtschaft oder Stadtplanung nach dem Prinzip der „Stadt der kurzen Wege" informiert. Damit sind Themen einer ökologischen Stadtplanung und Stadtentwicklung zum wichtigsten „Exportschlager" des Rathauses geworden, seit Oberbürgermeister Dieter Salomon Ende 2007 ein eigenes „Green-City"-Büro eingerichtet hat. Dessen wichtigste Aufgabe ist die Vorbereitung und Organisation von Besuchsprogrammen, Besichtigungs- und Interviewterminen, Workshops und Vorträgen für interessierte Fachleute." Ein Blick hinter die Kulissen dieser Green City lässt einige Absurditäten erkennen. Da in den Vorstellungen von Ökotourist_innen, Stadtplaner_innen und Architekt_innen einer ökologischen Stadt Wagenplätze oder besetzte Häuser keinen Platz zu haben scheinen müssen diese aus den Vorzeigevierteln, am besten aber aus der gesamten Stadt verschwinden.



So hat gerade das Vorzeigeviertel Vauban eine krasse Geschichte hinter – und vor – sich. Als 1992 aus den ehemaligen Kasernen das französische Militär abzog machte sich die Freiburger Squatter-Szene ihr Friedrichshain daraus. Zig Kasernen wurden besetzt und mehr als hundert bewohnte Wägen wurden zwischen die besetzten Kasernen gezogen. Ein quasi besetzter Stadtteil, ein selbstorganisierter Stadtteil, und ein überaus ökologischer Stadtteil, da fast alles auf DIY und Recycling beruhte. Wäre es der Stadt Freiburg also um ihre Umwelt- und CO_2-Bilanz oder ähnlichem gegangen, hätte sie sich freuen können, einen Öko-Stadtteil ganz ohne eigene Bemühungen und ohne einem Cent Investition zu bekommen. Das Problem der Stadt war nun aber, dass sich besetzte Kasernen und ausgebaute Wägen in Hochglanzbroschüren nicht gut machen und das Tourist_innen und Stadtplaner_innen die Nase rümpfen könnten. Also war schnell klar, wie aus einem grünem Stadtteil ein vorzeigbarer „grüner" Stadtteil gemacht werden sollte. Als erster Schritt - ihr erratet es - mussten die Besetzer_innen weg. So wurden sie mit Polizeigewalt geräumt, mit Kriminalisierung und Drohungen vertrieben und mit Verhandlungsgeschick auf städtisch-kontollierte Wagenplätze umgesiedelt. Übrig blieb lediglich die S.U.S.I. Vier Kasernen die mit dem Mietshäusersyndikat aufgekauft wurden, mit dem Ziel bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Ansonsten wurden die Kasernen niedergerissen und ein „ökologisch und sozialer" Projektstadtteil hochgezogen, mit in Reih und Glied stehenden Fertig-Öko-Häuschen, die hauptsächlich deshalb „Öko" heißen, weil sie Passiv-Energie-Häuser sind, was zwar nicht schlecht ist - aber zu wenig. Denn beim wirklichen ökologischen Bauen ist es unerlässlich, dass die Rohstoffe mit denen gebaut wird regional und erneuerbar sind. Und warum auch nicht? Mit den Grundrohstoffen Holz (und Holzprodukten), Lehm, Stroh und lokalen Steinsorten lässt sich herrvorragend bauen und dämmen. Zumal sie zum Eigenbau und zum kreativen Austoben bestens geeignet sind. Genauso gut ist das Recyceln von alten Materialien. Beim „ökologischen" Bauen wie es beispielsweise im Vauban durchgeführt wird spielt all das aber keine große Rolle. So ist zum Beispiel der extrem umweltschädliche und in der Produktion energiefressende Baustoff Aluminium Standard. Generell ist die Freiburger Praxis, im Vauban und anderswo, sehr fraglich, die darin besteht vorhandenen Wohnraum zu zerstören und abzureisen um dann neu zu bauen, selbst wenn dann Passivenergiehäuser gebaut werden. Aus ökologischer Sicht, weil der Energieaufwand beim Abreisen und Neubauen, erst nach 30 bis 40 Jahren durch die bessere Energieeffizienz der neuen Häuser ausgeglichen wird - eine Nachdämmung der bestehenden Häuser wäre sicher ökologischer. Aus sozialer Sicht ist die Praxis sehr fragwürdig, weil mit ihr immer eine Mietsteigerung einhergeht und eine Entmischung der Stadtteile.

So entstehen Reihenhäuschen mit kleinem Vorgarten. Was anfangs als autofreier Stadtteil angedacht war, wurde letztendlich lediglich so konspiriert, dass etwas weniger Autos den Stadtteil prägen, als anderswo üblich. Wo kinderhabende, ex-alternative, junge Ehepärchen den Stadtteil schonmal wegen seiner tollen Sozialstruktur loben, bleibt nüchtern festzustellen, dass das an der Struktur des Stadtteils selbst kaum liegen kann. Hunderte Kleinfamilien, die sich nebeneinander hunderte Miniinfrastrukturen aufbauen (Küche, Glotze, Klo, Computer, Kaffemaschine) die nicht wirklich zu viel nutze ist. Wie überall sonst, bleiben die Leute hier durch diese Struktur, die weder sozial noch ökologisch ist, unter sich und ihr Lebensstil bleibt auf der

Ausbeutung der Peripherie beruhen. Wenn das wohnen im Vauban als positiv empfunden wird, dann wohl genau aufgrund der einheitlichen Sozialstruktur. Fast ausschlieslich wohnen hier junge linksliberale Akademiker_innen mit Kindern. Gewisserweise ist es also die Ghettoisierung die als positiv empfunden wird.

Dieser zweifelhafte Stadtteil Vauban gilt aber als zukunftsfähiger Öko-Stadtteil – und zwar weltweit. Auf der Expo 2009 in Shanghai wurde er als solcher ausgestellt. Um für die daraufhin erwarteten Besucher_innen in Freiburg ein Ausstellungszentrum zu errichten sollte dann wiederum ein selbstverwalteter Wagenplatz geräumt werden. Aber der Reihe nach: Auf dem wohl letzten freien Bauplatz im Vauban, zwischen Straßenbahnhaltestelle und Mietshäusersyndikatsprojekt S.U.S.I. sollte ein „Green Buisnes Center“ gebaut werden: Ein riesiger Glaspalast, der aufgrund vieler Pflanzen, die hinter diesen Glasfassaden stehen sollten, irgendwie „öko“ wirken und der Boutiquen, Supermärkte, Restaurants, Pensionen und Büros von allen Unternehmer_innen die sich irgendwie grün fühlen, oder so wirken wollen, beherbergen sollte. Von Anwohner_innen wurde dieses Bauprojekt stark bekämpft – hauptsächlich wegen der zu hohen und klotzigen Architekur. Den grünen Oberbürgermeister Dieter Salomon interessierte das natürlich nicht.

Am Tag der Entscheidung des Gemeinderats für dieses Projekt entstand aus einem abendlichen Protestlagerfeuer auf dem Bauplatz eine spontane Besetzung eben jenes. Um zu thematisieren dass es das kapitalistische Wirtschaftssystem selber ist, das umweltzerstörerisch ist, und dass ein „Green Buissnes Center“ deshalb ein oxymoron ist, also ein Widerspruch in sich selbst, errichteten Umweltschutz-von-unten Aktivist_innen dort ein Widerstandscamp. Einige Zeit später wurde auf dem Platz dann ein Wagendorf errichtet - das politische Kunst- Kultur- und Wagenkollektiv „Kommando Rhino“. Letztendlich scheiterten die Pläne für das Green Buissnes Center, da das Ganze dem Projektleiter wohl nach zu viel Ärger roch. Bereits in Genf hatte er den Unmut von Hausbesetzer_innen zu spüren bekommen, nachdem er dort ein Haus räumen ließ. Ob es ein Zufall ist, dass dieses Haus „Rhino“ hieß, fragte er sich wohl, bevor er die Pläne hinschmiss.

Der neue Plan für den Platz war dann also die Expo-Ausstellung. In den Verhandlungen zwischen Wagenplätzler_innen und grüner Stadtverwaltung ließ diese keinen Zweifel daran, dass selbstbestimmtes ökologisches Leben in ihrer Stadt keinen Platz haben soll – ein städtischer Aus-

Freiburg, grüne Polizeiburg

Ein Interview mit einem Aktivisten der Freiburger Freiraumkampange "Plätze.Häuser. Alles."

Frage: Ihr habt in Freiburg einen grünen Oberbürgermeister, der 1987 eine Solidaritätsschrift zu einem geräumten Wagenplatz schrieb, in der es heißt: "Dieser Polizeieinsatz (Anm.: Bei der Räumung eines Wagenplatzes) weckt den Eindruck, dass die Polizeiführung, insbesondere Polizeidirektor Tränkle, sehr bewusst ein gewalttätiges Klima schüren will. Es gehört offensichtlich zur neuen Politik der Stadt: Einmauerung des letzten Mieters der Will 36, Vertreibung der Wagenburg, sowie die angedrohte gewaltsame Räumung des Schloßbergrings. Dies ist eine Zuspitzung der alten verfehlten Stadtpolitik und Kaputtsanierung. Wer so an der Gewaltspirale dreht, treibt noch mehr Menschen aus Wut und Verzweiflung ins Abseits und lenkt bewusst von den politischen Inhalten der Hausbesetzer- und Alternativszene ab, für die es in dieser Stadt eine breite Solidarität gibt. Der gemeinsamen Kritik vieler Bürger soll durch die Distanzierungsforderungen, Einschüchterungen und Diskrediterungen die Wirksamkeit genommen werden."
Mit einem Oberbürgermeister als Sympatisant der Hausbesetzer und Wägler_innenszene müsste Freiburg doch ein Squatter-Paradis sein?

Antwort: Weit gefehlt. Gegenüber Besetzer_innen fällt Dieter Salom höchstens auf mit persönlichen Beleidigungen. Wenn er sich damals Solidarisch mit den Wagenplätzler_innen erklärte, dann bloß, weil er, wie er in dem Text schon schreibt, erkannt hat, dass es in Freiburg, durch die besondere Hausbesetzer_innen Tradition eine "breite Solidarität" mit der "Hausbesetzer- und Alternativszene" gibt, und es diese für ihn natürlich wahlkampftechnisch auszuschlachten galt. Genauso wie Die Grünen auf bundesebene in Oppositionszeiten gegen die Atomkraft sind, für deren Weiterbetrieb sie in ihrer Regierungszeit den Grundstein gesetzt haben, sind sie auf Städte-Ebene für eine lockere Politik gegenüber Freiraumkämpfen wenn sie in der Opposition sind, um dann in Regierungszeiten umso konsequenter gegen sie vorzugehen. Wenn er weiterhin schrieb: "Der gemeinsamen Kritik vieler Bürger soll durch die Distanzierungsforderungen, Einschüchterungen und Diskrediterungen die Wirksamkeit genommen werden" zeigt das lediglich mit welcher Bewusstheit er genau diese Mechanismen heute selber einsetzt.

Frage: Nun gibt es in Freiburg ja relativ viele Freiräume. Liegt das nicht doch auch an einer Toleranz dafür aus dem Rathhaus?

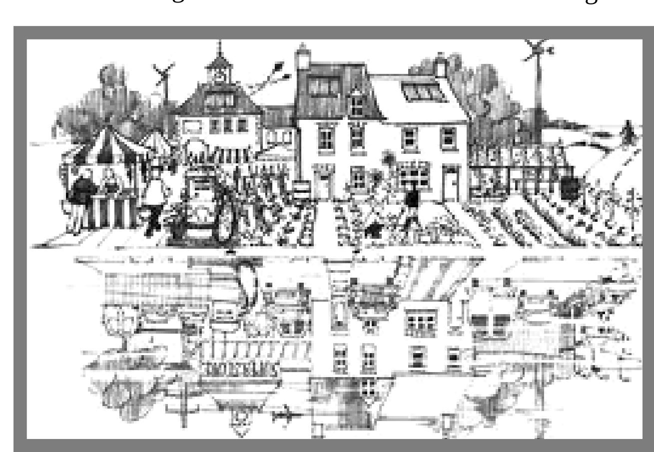
Antwort: Keineswegs. Diese Freiräume gibt es nicht wegen der grünen Stadtregierung, sondern trotz ihr! Selbst den etablierten Freiräumen, wie dem Kulturtreff in Selbstverwaltung (KTS) und den Schattenparkern (Wagenplatz, derzeit mit Vertrag) sollte von den Grünen der garaus gemacht werden. In beiden Fällen gelang es nur durch monatelange Kämpfe, die sowohl auf kreative Aktionsformen setzten, als auch eine breite Mobilisierung auf die Beine stellten, neue Verträge zu erkämpfen (bei den Schattenparkern erst nach einer Räumung und der Beschlagnahmung ihrer Wägen über einen kompletten Winter). Bei der neu besetzten Gartenstraße 19 in der Innenstadt wurde auf den Eigentümer massiv Druck ausgeübt das
Haus räumen zu lassen. Dass dies nicht geschah ist alleine den anders gestrickten Interessen des Eigentümers zu verdanken.
Nach außen hin rühmt die Stadt Freiburg sich zwar gerne als tolerant gegenüber anderen Wohnformen, nach innen geht sie aber extrem repressiv gegen diese vor.

Frage: Kannst du kurz etwas über die Kampange "Plätze.Häuser. Alles." erzählen? Womit seid ihr gerade beschäftigt?

Antwort: Die Kampange ist etwa vor einem Jahr gestartet. Auf der einen Seite ging es darum mehr Freiraum für selbstbestimmtes Leben, für selbstorganisierte Kultur, und für selbstorganisierte politische Arbeit zu erkämpfen. Auf der anderen Seite wurde immer thematisiert, dass in Freiburg 700 Häuser leer stehen, während zig Menschen sich die hohen Mieten in Freiburg nicht leisten können. Die dahinterstehenden Logiken sollten herausgearbeitet werden: Wie funktioniert eine Stadt innerhalb kapitalistischer Maßstäbe überhaupt? Und vor allem: Gäbe es nicht Möglichkeiten den verhandenen Reichtum, wie beispielsweise den Wohnraum, zugänglicher für alle zu gestalten. Auf diese Frage haben wir praktische Antworten gesetzt mit mehrern Besetzungen, von denen die eine in der Gartenstraße gehalten werden konnte und nun als sozialer Treffpunkt für viele Menschen dient, und zudem einen Umsonstladen, einen Infoladen und ein Kino beheimatet.
Gerade steht vor allem die drohende Räumung des Wagenplatzes Kommando Rhino an, die nicht widerstandslos hingenommen werden wird. Zudem gibt es weiter Besetzungen wieaktuell in der Bachstraße und andere Aktionen um endlich auch einen Wohn-Squat in Freiburg zu erkämpfen um einer absurden Alltagsrealität vieler Menschen etwas entgegenzustellen, die die Hälfte des Monats alleine schuften gehen müssen um ihre Miete bezahlen zu können. Parallel besteht in Freiburg gearde die Gruppe "Epsilon", bestehend aus zwei Dutzend Schüler_innen, die seit etwa einem Jahr für ein unabhängiges Jugendzentrum kämpfen, und dafür einen leerstehenden Party-Schuppen bereits dreimal besetzt hatten. Auf die Forderung nach selbstverwalteten, unkommerziellen Kulturmöglichkeiten reagiert die grüne Stadt Freiburg leider mit brutaler Polizeigewalt. Grün ist die Stadt also hauptsächlich durch die Uniformen der Polizei, deshalb hat sich in der Szene auch der Slogan "Freiburg, grüne Polizeiburg" durchgesetzt. Diesen Sommer werden in Freiburg Antigentrifizierungstage stattfinden. Achtet auf Ankündigungen!

weichsplatz wurde kategorisch abgelehnt. Auch für die Ausstellung wurde der Platz am Ende aber nicht geräumt. Vielleicht wären dauernde Störaktionen der geräumten Wägler_innen nicht das Bild gewesen, das Freiburg in der Weltöffentlichkeit erzeugen will und es würde nicht konform gehen mit dem Bild des sozialen Stadtteils.

So kommt es, dass der Wagenplatz Kommando Rhino auch heute noch existiert, inmitten der Vauban, quasi als Gegenbild zum grünen Kapitalismus und einer grünautoritären Stadt und für selbstorganisiertes ökologisches Leben und eine Stadt von unten. Nun soll der Platz aber wieder geräumt werden, und zwar schon in den nächsten Monaten. Entstehen soll diesesmal ein noch größerer Klotz. Daherkommen soll das Ganze natürlich wieder grün und sozial vorbildlich. So soll die Ausenfassade begrünt werden (kein Witz!) und "ein Hotel, das unter anderem gezielt Arbeitsplätze und Gästezimmer für Menschen mit Behinderung bieten soll" soll dort unter anderem beheimatet werden. Sozial ist es also, wenn Menschen die durch ihre Kategorisierung zuerst von jedem gesellschaftlichen Leben ausgegrenzt werden, dann eine gleichberechtigte Ausbeutung durch Lohnarbeit ange-boten wird.



Für dieses Projekt soll das Wagenkollektiv Kommando Rhino bis zum Sommer verschwinden, bereits Anfang April sollen die ersten Wägen für die Bauvorbereitungen wei-chen. Ein städtischer Ausweichsplatz für die Wägler_innen wird dabei ausgeschlossen. Die Stadt bezieht sich auf einen Gemeinderatsbeschluss von 1996, der die Legalisierung weiterer Wagenplätze auf städtischem Grund ausschließt. In dem Schulbuch FUNDAMENTE zum Thema "grüne Stadtentwicklung" heißt es dann über das Vauban: „Mit der Einführung der erweiterten Bürgerbeteiligung 1995 und der sozialen Quartiersarbeit 1999 erhielten die Menschen eine Plattform, ihre Ideen und Wünsche auszudrücken, eigene Initiativen zu starten sowie Unterstützung durch hauptamtliche Mitarbeiter_Innen des Forum Vauban.“

Dennoch zeigt das Beispiel von Kommando Rhino, das es schaffte 2 Jahre lang die städtischen Bauvorhaben zu durch-kreuzen, dass die autoritäre Stadt nicht unangreifbar ist. Eine Stadt von unten schimmert überall dort als Möglichkeit durch, wo Menschen sich zu einer Schattenwirklichkeit zusammentun und durch ihr konkretes Tun die scheinbare Alternativlosigkeit der Verhältnisse in Frage stellen. Und das lässt sich längst nicht nur durch das Besetzen von Häusern und Plätzen möglich machen.

Und vielleicht birgt gerade der verschärfte Konkurenzkampf der Städte untereinander, dabei eine unerwartete Chance: Wo Städte ihre kreativen oder ihre ökologischen Viertel als jeweilige Alleinstellungsmerkmale und Aufwertungen der eigenen Marke nutzen wollen, sind sie gerade dort angreifbar, wo diese Kreativität oder Ökologie auf ihre Echtheit überprüft wird. Ein Vorgehen mit Polizeigewalt gegen Kreative und ökologische Projekte könnte dabei ernsthaft an den Marken der Städte kratzen, wenn die jeweilgen emanzipatorischen Akteur_innen es schaffen diese Steilvorlage zu nutzen und zu verwandeln. In Hamburg gelang es beispielsweise den Besetz- er_innen des Gängeviertels geschickt damit zu spielen, dass die Stadt Hamburg das Viertel Altona bewirbt als ein kreatives Viertel. Wenn dann gleichzeitig die Künstler_innen geräumt würden, die das Gängeviertel mit viel Medienaufmerksamkeit besetzten, weil sie nicht bereit waren immer wieder Stadtviertel aufzuwerten bis sie sie sich selber nicht mehr leisten können, würde das wohl bei einigen einen faden Beigeschmack hinterlassen. Gefahr läuft mensch bei solchen Strategien natürlich immer, dass mensch im Falle einer Duldung, genau dazu beiträgt das gewollte Image der Stadt zu stützen.

Rezenssion

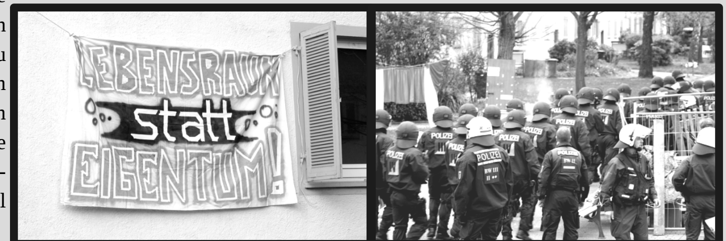
Gentrifidingsbums - oder eine Stadt für alle

Floh Christoph Twickel arbeitet in diesem Buch anschaulich heraus, wie Städte heutzutage dem Diktat der Verwertung unterliegen und welche Auswirkungen das im Konkreten - nämlich die Gentrifizierung. Projekte die sich dem entgegenstellen und temporär befreite Zonen schaffen in denen dieses Diktat außer Kraft gesetzt wird, werden den Versuchen der offiziellen Stadtplaner_innen entgegengestellt, aufzuwertenden Stadtteilen einen kreativen flair zu geben und dafür sozusagen das Flair der temporär befreiten Zonen von oben zu faken. Dafür sollen Künstler_innen aller Art benutzt werden, die sich für diese Aufwertungsprozesse einspannen lassen. Beschrieben wird auch eine neu entstehende Bewegung welche sich aus verschiedensten Spektren zusammensetzt um ein "Recht auf Stadt" zu fordern. Dass diese aber leider keine sein soll, die sich von unten organisiert, sondern dass eher ein Managment gefordert wird, das dieses Recht umsetzt wird im Fazit des Buches klar. Unter diesem Gesichtspunkt müsste vielleicht auch der Begriff "Recht auf Stadt" hinterfragt werden. Denn in jedem Recht ist schon angelegt, dass es jemanden braucht, der/die dieses garantiert. Trotzdem ein lesenswertes, aufschlussreiches Buch.

Christoph Twickel - GENTRIFIDINGSBUMS oder Eine Stadt für alle, Originalveröffentlichung Broschur, 128 Seiten, € 9,90, ISBN 978-3-89401-726-2

Grüne Bürgerbeteiligung und Wohnraumpolitik

Einige Tage nachdem Die Grünen nach ihrem Wahlsieg in Baden Würtenberg die Bürgergesellschaft ausriefen, konnte mensch in Freiburg einen Vorgeschmack davon bekommen was darunter zu verstehen ist. Mit 200 Bullen sollte ein besetzes Haus geräumt werden - die Besetzer_innen waren allerdings schon vorher weg. Besetzt wurde ein Haus in der Johann-Sebastian-Bach-Straße. Eine Straße in der Kleinrentner_innen und Hartz4 Empfänger_innen für bezahlbare Mieten wohnten. Unterstützt durch ein schwarz-gelbes Wohnraumförderprogramm wurden die Mieter_innen rausgemobbt und die Häuserzeilen sollen komplett abgerissen werden um neuzubauen. Eine ähnliche Bebauung, bloß mit Garagen und modern. Die Miete verdoppelt sich dabei und die bisherigen Mieter_innen werden verdrängt. Um das alles zu thematisieren und Platz für offene Projekträume zu schaffen besetzen Freiraumaktivist_innen dieses Gebäude. Da Die Grünen im BaWü Wahlkampf genau gegen das schwarz-gelbe Wohnraumförderprogramm mobil machten, da dieses nicht sozial und nicht ökologisch sei, lag die Forderung nahe, zumindest bis zu einem neuen Grünen Programm einen Bau- und Vergabestopp zu verhängen. Die Grüne Stadtregierung baut aber wohl lieber schwarz-gelb. Ist wohl profitabler - auch unter Bullenschutz?



Die Extremismusdebatte

Arbeitsbegriff versus normativer Wesensbegriff

„Extremismus ist bekanntlich kein Rechtsbegriff, er findet sich in keinem Gesetz, in keinem Gerichtsurteil und auch nicht im Grundgesetz. Es handelt sich um einen Arbeitsbegriff der Verfassungsschutzbehörden."

Seit 1974 benutzt der Verfassungsschutz den Begriff des Extremismus für diejenigen Gruppierungen, die er der Gesinnung und/oder der Tat nach für FDGO*-feindlich hält. Wie jeder Staat hat auch die BRD ihre Überwachungs- und Bekämpfungsorgane, um seine Macht und damit seine Zwecke sicherzustellen. Das ist nicht das engere Thema dieses Textes.

Anlass sich das Thema vorzunehmen sind Erfahrungen von linken Studenten an Universitäten, die das Engagement rechter Nazi-Kader an ihrer Hochschule thematisieren und plötzlich mit einer Gegenfrage konfrontiert werden, ob sie denn nicht auch solche sind, nämlich Extremisten. In DGB-internen Seminaren werden Teamer, die sich fragen, wie man mit Nazis auf den Seminaren umgehen solle, von Referenten aufgeklärt, wie man überhaupt mit Menschen umgeht, die die FDGO nicht umstandslos gut finden. Der Aufstand der Anständigen, der sich mal gegen rechte Gruppierungen richtete, wird scheinbar zunehmend seiner inhaltslosen Form nach konsequent zu Ende gedacht – gegen linkes Engagement.

Thema dieses Textes ist die Offensive der bürgerlichen Parteien das Thema Extremismus nochmal gesondert zum politischen Programm zu machen, Bürger für das Thema zu sensibilisieren, Schulklassen in neue Extremismus-Informationsstätten zu schicken und die Bemühungen einiger Gelehrter eine politikwissenschaftliche Theorie des Extremismus zu entwerfen.

Die wissenschaftlichen Extremismustheoretiker sind bislang in ihrer Zunft nicht wirklich populär – noch nicht. Sie handeln sich oft den Vorwurf ein, dass sie einfache Staatsbüttel sind, keine Wissenschaft betreiben, sondern nur einen Kampfbegriff aufpolieren. Diesen Vorwurf wollen diese nicht auf sich sitzen lassen. Das drückt eine Vertreterin so aus: „Andererseits wird der Extremismusbegriff durch diese Wertgeladenheit in den innenpolitischen Meinungsstreit gezogen und die Auseinandersetzung um Verfassungsschutz und streitbarer Demokratie belastet seine Anwendung als analytische Kategorie der Politikwissenschaft."

Ihrem Anspruch nach haben sie es mit einem politisch eigenständigen Phänomen zu tun, wenn sie eine Theorie des Extremismus entwerfen. Da können sie sich sogar auf Aristoteles beziehen:

„Seinen (der Extremismusbegriff; Autor) Ursprung hat er in der traditionsreichen Denkfigur einer Mitte versus den Extremen und in der Annahme einer größeren Wesensverwandtheit dieser Außenpole."

Diesen wissenschaftlichen Anspruch zu widerlegen ist nicht nur fruchtbar für eine Diskussion im Uniseminar. Einige Argumente sind sicher auch im politischen Alltag zu gebrauchen.

Die positiven Inhalte des Extremismus: Lauter Pseudogemeinsamkeiten

Nicht nur Extremismustheoretiker kommen so daher, dass sie behaupten, einfach mal einen Blick in die politische Landschaft geworfen zu haben und dabei Gemeinsamkeiten von sogenannten Extremisten entdeckt zu haben. Sie behaupten nicht einfach einen Blick in den Verfassungsschutzbericht geworfen zu haben, sondern durch einen vorurteilslosen Blick in die Welt gemeinsame Wesensmerkmale von Extremisten gefunden zu haben, die sie von bürgerlichen Bewegungen der „Mitte" abgrenzen. Einige Beispiele sollen hier mal ebenso vorurteilsfrei dargestellt und diskutiert werden: Trifft die behauptete Wesensgemeinsamkeit eigentlich diejenigen politischen Gruppierungen am linken und rechten Rand, die sie im Auge haben? Zweite Frage: Ist diese Wesensgemeinsamkeit eigentlich eine, die in der bürgerlichen Mitte wirklich nicht zu finden ist? Und drittens: Kommen sie dabei wirklich ohne den Bezug auf die FDGO und den Verfassungsschutz aus, wie sie es behaupten?

„Extremisten zeichnen sich durch ein messianisches Glücksversprechen aus."

Das gibt es durchaus bei manchen linken Organisationen. Wer kennt nicht den Ton, Steine, Scherben Schritt ins Paradies? Der „pursuit of happiness" der freien Grundordnung verspricht aber auch jedem, dass er in ihr das Glück am besten verfolgen könne. Man könnte einwenden, dass damit nur das Recht nach Glück streben zu dürfen, angesprochen ist, was tatsächlich etwas anderes ist als ein Glücksversprechen. Ebenso wissen wir aus unsrer politischen Erfahrung, dass man Bürger oft auf diesen Unterschied erst hinweisen muss. Dass Bürger das so als Glücksversprechen wahrnehmen und bürgerliche Politiker damit auch genau so agitieren gehen, kann man aber Rückblickend am anschaulichsten in der Übernahmekampagne der DDR durch die BRD entnehmen: Stichwort blühende Landschaften.

Nazis haben zwar auch ein tausendjähriges Reich versprochen und nehmen damit Bezug auf die Bibel. Der Inhalt dieses Reiches besteht dann aber doch wohl

eher nur aus ewigem Rassenkampf und Unterordnung.

„Extremisten sind gewaltbereit.“

Oberflächlich angefangen:

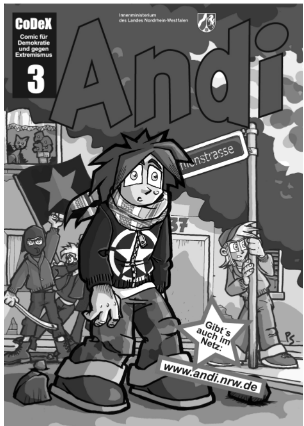
- Nazis bringen ausländisch aussehende Menschen und Linke um.
- Es gibt Linke, die bereit sind Nazis aufs Maul zu hauen.
- Es gibt immer noch Linke, die die seit 20-30 Jahren bestehende Praxis, Autos anzuzünden, durchführen.
- Es gibt gewählte Parteien, die Knäste organisieren und Menschen abschieben.
- Überhaupt, gibt es viel Gewalt bei Fußballspielen, in der Ehe und in Kneipen.

Gemeint ist mit der obigen Aussage erstens „politische Gewalt“. Zweitens dann enger gefasst, dass einige als Extremisten gekennzeichnete politische Organisationen oder Menschen kein Problem damit haben, staatlich nicht-legitimierte Gewalt auszuführen. Damit wäre man wieder bei der oben kritisierten Logik angekommen. Die Gemeinsamkeit der Gewaltanwendung ergibt sich aus der Abgrenzung gegenüber derjenigen Gewalt, die sie nicht ist. Sie ist staatlicherseits nicht erlaubt.
Damit ist man aber wieder dabei, nicht die Gründe der Gewalt zu analysieren und zu kritisieren.
Aber auch abgesehen von den Gründen kann man ja auch an der Konsequenz der Gewalt für das Leid der Menschen einen Unterschied festhalten: Menschen töten und Sachbeschädigung. Darüber setzen sich die Extremismustheoretiker locker hinweg, wenn sie bei Rechten und Linken gleichermaßen einen Bruch mit der Rechtsordnung konstatieren.
Nicht zuletzt noch der Hinweis, dass es ausgesprochen pazifistisch eingestellte Anarchisten gibt. Dass ein Extremismusforscher sich ein geregeltes Leben ohne Gewalt sowieso nicht vorstellen kann, kommt in der folgenden Beschreibung rum:
„Anarchisten sind keine Ausnahme, in ihren Augen sind Regierende und Regierte theoretisch sogar personell identisch.“

„Extremisten haben eine Überzeugung, die sie nicht als Meinung relativieren, sondern verbreiten und durchsetzen wollen.“

Die katholische Kirche gilt in Deutschland nicht als extremistisch. Einen Wahrheitsanspruch hat sie aber. Sie unterhält Schulungszentren und verlangt von ihren Anhängern Unterordnung. Mit der Durchsetzung hat sie aber mit dem hiesigen Staat ihren Frieden geschlossen. Sie leistet sich und daher auch den Gläubigen den Widerspruch, die göttliche Lehre als das Höchste zu betrachten und zugleich in der Praxis alles zu unterlassen, was daraus als Konflikt mit dem staatlichen Recht erwachsen könnte. Sie verhalten sich also zu ihrem Glauben, also zu ihrer Wahrheit, wie zu einer Meinung.





Comics gegen Extremismus: herausgebracht von Innenministerium und Verfassungsschutz NRW

Dass hier wieder die Rechtsordnung den Kompass der Extremismuseinordnung abgibt und nicht die inhaltliche Auseinandersetzung, kann man natürlich leicht an den Praktikern der Extremismustheorie selber erkennen. Ihre Überzeugung, nach der die hiesige Rechtsordnung das Beste sei, relativieren sie an keiner Stelle, verbreiten diesen Gedanken mit allerlei Aufwand und setzen diesen Standpunkt mit viel Überwachung, Kontrolle und Gewalt durch. Um nicht missverstanden zu werden: Hier soll nicht gesagt werden, dass der demokratische Staat ja selber extremistisch sei. Hier soll nur gesagt werden, dass das diese angeblich positive Bestimmung des Extremismus nichts taugt.
Fazit: An allen Punkten, wo die Extremismustheorie versucht einen positiven Inhalt der sogenannten Extremisten zu benennen, taugen entweder die gemeinsamen Bestimmungen erstens nichts; und/oder schaffen es zweitens nicht eine Unterscheidung gegenüber den bürgerlichen Parteien zu liefern; und/oder zeigt sich drittens, dass die Logik des „ist nicht rechtsstaatskompatibel“ der ganze Gehalt der angeblich positiven Bestimmung ist: also lauter Pseudo-Gemeinsamkeiten.
In der Mischung dieser Fehler bleibt daher nur ein Schluss übrig:
Diese Wissenschaftler sind schlicht Anhänger des Verfassungsschutzes und versuchen durch einen wissenschaftlichen Anstrich dem Kampf einen pseudoobjektiven Gehalt zu geben.

Die Logik des falschen Vergleichs Teil 1: Darf man vergleichen?

Eine große Diskussion in der Extremismusdebatte dreht sich um die Frage: Kann man vergleichen oder nicht? Dabei zeigen sich die Hauptakteure der Extremismustheorie als recht wendig, so dass man sie schwer zu packen bekommt. Den Hauptvorwurf, sie würden links und rechts gleichsetzen, kontern sie locker mit dem Hinweis, dass ihre Bücher voll von Hinweisen auf Unterschiede sind:
„Manche Autoren tabuisieren den Vergleich. Sie bauen einen Popanz auf, indem sie suggerieren, die Extremismusforschung setze die extreme Rechte und die extreme Linke gleich.“
Und soweit ist das ja auch o.k. Natürlich kann man linke und rechte politische Organisationen vergleichen, man kann ja auch Faschisten mit der CDU vergleichen. Man benennt dann die Gemeinsamkeiten und die Unterschiede. Freilich muss man sie hinterher noch erklären. Dass die Extremismustheoretiker ihren Vergleichsaufwand aber so schlicht nicht sehen wollen, verrät dann folgende Aussage:
„Zu den umstrittensten Aspekten der Diskussion gehören zwei Fragen: (...) Kann und darf man links und rechts, Links- und Rechtsextremismus überhaupt miteinander vergleichen oder

überwiegen die Unterschiede?“
Hier muss man sich fragen, wie der Autor eigentlich auf das „oder“ kommt. Ich weiß doch erst, ob Unterschiede überwiegen, wenn ich den Vergleich gemacht habe. Seine falsche Alternativstellung kommt nur zu Stande, weil er es dann doch für richtig hält, dass viele Gemeinsamkeiten ein Gleichsetzen dem Wesen nach rechtfertigen.
Die Extremismustheoretiker tun so, als ob sie vergleichen wollen, um Gemeinsamkeiten und Unterschiede herauszufinden. Es zeigt sich aber, dass sie durch die gefundenen Gemeinsamkeiten unmittelbar die Wesensgleichheit darstellen wollen.
Nicht dass sie vergleichen ist ihnen vorzuwerfen, sondern was sie meinen, damit eigentlich gewonnen zu haben.

Die Logik des falschen Vergleichs Teil 2 – Hans und Inge sind beide nicht Dieter

Was hat eine Sonnenblume, eine Buche und ein Grashalm gemeinsam? Man könnte antworten: Es sind alles Pflanzen. Die Logik der Extremismustheorie würde antworten: Sie sind kein Kaktus.
Die Logik ist nicht dadurch falsch, dass sie überhaupt verschiedenes gleichsetzt. Das Urteil, „die NPD und die DKP sind wie die CDU und SPD politische Organisationen“, stimmt ja. Sie ist falsch dadurch, wie sie politische Organisationen gleichsetzt:
Es gibt nicht einfach politische Gruppen und Programme, die Gemeinsamkeiten haben und sich unterscheiden, sondern: Links-, Rechts- und ausländische Extremisten zeichnen sich dadurch aus, dass sie die FDGO nicht als absoluten Maßstab ihrer politischen Ziele anerkennen. Man weiß dadurch nichts über die verhandelten politischen Gruppen, man weiß dann nur, was sie an einer Ecke nicht sind. Genauso erhellend wäre die Bezeichnung „Nicht-Anarchisten“ für die Organisationen NPD, FDP und katholische Kirche.
Dabei wird dies nicht erst bei der Gleichsetzung von linken und rechten Gruppierungen falsch. Schon die Zusammenfassung von Anarchisten, Stalinisten, konsequenten Sozialdemokraten unter die Rubrik „Linksextremismus“ ist durch ihren Bezug auf das, was sie nicht sind, aberwitzig.
Dieser Formalismus des „ist nicht FDGO-kompatibel“ ist die bestimmende Logik der Extremismusdebatte. Die Logik führt geradewegs dahin, sich nicht mit den Inhalten der verhandelten politischen Organisationen auseinanderzusetzen und ggf. diese zu kritisieren.

Die Grundlage der Bewertung: Das Interesse an einer effektiven und begrenzten Gewalt

Man weiß durch die Argumentationsführung der Extremismustheoretiker nichts über die verhandelten politischen Gruppen, man weiß dann nur, dass sie an einer Ecke etwas nicht sind. Darüber kommt eigentlich keine Kritik oder ggf. eine Zustimmung zu politischen Programmen zustande. Klar ist aber, dass mit der Einordnung in den Extremismus eine Kritik beabsichtigt ist und viele Menschen die Theorie fast unmittelbar plausible finden. Wie geht das?
Einmal geht das über eine in allen Systemen geläufige Überhöhung der faktisch überlegenden Gewalt. Kein Herrscher der modernen Welt begründet seine Gewaltkompetenz einfach nur durch den Hinweis auf die hinter ihm versammelten Waffen. Immer ziehen sie höhere Werte heran, derentwillen sie legitim, also gerechterweise herrschen. Spiegelbildlich finden sich scheinbar in jedem System Untertanen, die nicht einfach nur sagen: Tja, der Staat ist mir über, dann mach ich mal, was der sagt. Sondern sie wollen eine legitime Herrschaft und nehmen die herrschende Ordnung als legitime überwiegend an. Wenn dieses Bedürfnis seitens der Politik und der Untertanen im Faschismus, im Realsozialismus und selbst in irgendwelchen Diktaturen, die nur für den Abtransport von Rohstoffen sorgen, bestand und besteht, dann liegt Verdacht nahe, dass der Wunsch nach einer legitimen Herrschaftsordnung in der bürgerlichen Gesellschaft nicht ganz anders gestrickt ist. Nicht eine Prüfung der herrschenden FDGO sorgt für deren allgemeine besondere Wertschätzung. Offenkundig scheint sich noch in jedem der angesprochenen Systeme gewaltsame Überlegenheit in moralische Legitimität zu verwandeln. Das ist dumm und irrational in jeder Gesellschaft.
Klar, die FDGO hat sich kein Bürger ausgesucht. Das Märchen von der grünen Wiese auf der sich alle versammelt haben, um dieses Vertragswerk gemeinsam zu beschließen, ist halt ein Märchen. Erstmal ist jeder Bürger damit konfrontiert, dass er sich an die Gesetze halten muss, dass er private Gewalt zur Durchsetzung seiner Interessen unterlassen sollte bzw. sich bei der Ausübung nicht erwischen lassen sollte. So merkt der Bürger sehr schnell bzw. bekommt es in Familie und Schule mitgeteilt, dass er selbst verantwortlich dafür ist, was mit ihm so wird und das wieder schwer davon abhängt, was er sein Privateigentum nennt und wie gut er sich damit gegen andere in der Konkurrenz behaupten kann. Von diesem Standpunkt aus ist er notwendigerweise wieder auf den Staat verwiesen. Wer sorgt dafür, dass die Verträge eingehalten werden? Wer organisiert mir eine Ausbildung, die erstmal die Voraussetzung dafür ist mitzukonkurrieren? Der Staat. So blickt der Bürger auf die ihn beherrschende Ordnung und entdeckt darin eine Hilfe für ihn. Eine wichtige Grundlage für die oben besprochene moralische Überhöhung.
Im diesen Sinne findet die Extremismustheorie zweitens Anklang, weil die Menschen den Formalismus der demokratischen Rechtsordnung gut finden und zwar unabhängig davon, welche konkrete politische Partei mit welchem konkreten Programm an der Macht ist. Sie fürchten sich vor politischen Gruppierungen, die nicht erkennbar dieselbe umstandslos als Maßstab ihrer Politik anerkennen. In dieser Haltung sind zwei Sachen enthalten: Erstens der Wunsch nach einer politischen Führung, die „durchregieren kann“; zweitens der Wunsch nach einer politischen Gewalt, die irgendwie begrenzt sein soll bzw. dem Horror vor einer Gewalt, die maßlos sei. Beide Wünsche entspringen dem Interesse des privaten Konkurrenzsubjektes in dieser Gesellschaft, egal ob es als Lohnarbeiter, Hausbesitzer, Manager oder Aktienbesitzer herumläuft. Das soll im folgenden begründet werden, was ein wenig ausgeführt werden muss.
In NRW hat gerade die CDU/FDP-Regierung die Mehrheit verloren. Damit haben die CDU und die FDP auch die Mehrheit im Bundesrat verloren. Weil viele

Projekte der Bundesregierung (Steuersenkung, Kopfpauschale in der Krankenkasse) im föderalen System der BRD von der Zustimmung des Bundesrates abhängen, muss sie nun Kompromisse mit der SPD oder den Grünen eingehen.
Es gibt Medien, die diskutierten das als einen Schaden für Deutschland. Gerade weil ein Durchregieren für die Koalitionsparteien nicht umstandslos möglich ist, würden die Finanzmärkte nervös werden, wichtige Projekte aufgeschoben usw. Es gibt also mitten in der Demokratie den Standpunkt, dass es gut ist, wenn zwei Parteien, am besten noch eine alleine mit Macht ausgestattet ist, am besten noch eine Führung hat, der die Parteibasis vollkommen treu ist, so dass sie politisch machen kann, was sie will.
Vom Bürger aus wird das so gedacht: Er will ja, dass die anderen Bürger sich an die Gesetze halten, z.B. seinen Lohn auszahlen, ihn nicht beklauen usw. Er will, dass die Politik mit Gewalt dafür sorgt, dass seine Wünsche in dieser Hinsicht umgesetzt werden. Das bürgerliche Konkurrenzsubjekt will die Gewalt, weil er nur mit ihr konkurrieren kann. Und er will dass die Gewalt effektiv ist und nicht durch andere Nebengewalten aufgehalten wird. Schon aus diesem Standpunkt heraus treffen sich Bürger und Politiker in einem Interesse, das andere Gewalten als die Staatsgewalt nicht dulden will: Eben aus Effektivitätsgründen.
Die grüne Parteichefin freut sich dagegen und sagt: „Die Bundesregierung kann jetzt nicht mehr einfach durchregieren.“ Sie will damit sagen: Super, jetzt müssen wir als Grüne auch an der Machtausübung beteiligt werden und dürfen nicht mehr einfach so ignoriert werden.
Bürger nehmen das so auf: Der Rechtsstaat ist gut, weil dadurch die Macht und die Gewalt begrenzt würde. Man sieht es ja, die CDU/FDP kann ihr Projekt der Kopfpauschale nicht mehr so ohne weiteres der Gesellschaft aufdrücken. Im Vergleich mit dieser Überlegung resultiert der Schrecken vor einer politischen Gewalt, die nicht staatlich legitimiert ist. Diese versucht einfach durchzusetzen, was sie will und sei gar nicht begrenzt, also maßlos und führe also unweigerlich in die Apokalypse. Z.B. so:
„Es gibt zahlreiche Beispiele für Extremismen, die, einmal an die politische Macht gekommen, durch besonders brutale, menschenverachtende Praktiken ein System der Gewaltherrschaft errichteten. Für diesen Prozess kennt die Politikwissenschaft den Begriff des Totalitarismus, entstanden aus der Selbstdarstellung des italienischen Faschismus unter Mussolini.“
Beide Gedanken – nichtlegitime Gewalt maßlos, legitime Gewalt begrenzt – sind nicht richtig. Zum letzteren: Nehmen wir das Beispiel Widerstand im Wendland. Dort gibt es verschiedene Formen des Widerstandes, die den Rechtsbruch in Kauf nehmen. Nehmen wir dasjenige heraus, welches in den Medien eine zeitlang als das extremste wahrgenommen wurde: Menschen packen Hakenkrallen auf die Oberleitungen der Bahn. Ein Zug fährt durch, nimmt die Hakenkralle mit, welche dann die Oberleitung zerstört und den Zugverkehr bis zur Reparatur lahmlegt. Diese bewusste Sachbeschädigung ist nicht maßlos. Sie hat ein Ziel: Das Wendland soll nicht zur Atomendlangerungsstätte werden, weil dies selbst und die Atomstromerzeugung generell eine unkalkulierbare Gefahr für Menschen darstellt. Sie hat einen Gegner ausgemacht: Die Energieunternehmen, die Bahn, welche die Atommüll-Transporte durchführt und die derzeitigen Regierungen, welche die Transporte genehmigen und mit Polizeigewalt durchsetzen. Die angewendete Gewalt der Hakenkrallenleger hat ihr Maß und ihre Begrenzung in ihrem Ziel und den Umständen: Wird das Wendland nicht mehr als Atomendlager benutzt, hört die Sachbeschädigung auf. Weil die Staatsgewalt in ihren Mitteln so überlegen ist, haben die Aktivisten für ihre Aktionen einen Weg ausgesucht, der so effektiv wie möglich ist unter der Vorgabe, dass sie eine offene Konfrontation mit der Staatsgewalt nicht eingehen wollen. Weil der Ausgangspunkt der Aktionen eine Sorge um Menschen enthält, wird zudem ein Weg der Beschädigung von Sachen gewählt, der ein Leid von Menschen möglichst ausschließt.


Hakenkralle

Um es nochmal deutlich zu machen: Hier geht es nicht um das Thema Zustimmung oder Ablehnung des Wendlandwiderstandes. Es geht auch nicht um das Thema: Ist nicht-legitime Gewalt eigentlich nicht manchmal legitim? An dem Beispiel sollte nur deutlich gemacht werden, dass eine Gewaltanwendung – egal von wem – seinen Umfang und seine Begrenzung in dem Ausgangsinteresse, dem Ziel, den vorhandenen Mitteln und den entsprechenden Umständen hat. Danach entscheidet sich, ob eine Gewaltanwendung punktuell bleibt oder aber eskaliert.
Nicht-legitime Gewalt ist also nicht generell maßlos. Wie ist es mit der anderen Seite: Sorgt der Rechtsstaat für eine Begrenzung der Macht und damit Gewalt? Eins kann man mit Bezug auf oben schon mal so sagen: Wer sich wünscht, dass eine Partei „durchregieren“ kann, der will, dass es keine Umstände gibt, auf die die Regierung bei ihren Aktionen Rücksicht nehmen muss. Da liegt der Übergang in den Faschismus in der Luft. Dieser kritisiert den Parlamentarismus ja gerade dafür, dass die Parteien sich dabei wechselseitig behindern würden und so keine starke Führung zu Stande käme. Der Faschist will eine Führungsgewalt, die ohne Hindernisse und Umstände das tun kann, was sie für nötig hält. Als Demokrat wünscht man sich dagegen ein eindeutiges Wahlergebnis. Auch hier muss wegen dem so verbreiteten falschen Lesen nochmal unterstrichen werden: Hier wird nicht gesagt, dass die Demokratie Faschismus ist. Hier wird auch nicht gesagt, dass Demokraten Faschisten sind. Hier wurde eine politische Gemeinsamkeit bei manchen Demokraten und Faschisten festgestellt und auf den Unterschied hingewiesen.
Durch die NRW-Wahl muss die Bundesregierung jetzt für ihre neuen Projekte mit den Sozialdemokraten und vielleicht mit den Grünen verhandeln. Ihre Machtausübung ist in dieser Hinsicht begrenzt. Die Steuern senken, wie vor allem die FDP es will, wird wohl so nicht mehr ohne weiteres zu machen sein. Denn,

wie eigentlich die CDU auch, halten die SPD und die Grünen gerade die Haushaltslage in Sachen Verschuldung für katastrophal. Weniger ausgeben ist angesagt, nicht weniger einnehmen. Mit dem weniger Ausgeben hat die FDP auch kein Problem, im Gegenteil hat sie sich ja am Anfang des Jahres auf die Hartz IV-Empfänger eingeschossen und will denen noch mal ans Leder. In dieser Gemengenlage von gleichen und unterschiedenen Vorstellungen, was Deutschland jetzt wirklich braucht, um aus der Krise zu kommen, werden dann Kompromisse gemacht. Ist aber ein Kompromiss gemacht, z.B. die Kürzung von Hartz IV um nur 20 Euro statt wie vielleicht von der FDP gewünscht um 50 Euro, dann wird das gemeinsam beschlossen und umgesetzt. Dann hat die politische Gewalt keine Begrenzung mehr in den Umständen, sondern kann sich auf alles Stützen, was schon da ist: Schreibtischmenschen, Polizei, Richter usw. Die Demokratie begrenzt nicht die Macht des Staates, allen zu sagen, wo es lang zu gehen hat. Sie begrenzt nur die Macht von einzelnen Parteien oder einzelnen Politikern so ohne weiteres über die Anwendung der Macht des Staates zu entscheiden.

Zwischenfazit: Die Extremismustheorie erlangt ihre Popularität nicht aufgrund der Güte der Argumente, sondern aufgrund der besonderen Bedeutung der rechtsstaatlichen Gewalt für die Konkurrenzsubjekte. Relativ dazu erscheint nicht-legitime Gewalt als der absolute Untergang, egal ob hier Autos angezündet werden oder Menschen umgebracht werden.
Diese staatliche Gewalt soll dann aber auch ohne Rücksicht nehmen zu müssen zum Tragen kommen. Niemand soll sie stören.

Zu einer Technik der Extremismusdebatte: Die (moralische) Kritik an Nazis wird als Faustpfand benutzt, um jetzt gegen Linke einzuschwören.

Extremismus ist ein Arbeitsbegriff der Verfassungsschutzbehörden, der schon lange Verwendung findet. Aktuell sind die CDU und die FDP bzw. ihnen nahe stehende Wissenschaftler und Medien die Hauptprotagonisten der öffentlich angezettelten Extremismusdiskussionen. In den Beiträgen der Protagonisten kann man regelmäßig lesen, wie zufrieden sie einerseits mit dem zivilgesellschaftlichen Engagement gegen NPD und Kameradschaften sind bei gleichzeitiger Bekräftigung, dass man hier nicht nachlassen dürfe.
Unzufrieden sind die Protagonisten damit, dass dieselbe „No Go“-Haltung nicht gegenüber linken Organisationen besteht. Hier hätten Bürger oft keine Berührungsängste mit antifaschistischen Gruppen. Der niedersächsische Innenminister drückt das so aus: „Viele sehen nicht oder wollen es nicht sehen, dass nicht jeder Antifaschist zugleich auch ein Antiextremist ist.“ Viele Menschen in Deutschland sehen tatsächlich keinen Unterschied zwischen links und rechts. Diejenigen aber, die sich mobilisieren lassen für eine Demonstration oder eine Händchenhalten um die Altstadt, opfern ihre Freizeit augenscheinlich tatsächlich für Gegenproteste gegen einen NPD-Aufmarsch, nicht aber für Gegenproteste gegen linke Aktionen.
Wie schlecht die Gegnerschaft vieler Bürger gegen rechte Organisationen auch begründet sein mag, ein wenig besondere Betroffenheit darüber, dass Faschisten Millionen Juden und andere Menschen umgebracht haben, eine besondere Betroffenheit darüber, wie brutal die darauf eingeschwört haben und andere Leute mitgemacht haben, spielt sicherlich dabei eine Rolle. Da entdeckt sicher so manch einer eine Gemeinsamkeit bei den freien Kameradschaften und der NSDAP, wenn erstere heute Asylheime niederbrennen und ausländisch aussehende Menschen und Linke so brutal zusammenschlagen, dass immer wieder jemand stirbt.
Die CDU, FDP und die wissenschaftlichen Vertreter des neuen Extremismusdrives versuchen jetzt ein Doppeltes: Erstens spielen sie die Empörung über die rechtsradikalen Gruppen in ihrer Theorie gar nicht runter, sondern stützen sich darauf. Durch die Gleichsetzung mit den linken Gruppierungen wollen sie diese besondere Empörung gerne gegen die Linke übertragen. Dafür müssen sie aber das oben benannte Engagement gegen Rechts grundsätzlich vom Inhalt befreien, der viele Bürger auf die Straße treibt. Nach ihrer Meinung ist es nicht richtig gegen Rechte zu demonstrieren, weil sie besonders konsequente und brutale Rassisten sind, sondern weil sie gegen den Rechtsstaat arbeiten. So wollen sie aus einem Antifaschismus einen Antiextremismus machen. Dies nochmal in den Worten des niedersächsischen Innenministers:
„Es ist ein Zeichen des Wandels, dass seit dem großen Epochenwechsel von 1989/1990 nicht mehr ‚rechts‘ oder ‚links‘, nicht ‚kapitalistisch‘ oder ‚sozialistisch‘ die Alternativen unserer Zeit sind, sondern demokratisch oder antidemokratisch.“
So hätte er es gerne und vor dieser Konsequenz wollen wir warnen.
Wer sich an Rassismus stört, tut gut daran, sich nicht nur die Nazis anzugucken. Wer sich daran stört, dass Nazis Menschen umbringen, die ihrer Meinung nach als ausländisch Aussehende hier nicht hergehören, der sollte einen Blick auf die institutionelle Abschiebepraxis werfen, um zu verstehen, wie die Nazis überhaupt auf die Idee kommen. Wer sich vor Menschen fürchtet, die einen neuen Führer wollen, der sollte dem demokratisch geäußerten Wunsch nach einer Regierung, die „durchregieren“ kann, nicht unwidersprochen stehen lassen. Wer will, dass nazistische Ideologie ausstirbt, der sollte es sein lassen, den Nazis vorzuwerfen, sie würden ja die FDGO nicht einhalten.
Dafür wiederum müsste die Linke aber auch einen veränderten Kampf gegen rechtsradikale Organisationen betreiben. Die Nazis müssen inhaltlich kritisiert werden, es muss gegen Nazis argumentiert werden und nicht der Vorwurf erhoben werden, dass Faschismus keine Meinung, sondern ein Verbrechen sei. Damit wird nämlich eine ähnlich inhaltsleere Kritik am Faschismus befördert, der dem der Extremismustheoritiker sogar dem Inhalt nach sehr ähnlich ist.

Ein Text der Gruppe jimmy boyle berlin

http://www.junge-linke.org/

* freiheitlich demokratische Grundordnung

Das Brummen der Stadt

Rein in die Wälder, wandern über Berge und Felder. Frische Luft ein- und ausatmen. Ausruhen von der Hektik der Stadt. Entspannen und das Leben genießen. Aufstehen wenn es hell wird und automatisch nach der Uhr der Sonne wieder müde werden. Sich wirklich lebendig fühlen, da sein, WIRKLICH DA SEIN! Zu 100%. Nur einen Menschen um sich haben, sonst nur Tiere, Wälder und die Schönheit der Natur.

So wandere ich durch Frankreich und genieße es, weg von der Stadt und diesen Menschen zu sein. Durchatmen zu können, nach meiner Uhr zu sein. Einfach nur zu sein.
So sitze ich auf einem Berg und schaue mir die Landschaft an. Ich kann bis zu den Alpen sehen, eine schöne Aussicht. Die Luft ist so klar und rein. Ein Genuss für die Lunge, den ganzen Körper.

Wenn ich nach rechts sehe, dann sehe ich einen Berg voll bewachsen mit verschiedenen Bäumen, die Sonne strahlt auf ihn, es befriedigt mich in die letzte Faser meines Körpers diesen Berg einfach anzusehen und mich darüber zu erfreuen, dass dieser Berg und ich existieren. Ich bin überwältigt was ich auf der Wanderung alles sehe, an nicht in Worte zu fassenden Schönheiten der Natur. Wenn ich nach rechts sehe, sehe ich das wilde, sich entfaltende Leben.

Bild: Anton Ikonnikov

Doch wenn ich nach links schaue sehe ich Grenoble, eine relativ große Stadt. Ich sehe die ganze Stadt, mit ihren Fabriken und Straßen, vollgestopft mit Autos. In meiner Vorstellung rieche ich den Smog, sehe ich die Menschenmassen durch die Stadt marschieren. Hier ist der Ort wo das Leben eingezwängt, genormt und in Zeitdruck gedrückt wird.

Ich schaue nach rechts und bin glücklich, diese wunderschöne Natur zu sehen. Doch sehe ich nach links wird mir schlecht, ich könnte kotzen! Hier auf dem Berg ist die Luft so rein, so klar, es ist hier so friedlich. Hier hab ich Zeit, meine eigene individuelle Zeit. Kein Stress, keine Hektik, keine Menschenmassen, kein Smog. Zeit um das zu kurz gekommene einfache DA SEIN zu genießen.

Dann sehe ich wieder auf die Stadt, ich bin ganz ruhig und auf einmal höre ich ein ekelhaftes beängstigendes Brummen. Im ersten Moment weiß ich nicht was es ist. Dann höre ich genau hin und merke das es aus der Richtung der Stadt kommt. Ich kann das Brummen nicht in die einzelnen Geräusche einordnen die ich sonst aus Städten kenne. Es sind keine Autogeräusche oder Menschen die durch die Einkaufsmeilen gehen und sich unterhalten. Es sind all die einzelnen Geräusche die in der Stadt produziert werden, zusammengeballt in ein lautes ätzendes Brummen. Es ist widerlich.

In dem Moment wird mir schlagartig bewusst, dass diese Reise nicht ewig gehen wird und dass ich am Ende auch wieder Teil dieses Brummens bin. Am Ende der Wanderung werden wir zurück in diese „Zivilisation“ gehen und ich werde dieses ekelhafte Brummen mitproduzieren. Ich bin in dem Moment auf dem Berg nicht Teil davon, sondern ein Beobachter. Bald bin ich ein Teil davon, bald bin ich wieder mittendrin und nach einer Zeit frisst mich wieder der Rhythmus der Stadt. Ich passe mich unbewusst wieder an ihn an, und Brumme mit, im Takt der kaputten Uhr der Zivilisation.

Von Mielod

http://mielod.blogsport.de

Mehr Abos für das grüne blatt:

Damit wir das grüne blatt besser kalkulieren können und um zumindest einen Teil der Herstellungskosten zu finanzieren, suchen wir weitere Abonent_innen. Überleg doch, ob du das grüne blatt abonieren möchtest und frag auch andere Leute danach. Den Abo-Schnippel findest du ganz hinten im Heft.

Der Tausendfüßler


Bild: Rosali Beration

Der Tausendfüßler
Er läuft in die Straße rein.
Sein Weg ist vorbestimmt.
Der Kopf, der Staat,
ihn durch die Straße winkt.
Das Bein das hinkt,

wird rausgerissen.
Denn es funktioniert nicht mehr
und so wird es der Tausendfüßler auch nicht vermissen.

Da es ja das schwächste Glied der Gemeinschaft war.
Der musste raus, das ist doch klar.
Er könnte ja das reibungslose Marschieren zum Schwanken bringen.
Dann wäre der Tausendfüßler und daher alle in Gefahr.

Wenn alle da hingehen, wo sie hin wollen.

Wird der Tausendfüßler gar nichts mehr machen können.
Wenn die Füße ihren Weg gehen wollen, will ich es ihnen gönnen.

Auch wenn die Masse Tausendfüßler dadurch auf der Strecke bleibt.
Die Freiheit jedes einzelnen ist wichtiger.
Wenn sie auch zur Zeit noch leise nach der Freiheit schreit.

Es sieht so aus als würden sich so langsam mehr Beine von ihm lösen.

Sich eigenständig ihren Weg bahnen.
Sich mit anderen Beinen zusammen schließen und den Sturz des Tausendfüßler planen.

Der die Beine nur als Stütze für seinen fetten Leib missbraucht.
Die Beine am Körper die wollen frei sein, das weiß der Tausendfüßler auch.

So macht er ihnen Angst, das er nur er ihnen Schutz und Nahrung gewehren kann.
Die meisten glaubens und bleiben daher an dem Tausendfüßler dran.

Wenn sie sich doch endlich von ihm lösen würden!

Sie wären doch viel glücklicher.
Beweglicher.
Das Leben wäre doch ohne diese Last erträglicher.

Wenn sie doch begreifen würden, dass sie den Tausendfüßler am Leben erhalten.
Und wenn sie wollten, was Neues ohne die Last des Tausendfüßlers könnten gestalten.
Selbstbestimmt leben und daher ihr Leben selbst verwalten.

Die Ängste produziert der Tausendfüßler nur aus eigenen Interessen.
Er meint die „Terrorismus-Gefahr" will ihn und damit alle Beine fressen.
So fixieren sich die meisten auf die fiktive Gefahr
und der eigentliche Terror der von ihm ausgeht, wird dadurch schnell vergessen.

Vielleicht, hoffentlich!
Bemerken die Beine die Lügen ihrer Last.
Sabotieren ihn, den Tausendfüßler
und er dann, ohne Beine auf die Erde kracht und für immer platzt!

Von Mielod

http://mielod.blogsport.de

Grenzüberschreitende Ermittlungen: Verdeckte Ermittler_innen sind europaweit im Einsatz



Caspar **In der Mitte des letzten Jahres häuften sich plötzlich die Nachrichten von aufgedeckten und enttarnten Spitzeln, die offenbar international im Auftrag diverser Geheimdienste über Strukturen, Zusammenhänge und Aktionen verschiedenster Teile der Linken Bewegung berichteten und dabei tief in das Privatleben einzelner Aktivist_innen eindrungen.**

Die Rechtsgrundlage auf die sich Teile der Behörden immer wieder berufen, sofern überhaupt vorhanden, ist in ihrer Auslegung sehr schwammig:

“In einer Zeit der Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen und den islamischen Terrorismus sind die Geheimdienste besonders wichtig geworden. Um Gefahren rechtzeitig zu erkennen, braucht man geheimdienstliche Mittel, die global operieren können und weniger sichtbar sind als Polizei und Militär. Denn Verstöße gegen internationale Kontrollabkommen geschehen meist im Geheimen, Terroristen und das organisierte Verbrechen haben sich zunehmend global vernetzt."
Marburger Geschichtsprofessor Wolfgang Krieger in dem Vorwort seines 2009 erschienen Werkes "Geschichte der Geheimdienste. Von den Pharaonen bis zur CIA”

"Wie diese Leute denken”

Da gab es "Danielle Durant", die, nachdem sie ihre Polizeischule beendete, ins "Büro für verdeckte Ermittler" aufgenommen wurde und nach einer dreiwöchigen Zusatzausbildung unter ihrem "Führer" (Wie er während eines Prozesses ca. 4 Jahre später u.a. von der Richterin betitelt wurde) Stefan Wappel auf die österreichische Tierschutzorganisation VGT (Verein gegen Tierfabriken) angesetzt wurde.

Nachdem sie mehrmals bei einem der Antipelz-Infostände des Vereins auftauchte, bekam sie u.a. auch durch den persönlichen Kontakt zu einem der Mitglieder tiefen Einblick in die Strukturen des Vereins. Sie führte beinahe 2 Jahre eine intime Beziehung zu einem der Mitglieder, engagierte sich gegen Pelz und Massentierhaltung und nahm an einigen Jagdsabotage-Aktionen teil. Sie schrieb täglich Berichte und SMS, sammelte Trinkflaschen mit DNA-Spuren, sie besuchte internationale Treffen z.B. in den Niederlanden und der Schweiz. Es konnten alle im selben Raum geführten Gespräche mit Hilfe ihres Mobiltelefons direkt mitgehört und mitgeschnitten werden.

Doch der Einsatz der verdeckten Ermittlerin war lediglich ein Teil der über Jahre hinweg andauernden Bespitzelungen der Tierschutz/ Tierechtsszene in Österreich und



Die verdeckte Ermittlerin Danielle Durand bei der Arbeit. Diesmal: demonstrieren gegen Polizeiwillkür

gipfelte im Frühjahr 2008 in Hausdurchsuchungen und Festnahmen von 10 Aktivist_innen der Tierechtsgruppe BaT (Basisgruppe Tierechte) und des VgTs. Nachdem die 10 Aktivist_innen nach dreimonatiger Haft wieder entlassen wurden, begannen im März 2010 die bis heute andauernden Prozesse, in welchen den inzwischen 13 Aktivist_innen vorgeworfen wird, Mitglieder einer kriminellen Organisation zu sein. Ihnen drohen nun bis zu 5 Jahre Gefängnis.
Innerhalb dieser skandalträchtigen Prozesse tauchte irgendwann in den Akten etwas von einer verdeckten Ermittlerin auf. Durch genauere Nachforschungen stellte sich ziemlich schnell heraus wer hinter diesem Titel stand. Und obwohl den Angeklagten und dem Gericht sämtliche Berichte der Ermittlerin vorliegen und "Danielle Durant" und ihr Vorgesetzter Stefan Wappus unter tagelangen Zeug_innenbefragungen standen, konnte keinem der Angeklagten irgendeine "Straftat" nachgewiesen werden. Dennoch geht dieser endlos scheinende Prozess einfach weiter.

“Ich habe täglich berichtet”

Über 7 Jahre hinweg schnüffelte laut Spiegelrecherchen Mark Stone alias Mark Kennedy in 20 Ländern der EU in radikalen Umwelt- und antikapitalistischen Zusamenhängen herum. Er beteiligte sich u.a. an den Protesten gegen den EU Gipfel in Irland, war verantwortlich für eines der Transportsysteme mit 8 Minibussen beim G8-Gipfel in Gleneagles/ Schottland 2005, Beteiligte sich 2005 beim Klimacamp in Island bei einer Blockade gegen das Kraftwerk ALCOA und gab Workshops über Direkte Aktionen. Er fuhr Aktivistis zu einer Greenpeace-Blockade eines Zuges zum Kohlekraftwerk Drax in Yorkshire, er war während der Räumung des Autonomen Zentrums Ungdomshuset 2007 vor Ort, im Vorfeld des G8 Gipfels 2007 in Heiligendamm steckte er mit in der Orga des Protests, beteiligte sich an

den Gegen-protesten zum G20-Gipfel in London 2008.

Laut BKA-Chef Jörg Zierke gab es während des G8-Gipfels in Heiligendamm einen Vertrag zwischen Sicherheitsbehörden aus Großbritanien und Mecklenburg Vorpommern. Die Polizei konnte sich den Spitzel quasi während des Gipfels ausleihen, ähnlich soll es in Baden-Württemberg während der Vorbereitungen zum Nato Gipfel in Kehl/Straßburg 2009 zugegangen sein. Dort trieb er sich im Autonomen Zentrum KTS in Freiburg herum. Obwohl Kennedy auch während seiner öfter stattfindenen Berlinreisen laut eigenen Angaben Berichte über die dortige autonome Szene verfasste, bestritt Jörg Zierke die dortige Zusammenarbeit mit den Behörden.

In Großbritannien arbeitete der 41jährige seit mindestens 2003 für die gegen "Extremismus" gegründete NCDE (National Order Intelligence Unit) bei Scotland Yard. Die Einheit wurde Ende der 90er Jahre gegründet, um etwa die anarchistische, die globalisierungskritische und die Tierbefreiungs-Bewegung auszuforschen. Laut der englischen Boulevard-Zeitung Daily Mail habe Kennedy auch Informationen an den Konzern E.ON verkauft und arbeitete

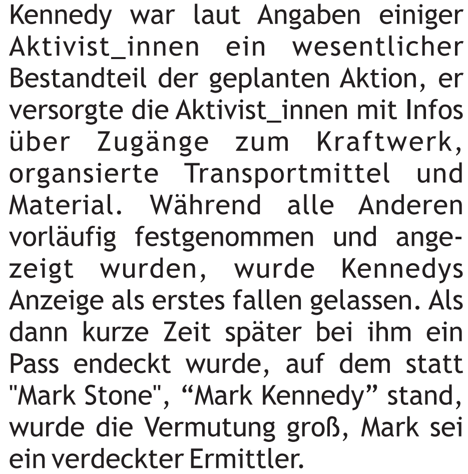

Verdeckter Ermittler Mark Stone

zusätzlich für die private Sicherheitsfirma "Global Open". Nachdem sich Kennedy mit Hilfe von viel Geld, welches er großzügig in Aktionen und Repressionskosten investierte und mit hoher Motivations- und Aktionsbegeisterung in die Szene einschlich, schrieb auch er täglich Berichte und SMS, ähnlich wie "Danielle Durand" konnten auch seine Vorgesetzten Gespräche über sein Handy mithören.

Als 2009 eine konspirativ geplante Blockade des E.ON Kohlekraftwerks Ratcliff-On-Soar aufflog und die Polizei kurz vor der geplanten Aktion bei einer Razzia in einer Schule vor Ort, von der aus die Aktion geplant wurde, 114 Aktivist_innen festnahm, wurden einzelne erstmals stutzig über Kennedys Status.


“Simon Brenner” undercover auf einer Anti-Atomdemo

Kennedy war laut Angaben einiger Aktivist_innen ein wesentlicher Bestandteil der geplanten Aktion, er versorgte die Aktivist_innen mit Infos über Zugänge zum Kraftwerk, organsierte Transportmittel und Material. Während alle Anderen vorläufig festgenommen und angezeigt wurden, wurde Kennedys Anzeige als erstes fallen gelassen. Als dann kurze Zeit später bei ihm ein Pass endeckt wurde, auf dem statt "Mark Stone", “Mark Kennedy” stand, wurde die Vermutung groß, Mark sei ein verdeckter Ermittler.
Schnell wurde er mit der Einleitung "Wir wissen, dass du ein Cop bist" zur Rede gestellt, woraufhin er alles gestand, den Aktivist_innen noch den Namen einer weiteren verdeckten Ermittlerin lieferte und sich angeblich in die USA absetzte, von wo aus er kurze Zeit später die gesamte Story über seine Zeit als "Mark Stone" plus seine sexuellen Abenteuer innerhalb der linksradikalen Szene an die Daily Mail verkaufte.



"Dass die Polizei so massiv in unser Leben eingreift, ist schockierend. Dass damit gerechnet werden muss, ist und war uns immer bewusst. Eine so groß aufgezogene Taktik war uns jedoch nicht vorstellbar."
aus einer Pressemitteilung der *"Kritischen Initiative Heidelberg”*

"Ich bin Simon von der Polizei"

Simon Brenner, der wie sich später herausstellte in Wirklichkeit Simon Bromma heisst, wurde Ende letzten Jahres in Heidelberg als verdeckter Ermittler enttarnt. Nachdem Simon eine "Sonderschulung als Verdeckter Ermittler beim Landeskriminalamt (LKA) Baden-Württemberg” absolvierte und vor ca. einem Jahr nach Heidelberg zog, trug er sich in der Uni in das Fach Ethnologie ein.

Er engagierte sich zunächst in der linken Hochschulgrupe SDS, fuhr damit zu mehreren Demonstrationen, u.a. zu einer Gegendemo eines Naziaufmarsches in Berlin. Später brachte er sich in der KIH (Kritische Initiative Heidelberg) ein und beteiligte sich u.a. an der Organisation der Castor-Südblockade letztes Jahr. Auch bei der Antirepressionsarbeit während des No-Border-Camps in Brüssel letztes Jahr beteiligte er sich und schrieb, wie eine Hackergruppe "AG Nachermittlungen" später herausbekam, 30 SMS nach Deutschland. Er nahm regelmäßig an Dienstbesprechungen mit der Heidelberger Staatsschutzabteilung und dem LKA teil und gab Informationen über Personen der linken Szene weiter. Er schloss viele Freundschaften und lieh sich von anderen Aktivist_innen Bücher. Laut seinen Mitstudierenden fiel er durch seine höfliche Art, sein besonderes politisches Interesse und seine hohe Hilfsbereitschaft auf.

Doch Ende letzten Jahres traf er zufällig während einer Party eine Bekanntschaft, der er sich in seinem Urlaub in Frankreich als Simon von der Polizei vorgestellt hat. Nachdem die Bekannte ihn zur Rede stellte, bat er sie ihn nicht zu verraten. Zum Glück ging sie nicht auf seine Bitte ein und kontaktierte einige seiner Mitstudierenden. Diese sprachen ihn anschließend bei einem Treffen


“Simon Brenner” unter Kollegen

darauf an, worauf er alle Vorwürfe gestand und einräumte, dass er Polizist sei und im Auftrag des LKAs ermittle. Sein Ziel war es allerdings, sich langsam an die Antifa-Szene heranzutasten. Kurze Zeit später verschwand er aus der Stadt.

“Ich bin mir sicher, dass die Polizei nach Recht und Gesetz gehandelt hat, weil mir keine anderen Erkenntnisse vorliegen.“ „Jedem Verbrecher wird im Nachhinein erklärt, warum seine Freiheitsrechte beschränkt wurden.“
Heribert Rech, der baden-württembergische Innenminister und LKA-Chef

„Bestehende rechtliche und praktische Hindernisse in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in Bezug auf verdeckte Ermittler sollten im Interesse eines wirksamen Vorgehens gegen die grenzüberschreitende Kriminalität und im Interesse der beteiligten Polizeibeamten identifiziert und beseitigt werden.”
Entschließung des EU Rats, Juni 2007

Die Polizei im Konflikt mit ihren Gesetzen

Nicht etwa, dass ich daran glauben würde, dass es so etwas wie Gerechtigkeit irgendwo geben könnte, nicht von einem selbsternannten Rechtsstaat ausgehend und schon gar nicht ausgehend von einem Rechtsstaat, der von Menschen mit aufgebaut und gegründet wurde, die sowohl bei Ausschwitz als auch beim Beginn zweier Weltkriege nicht eingeschritten sind. Ich erwarte weder von diesem Staat noch von seinen Instanzen und Organen irgendetwas, dennoch halte ich es für sinnvoll, darauf aufmerksam zu machen, dass dieser Staat und seine ausführenden Organe jederzeit bereit sind, sofern es in ihrem eigenen Interesse ist, bestehende Gesetze und Rechte zu missachten und für sich auszulegen. So kam es im Zusammenhang mit den Verdeckten Ermitler_innen immer wieder zu Rechtsbrüchen von Seiten der Staatsschützer_innen. Es ist verdeckten Ermittler_innen ausdrücklich untersagt, sogenannte millieubedingten Straftaten zu begehen, dennoch wurde Kennedy dabei erwischt, wie er am Rande einer Freiraum-Demo in Berlin das Papier einer Mülltonne anzündete. Das Verfahren wegen Sachbeschädigung wurde allerdings ganz schnell wieder eingestellt, ein Zusammenhang zwischen der Einstellung und Kennedys Person als verdeckter Ermittler besteht laut BKA-Chef nicht.

Auch ist es weitaus fraglich, inwieweit die sogenannte Gefahrenabwehr als Grund für den Einsatz hiesiger verdeckter Ermittler_innen juristisch gedeckt ist. Auch die seit 1949 in der BRD bestehende und im Grundgesetz verankerte Trennung zwischen Polizei und Geheimdiensten wurde mehrmals missachtet.



Die als “Danielle Durand” getarnte Polizistin verteilt Flugblätter gegen Kaninchen-Käfighaltung



Ich sehe es als zusätzlichen Hohn gegen antifaschistisches Engagement, wenn ein Gesetz, das als Konsequenz aus dem Nationalsozialismus hervor ging, missachtet wird um Antifaschist_innen auszuspionieren, um sie einzuschüchtern und sie in ihrer Arbeit zu behindern.

"Entweder Innenminister Rech hat völlig die Kontrolle über seinen Apparat verloren. Dann ist er nicht mehr tragbar. Oder – und das ist eigentlich noch schlimmer – die Polizei wird bewußt und geplant zur Bespitzelung, Einschüchterung und Kriminalisierung politisch mißliebiger Gruppen eingesetzt. Das würde ein obrigkeitsstaatliches Verständnis der Rolle der Polizei offenbaren, das eigentlich eher zur Bismarckschen Ära der Sozialistengesetze paßt. Es steht ja ebenfalls die Frage im Raum, wie viele Spitzel und agents provocateurs es noch in Baden-Württemberg gibt. Auch bei den Protesten gegen »S21« ist ja klargeworden, daß der Einsatz wohl kein Einzelfall ist. Offen bleibt schließlich, inwieweit auch Simon Bromma – der enttarnte Polizeispitzel – Vorwände zur strafrechtlichen Verfolgung Oppositioneller erst selbst geliefert hat."
Michael Csaszkóczy, Aktivist der Antifaschistischen Initiative Heidelberg

Ich wünsche mir eine konstruktive Debatte innerhalb der linksradikalen Bewegung über den Umgang mit dem Verdacht von Spitzeln in unseren Zusammenhängen. Was würde mit einer Bewegung passieren, die sich komplett nach außen abschottet? Eine Bewegung, die Menschen mit ungewohnten Verhaltensmustern, Menschen die aus anderen Orten kommen, Menschen die irgendwie anders sind, als Spitzel brandmarken? Wie kann sich eine Bewegung vor der Infiltration des Staates schützen, ohne sich von einer kollektiven Angst lähmen zu lassen?

"KaKaKa.Du" - Solikampagne startet.

Gemeint sind: die Verdächtigen Karl-Caspar, Karl-Hugo und Carl-Phillip, und alle, die sich gegen Massentierhaltung wehren.

Solidarität mit den Beschuldigten des Mastanlagenbrands in Sprötze

KAKAKA.DU

Karl **Nach einem Brandanschlag auf eine Hühnermastanlage in Sprötze wird gegen 5 Personen aus Zusammenhängen der Jugend-Umwelt-Bewegung ermittelt. Gegen eine der 5 wurden die Ermittlungen nun eingestellt.**

Mit Brandanschlag wurde am 30.7.2010 eine kurz vor der Fertigstellung stehende Hühnermastanlage in Sprötze (südl. von Hamburg) komplett zerstört. Dabei entstand laut Betreibern ein Schaden in Höhe von 500.000 Euro. Obwohl sich weder Menschen noch Hühner im Inneren des Gebäudes befanden, wurden die Brandstifter in der lokalen Presse teils als "Tierschutz-Terroristen" bezeichnet und kurzerhand eine Soli-Demo für die tief erschütterten Eigentümer organisiert.

Auch ist die Hühnerfabrik mittlerweile als „gläserne Mastanlage" längst wieder aufgebaut und in Betrieb genommen. Zum „Tag der offenen Tür" wurde neben Freibier und Grillfleisch mit einem Besucherraum inkl. einer 2×2 Meter großer Glasscheibe für „angemeldete Gruppen" geworben. Der heutige niedersächsische Minister für Landwirtschaft und Ernährung, ein passionierter Jäger, Gert Lindemann, lobte das Modell daraufhin als eine „verbesserte Darstellung niedersächsischer Tierhaltung nach außen."

Die Anlage war als Erste von rund 420 neuen Mastbetrieben für den in Wietze bei Celle entstehenden größten Hühnerschlachthof Europas der Familie Rothkötter geplant, dessen Inbetriebnahme sich allerdings aufgrund fehlender Zulieferer derzeit immer weiter verzögert.

Alle 33 Tage müssten in jeder der Anlagen knapp 40.000 Vögel mit einem Platz von weniger als einer DIN A-4 Seite pro Tier eingesperrt und bis zur Unbeweglichkeit gemästet werden, um danach als „Emsland Frischgefügel" auf dem längst übersättigten Markt zu landen. Ein Großteil wird darum ins Ausland exportiert, wo billiges Fleisch aus Europa lokale Märkte überschwemmt.

Das Futter, hauptsächlich (Gen-) Sojaschrot, stammt nicht selten aus z.b. südamerikanischen Monokulturen, für die wiederum die örtliche Landbevölkerung vertrieben oder in sklavenähnliche Arbeitsverhältnisse gezwungen werden und weiterer tropischer Regenwald vernichtet wird.



Die Feuerwehr löscht die brennende Mastanlage in Sprötze

Neben diesen und anderen Fakten nennt ein am 8.8.2010 veröffentlichtes Bekenner_innenschreiben eine grundsätzliche Herrschaftskritik, die auch die Herrschaft der Menschen über Tiere mit einschliesst, als Grund für den Brandanschlag. Dieser wird als eine politische Aktion erklärt, die durchgeführt wurde, "da alle vorher argumentativ geführten Auseinandesetzungen gescheitert sind".

Der bisherige Verlauf der Ermittlungen

Mittlerweile ist bekannt, dass gegen min. 5 Personen, die letzten Sommer im Widerstand gegen Mastanlagen und Schlachthöfe bei öffentlichen Aktionen aufgefallen sind, ein Ermittlungsverfahren wegen Brandstiftung eröffnet wurde.

Zwei der Beschuldigten, Karl-Caspar & Karl-Hugo, hatten sich im Mai 2010 an einer Mahnwache gegen die Mastanlage Sprötze im nahegelegenen Buchholz beteiligt, wobei ihre Personalien der Polizei bekannt wurden.

Als es am 10.August 2010 zur Räumung des seit Ende Mai von Aktivist_innen besetzten Schlachthofbauplatzes in Wietze kam, wurden von der Kripo Buchholz zwei Paar Schuhe beschlagnahmt. Dies führte zur Personalienfeststellung von Laura, gegen die deshalb mehrere Monate ermittelt wurde. Nachdem Akteneinsicht verweigert und Briefe, (teils vom daraufhin eingeschalteten Anwalt) immer wieder ignoriert worden sind, wurden als Reaktion auf eine angedrohte Dienstaufsichtsbeschwerde des Anwaltes die Ermittlungen eingestellt.



Auftaktaktion der Solikampagne KaKaKa.Du am 8.April in Lüneburg

Im Schreiben, dass das Einbehalten der beschlagnahmten Schuhe bestätigt, werden zusätzlich eine Person aus Finnland, sowie Karl-Hugo als Verdächtigte erwähnt, der im Rahmen der Mahnwache im Mai eine Demonstration angemeldet hatte. Die Polizeidirektion Lüneburg stützt sich in ihren Ermittlungen auf die Aussage der Mastanlagenbetreiberin Eickhoff, die ihn angeblich am Abend vor der Tat beobachtet hat. Die Person selbst hat bislang noch keinen Bescheid diesbezüglich erhalten.

Mit einer Hausdurchsuchung bei Carl-Phillip mitte November letzten Jahres in Bonn nahm die Repression um den Brandanschlag von Sprötze schliesslich neue Ausmaße an. Wichtige Dokumente wie Führerschein, Tagebücher und Ausweispapiere wurden dabei entwendet und seither nicht wieder ausgehändigt. Begründet wurde diese Maßnahme beim Betroffenen damit, dass Frau Eickhoff auch ihn vor der Tat gesehen haben will. Wenige Wochen später wurde Carl-Phillip ausserdem an einer Autobahnraststätte unter Zwang von der Polizei zur erkennungsdienstlichen (ED) Behandlung mitgenommen. Auch hier gab es bisher keine Reaktion auf die beantragte Akteneinsicht.

Auch Karl-Caspar erhielt bereits eine Vorladung zur ED. Diese wurde allerdings verschoben, nachdem eine Klage gegen diese Zwangsbehandlung eingereicht – und abgelehnt – worden ist. Ein neuer Termin steht derzeit noch aus.
Als Rechtfertigung dieser repressiven Maßnahmen verwenden Staatsanwaltschaft/Polizei die Aussage Frau Eickhoffs, auch diesmal die Person am Tag vor der Tat beobachtet zu haben. Das willkürliche Vorgehen und die Intention der Staatsanwaltschaft, in jedem Fall eineN SchuldigeN zu präsentieren, sind zudem mehr als offensichtlich.

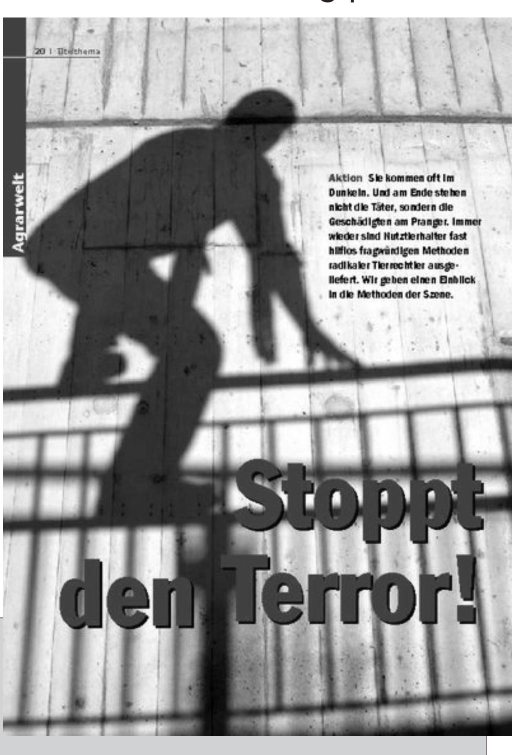
Über Einschüchterung wird versucht, Einblicke in eine Bewegung zu bekommen, die dem wirtschaftlichen Interesse der maximalen Ausbeutung der Tiere widerstrebt und zum Teil auch direkt dagegen vorgeht. Dabei könnte mit diesem Fall die Repression nun auch gegen die deutsche Tierbefreiungsbewegung Ausmaße annehmen, wie sie in anderen Ländern mit mehrjährigen Haftstrafen und totaler Überwachung der Aktivist_innen längst Gang und Gäbe sind. Ein Präzedenzfall würde die Strukturen emanzipatorischer Bewegungen insgesamt gefährden.

Die derzeit von der Repression Betroffenen stehen dabei nur zufällig im Fokus der Ermittlungen und sind theoretisch austauschbar mit allen, die sich mit der gesellschaftliche Befreiung von Tieren solidarisieren. Um dies zu verdeutlichen wurde nun eine Soli-Kampagane (Kakaka.Du, kurz für „Karl,Karl,Karl + Du") ins



Leben gerufen, die mit Aktionen und Öffentlichkeitsarbeit versucht, die rechtlichen Folgen des Brandes für alle Interessierten transparent zu gestalten und mit staatlicher Repression anderswo im Kontext zu betrachten. Damit soll das Thema greifbarer werden und möglichst viele Menschen zu eigenen Zeichen der Solidarität ermutigen. Eine (Auftakt-) Aktion fand am 8.April vor dem Amtsgericht Lüneburg statt. Es wäre wünschenswert, wenn dies nur der Anfang wäre. Auch wenn von Sprötze aus längst die ersten Hühner – vorerst ins Emsland – abtransportiert wurden und Freibier zur Einweihungsparty für manche ein gutes Argument gewesen sein mag...

Mitmachen und Infos:
www.kakakadu.blogsport.de


20 | Titelthema

Agrarwelt

Aktion Sie kommen oft im Dunkeln. Und am Ende stehen nicht die Täter, sondern die Geschädigten am Pranger. Immer wieder sind Nutztierhalter fast hilflos fragwürdigen Methoden radikaler Tierrechtler ausgeliefert. Wir geben einen Einblick in die Methoden der Szene.

Stoppt den Terror!

Text: "Aktion. Sie kommen oft im Dunkeln. Und am Ende stehen nicht die Täter, sondern die Geschädigten am Pranger. Immer wieder sind Nutztierhalter fast hilflos fragwürdigen Methoden radikaler Tierschützer ausgeliefert. Wir geben einen Einblick in die Methoden dieser Szene." Quelle: "Agrarwelt", Sprachrohr der Kampagne "Stoppt den Terror gegen unsere Tierhalter!". Die Initiative hat eine Petition erstellt, in der u.a. härtere Strafen für Tierschütze_innenr gefordert wird.



OgiT - Eine Offensive gegen industrielle Tierhaltung: Die Offensive stellt sich vor


Der besetzte Schlachthofsbauplatz in Wietze, Sommer 2010

OgiT **In den letzten Jahren vermehren sich die Zahlen von geplanten und fertig gestellten Mastanlagen und Schlachthöfen drastisch. Auch die Zahlen der dort gemästeten und geschlachteten Tiere übersteigen so manche Vorstellungskraft. Doch auch der Protest dagegen nimmt stetig zu. Nun startet eine überregionale Offensive.**

Vielerorts gibt es Demonstrationen, Straßentheater, Kundgebungen und Mahnwachen, aber auch Aktionen die direkt in konkrete Bauvorhaben eingreifen, wie z.B. Besetzungen, Ankett-Aktionen und Sabotage wie Brandstiftungen. Aktionen, die verschiedene Elemente des vielfältigen Widerstands beinhalten, rückten in den letzten Jahren stark in die Öffentlichkeit.
Die Motivation, die viele Menschen veranlasst sich gegen diese Form der Landwirtschaft zu organisieren, sind so vielfältig wie die angewandten Aktionsformen und reichen von der Bekämpfung des Klimawandels, aktiven Umweltschutz und Auflehnen gegen die Geruchsbelästigung vor Ort bis hin zur Kritik an der Ausbeutung von Menschen und Tieren.

Schon 2009 hatten Proteste gegen den Bau von Europas größter Ferkelzuchtanlage für mediales Interesse gesorgt. 6 Wochen lang wurde im gleichen Jahr das Baugelände für ein Tierversuchslabor in Hannover besetzt, in welchem vor allem an Massentierhaltungstieren geforscht werden soll.
Im letzten Frühsommer kam es schließlich zu vielen direkten Aktionen gegen Europas größten Geflügelschlachthof (Betrieb Rotkötter) in Wietze und gegen einige der Zulieferbetriebe:
www.antiindustryfarm.blogsport.de



Obwohl es schwer ist genau zu sagen, welche Auswirkungen auf welche Aktionen zurückgehen, kann folgende Bilanz vom Jahr 2010 gezogen werden:

Es gibt eine anhaltende, starke und kritische Medienaufmerksamkeit auf das Thema Massentierhaltung.

Die niedersächische Agrarministerin Grotelüschen musste nach einem öffentlichen Eklat um die Zustände im Hühnerbetrieb ihres Mannes zurücktreten.

Es sind nur 5 von über 420 Bäuer_innen bereit, für Rotkötters Schlachthof Zulieferbetriebe zu bauen. Deshalb muss die Eröffnung vorläufig um einige Monate nach hinten verschoben werden.

Auch 2011 wehren sich Menschen gegen Tierfabriken. U.a. in Schmähingen, einem kleinen Dorf in Bayern, fanden im März Aktionen gegen die dort geplante Mastanlage des Konzerns Wiesenhof statt (www.maststop.blogsport.de).

Gegen den Schlachtbetrieb in Wietze mit den geplanten Zulieferbetrieben ist eine Kampagne für das Jahr 2011 geplant. Und weitere Aktionsgruppen tun sich zusammen, um sich gegen lokale Megafabriken zu organisieren.

Im März trafen sich deshalb einige Menschen, um den Druck, der vermehrt im letzten Jahr gegen die industrielle Tierhaltung aufgebaut werden konnte nicht abklingen zu lassen, sondern auch dieses Jahr verstärkt in das Bewustsein der Betreiber_innen zu bringen. Es wurde sich u.a. über Pressearbeit, verschiedenste Strategien, Angriffsziele und Aktionsformen ausgetauscht, und folgendes Konzept der Offensive gegen industrielle Tierhaltung (OgiT) entwickelt:

- Die Webseite www.ogit.blogsport.de können autonom agierenden Kleingruppen und Einzelpersonen als Plattform für die Verbreitung von Rechercheergebnissen, Aktionsberichten und inhaltliche Debatten nutzen.
- Auf dem neuen OgiT-Mailverteiler werden Termine und Informationen an möglichst viele Interessierte getragen.
- Damit es der Presse leichter fällt verschiedene Aktionsformen in einem Kontext zu sehen, gibt es ein veränderbares Logo, das - wie die Anti-Atom-Sonne von verschiedenen Aktionsgruppen genutzt werden kann.
- Für persönlichen Austausch wird versucht ca. alle drei Monate ein Treffen mit verschiedenen inhaltlichen Ausrichtungen zu organisieren.

Wenn du Lust hast Aktionstrainings, Workshops, Vorträge ... zu organisieren, du auf den Verteiler willst oder wenn du möchtest, dass über deine Aktionen auf der Webseite berichtet wird, dann schreib an: ogit@riseup.net

Lasst uns auch dieses Jahr den Widerstand offensiv und direkt auf die Äcker, Straßen und in die Städte bringen. Es gibt noch einiges zu tun ...

www.ogit.blogsport.de

Der Krieg den alle lieben

Wenn man in diesen Tagen Tagesschau guckt, Zeitungen oder indymedia liest, kann man sich schon wundern. Da fangen einige westliche Staaten an, ein Land an der Grenze Europas zu bombardieren und (fast) alle scheinen es super zu finden. Da übernimmt die NATO den Oberbefehl und das einzige Problem scheint zu sein, dass Deutschland nicht auch noch diesen Krieg führt. Ein Krieg den alle lieben?

Aufstand, Revolution, Bürgerkrieg, Natokrieg?!

Wir wollen hier gar keinen Hehl daraus machen, dass auch wir relativ wenig über die Geschichte und die aktuelle Situation Libyens wissen. Es mussten erst Aufstände und Revolutionen in vielen arabischen Staaten losbrechen, in Libyen ein Bürgerkrieg wüten und eine „Koalition der Willigen" unter Führung der NATO das Land bombardieren damit wir uns mit der Lage in den arabischen Ländern beschäftigen – bzw. vor allem mit der ratlosen Positionierung der radikalen Linken dazu. Es wäre schon schlimm genug, wenn sie nicht in der Lage wäre, Antworten auf drängende Fragen zu geben. Sie stellt aber noch nicht einmal die notwendigen Fragen.

Umso mehr verwundert die Bereitschaft Einiger, die eigene Positionslosigkeit durch ein unkritisches Übernehmen der, von der „Koalition der Willigen" und nahezu allen bürgerlichen Medien betriebenen, Kriegstreiberei zu überdecken.

Wir fühlen uns den Aufständischen in den arabischen Ländern verbunden aber auch unserer radikalen Kritik an der, seit dem Kolonialismus anhaltenden und immer schon kriegerisch verteidigten, Dominanz Europas und der USA, verpflichtet.

In Libyen stellt sich die Situation anders da als in Tunesien oder Ägypten. Kein geordneter Wandel unter einer dem früheren Herrschaftssystem verbundenen Übergangsregierung oder der Armee.

Stattdessen ein Bürgerkrieg, den die Rebellen mit Unterstützung der NATO wohl früher oder später gewinnen werden.

Libyen - was war eigentlich vor dem 17. Februar 2011?

Bereits 1911 besetzte Italien weite Teile Libyens. Allerdings gab es noch Jahrzehnte lang erbitterten Widerstand gegen die Kolonialisierung. Die Faschisten unter Mussolini erklärten es zu ihrer historischen Aufgabe, die italienische Niederlage gegen die äthiopische Armee von 1896 wieder gutzumachen und (Nord-)Afrika unter italienische, weiße Kontrolle zu bringen. Deshalb wurde Libyen bis zur Niederlage der Italiener im 2. Weltkrieg mit einem blutigen Kolonialkrieg überzogen.

Anschließen stand das Land unter UN-Kontrolle und wurde 1951 offiziell unabhängig.

Mit freundlichen Unterstützung der Briten und der US-Amerikaner kam König Idris an die Macht, begann staatliche Strukturen aufzubauen und verkaufte ab 1959 Erdöl.

Zehn Jahre später putschte eine Gruppe Generäle, schaffte die Monarchie ab, schmiss die westlichen Armeen und Konzerne aus dem Land, verstaatlichte z.B. das Erdöl und orientierte sich zunächst am arabischen Sozialismus Nassers aus Ägypten.

Diese antikolonialen Bestrebungen, machten den nun herrschenden Gaddafi jahrzehntelang zu einem Feind der westlichen Staaten. Die Unterstützung von – je nach Lesart - nationalen Befreiungsbewegungen und antiimperialistischen Gruppen - oder eben terroristischen Gruppen – steigerte die Feindschaft. Doch selbst die Bombardierung Tripolis durch die USA in den 1980ern konnte Gaddafi nicht stürzen. Erst die jahrelange politische und wirtschaftliche Isolation Libyens führte zu einer Änderung der außenpolitischen Leitlinien des Gaddafi-Clans hin zu einer Verfechtung der Afrikanischen Union (nach europäischem Vorbild) und schließlich zum islamischen Panarabismus.

In den vergangenen 10 Jahren wurde Libyen schließlich von der Liste der sog. Terrorstaaten gestrichen und die wirtschaftliche Sanktionen wurden aufgehoben. Von nun an galt Gaddafi als geläutert und pflegte enge Freundschaften mit der EU und einzelnen Staatschefs und Politikern (z.B. Berlusconi, Sarkozy!, Haider). Der Diktator hatte, was die EU wollte – nämlich Öl und Gas. Die EU sieht Nordafrika als zukünftig wichtigsten Energielieferanten neben Russland. Außerdem konnte er Flüchtlinge zurückhalten oder Abgeschobene aufnehmen und sie skrupellos der Wüste überlassen. Er wurde zu einem der wichtigsten Verbündeten der EU im Maghreb, lieferte Öl und bewachte die Grenzen. Dafür bekam er Milliarden von Euros, Waffen und Know-How.

Selbstverständlich nutzte er Geld und Waffen vor allem um seine Herrschaft nach Innen polizeistaatlich und militärisch abzusichern. Denn obwohl Libyen formal eine Basisdemokratie und Gaddafi ohne Amt im Staate ist, herrschte er seit langem diktatorisch, ließ Oppositionelle massenhaft töten und einkerkern und sicherte seine Herrschaft vor allem durch eine geschickte Stammespolitik und die Verteilung der Macht an seine Kinder. Die gesellschaftlichen Errungenschaften der ersten Jahre (ein funktionierendes Gesundheitswesen, formale Gleichberechtigung der Frauen, Ausbau des Bildungssystems und relative ökonomische Sicherheit) erstickten unter der selbstverliebten Machtsucht des Herrschers und seines Clans.

Aber Libyen war einer dieser arabischen Staaten und Gaddafi einer dieser zuverlässigen Herrscher. Eine Diktatur ist halt eine Diktatur. Eine Diktatur, die der EU nützt, ist eine nützliche Diktatur - kein Grund zur Aufregung, solange Stabilität garantiert wird.

In Deutschland und den anderen EU-Staaten interessierte sich eigentlich niemand, außer den Geopolitiker_innen und Energiekonzernen, für Libyen, wie auch für die restlichen arabischen Diktaturen. Okay der Iran, der war irgendwie schon immer böse, aber schließlich handelt es sich doch wohl um eine vollkommen irre Mullahdiktatur und nicht um eine zivilisierte, prowestliche Diktatur.

Auch in der (radikalen) Linken in der BRD wurde die Situation in den arabischen Ländern oder speziell die in Libyen nicht thematisiert. Ausgenommen ein paar Antira-Gruppen in deren Publikationen Libyen erwähnt wurde, aber da ging es dann meist um Verträge mit der EU zur Flüchtlingsrücknahme und Kooperation mit der EU-Grenzschutzagentur FRONTEX. Die Situation der libyschen Bevölkerung oder gar die Unterstützung einer möglichen Opposition gegen die Diktatur war in der radikalen Linken nie ein Thema.

Und plötzlich ändern sich die erzeugten Bilder

Es ist aufschlussreich zu beobachten, wie schnell ein und den selben Menschen und ein und der selben Handlung, je nach Kontext und Interessenlage, andere Rollen und Wertungen zugeschrieben werden.

Während die Menschen in Ägypten und Tunesien bis vor kurzem vor allem als gute Gastgeber bzw. Touristenführer wahrgenommen wurden, aber nicht als Opfer jahrzehntelanger diktatorischer Unterdrückung, sie also auch keiner Befreiung bedurften, sind sie nun Akteur_innen einer Demokratiebewegung. Der Sprung gelingt scheinbar ohne Mühe und Irritation.

Die Iraker und Afghaninnen brauchten dagegen schon lange dringend die Befreiung durch den Westen. Dass es eventuell politische Positionen geben könnte, die sich weder für die (prowestliche) Diktatur, noch für politischen Islamismus, noch für Demokratie nach westlichem Vorbild aussprechen, können sich Viele anscheinend gar nicht vorstellen.

Die westlichen Regierungen wissen jedoch um die politische Heterogenität der nordafrikanischen Staaten und bekommen nun Angst die Kontrolle zu verlieren.

Also müssen die diversen politischen, ethnischen und religiösen Strömungen, die in den verschiedenen arabischen Ländern zudem noch sehr unterschiedlich geprägt sind, schnell zu einer Demokratiebewegung umgedeutet werden.

Selbst bürgerliche Medien merken an, dass in Bezug auf die Frage, ob bewaffnete Aufständische als Zivilisten gelten können, von der NATO nur ausweichende Antworten zu bekommen sind. Denn nur zu deren „Schutz" hat die UN das Mandat Nr. 1973 geschaffen.

Während Leute, die Polizeiwachen anzünden, Waffenlager plündern, zunächst mit Kalaschnikovs und später auch mit schweren Waffen die staatliche Ordnung und ihre Hüter angreifen, nun also in Libyen zu einer schutzbedürftigen, friedlichen und zivilen Bewegung für Demokratie uminterpretiert werden, sind Leute, die das Selbe in Afghanistan oder dem Irak tun, Terroristen. In demokratischen Staaten würden Proteste übrigens niemals unterdrückt werden. In Deutschland können

wir, vollkommen unbehelligt vom Staat, Polizeiwachen anzünden und Bundeswehrdepots plündern. Auch in der Türkei/ Kurdistan kämpft eine Bewegung friedlich für Demokratie und niemand würde auf die Idee kommen, sie militärisch zu bekämpfen.

Versteht uns nicht falsch. Es ist zweifellos richtig, die Diktatur Gaddafis zu stürzen. Auch wir sind schockiert von den Bildern und Meldungen über die brutalen Versuche, die Aufstände in Tunesien, Ägypten, Libyen, Syrien, Barhain und vielen anderen Staaten niederzuschlagen.

Wir fühlen uns mit den Aufständischen in Libyen verbunden, weil es richtig ist, eine Diktatur zu stürzen und es legitim ist, dazu Waffen in die Hand zu nehmen.

Ebenso wäre es z.B. richtig, die grausame Diktatur in Saudi-Arabien zu bekämpfen. Das bliebe aber richtiger Weise Aufgabe emanzipatorischer Bewegungen - die NATO-Staaten haben ohnehin kein Interesse daran. Auch ist es richtig, Widerstand gegen die Besatzung in Afghanistan zu organisieren. Ebenso ist es legitim, dass Somalis, deren Existenzsicherung wesentlich von der EU zerstört wurde, Waffen in die Hand nehmen, um Piraterie zu betreiben.

Alleine aus dieser kleinen, noch lange fortzusetzenden Aufzählung wird deutlich, dass existierende (bewaffnete) Kämpfe und Widerstand immer wieder sowohl unsere Solidarität beanspruchen, als auch kritisch hinterfragt werden müssen.

Falls es noch klargestellt werden muss: die Frage der Legitimität von (bewaffnetem) Widerstand bemisst sich für uns nicht nach dem Maß der Legalität oder internationaler Kräfteverhältnisse.

Wir warnen davor, auf die Propaganda der/einiger NATO-Staaten hereinzufallen. Ängste vor den Islamisten und politischer und ökonomischer Instabilität, die bezeichnender Weise nur in Bezug auf Ägypten und Tunesien von westlichen Regierungen und den meisten Medien geschürt wurden, teilen wir nicht, denn ihr Vorbringen ist vor allem ein Ausdruck der Verschleierung hegemonialer Bestrebungen. Der Sturz einer Diktatur kann gar nicht schnell genug gehen. Wenn dabei Einfluss von EU- und NATO-Staaten verloren geht, umso besser.

Nachdem in Bezug auf Tunesien und Ägypten die Notwendigkeit eines langsamen und geordneten Wandels beschworen wurde, wird nun also mal wieder die alte Leier der Rettung der Zivilbevölkerung durch westliches Militär bemüht, um den eigenen Einfluss in der Region zu retten und einen neuen Krieg um EU-Sicherheit und Rohstoffe zu legitimieren. Eine Theateraufführung, die uns eigentlich spätestens seit 1999 bekannt sein dürfte.



Umso beschissener, dass auch Teile der Linken nach wie vor in ideologisiertem und bipolarem Denken verfangen sind.

Wer gegen Gaddafi ist, ist für Demokratie.

Wer gegen die Intervention der NATO ist, ist für Gaddafi und Massenmord.

Wer die Interventionen der NATO in einen kolonialen Kontext setzt, ist ein verkürzender Antiimp.

Wer gegen einen verkürzten Antiimperialismus ist, ist antideutsch.

Genau dieses schwarz-weiß Denken ist kompatibel mit einer militarisierten Weltsicht.

So wird weder ein historischer Kontext einbezogen, noch nach anderen als militärischen Lösungen gesucht. Es wird auch nicht die Frage gestellt, wessen Aufgabe es ist eine Lösung zu finden, wen es konkret zu unterstützen gilt und welcher politischen Strömung unsere Solidarität gilt – und wem wir hier in den Rücken fallen müssen, damit es eine größere Hoffnung auf eine demilitarisierte Befreiung von diktatorischen Regimes geben kann.

Gegen die Kapitulation vor der Komplexität der Dinge

Wir weigern uns, zu Gunsten der Aufständischen eine Intervention der NATO gut zu heißen.

Stellungnahmen innerhalb dieser konstruierten, bipolaren Logik sind mit Vorsicht zu genießen, doch selbst die Linkspartei meint: Wenn die EU Gaddafi in den letzten Jahren nicht einen Haufen Waffen und Geld gegeben hätte und jetzt ein Erdölembargo durchsetzen würde, wäre die Intervention gar nicht nötig.

Ja nun ist das Kind aber in den Brunnen gefallen. Hat der Diktator doch tatsächlich die ihm gelieferten Waffen benutzt, um Menschen zu töten. Damit hätte nun wirklich niemand rechnen können! Bewaffnete Widerstandskämpfer und Zivilist_innen wurden ermordet, angeblich mit Kampfflugzeugen. Das Selbe tut die NATO zwar seit über zehn Jahren z.B. in Afghanistan und schon jetzt hat es auch abseits libyscher Propaganda zig tote Zivilisten bei NATO-Bombardements gegeben, doch ist es bestimmt auch für die libysche Zivilbevölkerung total gut, nun von der NATO gerettet zu werden. Diese militaristische Logik ist einfach nur zum Kotzen!

In Syrien hat das Bath-Regime schon weit über hundert Menschen bei Protesten massakriert, in Barhain sind saudische Truppen zur Unterbindung der Proteste einmarschiert, im Sudan droht, nach der, vom Westen geförderten, Teilung des Landes, ein erneuter Bürgerkrieg und in der Elfenbeinküste hat er bereits begonnen und Millionen! sind auf der Flucht. Um nur einige Beispiele von Bürgerkrieg und Massenmord, aus nur einem kleinen Teil der Erde, zu nennen. Meint eigentlich irgendwer ernsthaft, dass irgendein (NATO-) Staat interveniert, um Menschenleben und eine „Demokratiebewegung“ zu retten?

Es ist ja wohl kein Geheimnis, dass das Interesse von Staaten immer ihr jeweiliger Einfluss ist. Die Intervention in Libyen ist selbstverständlich rein interessengeleitet. Der moralische Überbau ist nicht mehr als medial in Szene gesetzte Heuchelei.

Wenn eine Übergangsregierung anerkannt wird, dann weil sie erneut sichere EU-Grenzen, Flüchtlingsabwehr und Zugang zu Öl und Märkten garantieren soll. Wenn an Aufständische Waffen geliefert werden, dann an diejenigen, die den Zugriff der EU im Falle ihres Sieges garantieren. Wenn sich die NATO zunächst zur Luftwaffe der Aufständischen und bald vielleicht auch auf dem Boden zur Kriegspartei macht, dann um die Kontrolle über ein strategisch und wirtschaftlich wichtiges Land an der Grenze der EU herzustellen.

Die Zurückhaltung der Bundesregierung ist ebenso wie die Kritik aus den eigenen Reihen und der der SPD und Grünen, Ausdruck eines Bestrebens deutsche Interessen durchzusetzen.

Nur gibt es eben unterschiedliche Einschätzungen wie diese am besten zur Geltung kommen.

Wenn die BRD dem UN-Mandat zugestimmt hätte, wären Forderungen nach militärischer Beteiligung unvermeidlich gewesen. Denn Deutschland ist, außer den USA, der einzige NATO-Staat, der über die militärischen Fähigkeiten verfügt eine Flugverbotszone durchzusetzen - dank AWAKS-Besatzungen und Aufklärungstornados, die in der Lage sind das feindliche Radar umgehend auszuschalten. In Libyen gibt es im Gegensatz zu Ägypten oder Tunesien allerdings gar keine Ansätze von Zivilgesellschaft nach westlichem Muster, mit Parteien, Gewerkschaften usw. Auch gibt es in Libyen keine deutschen Stiftungen, Entwicklungshilfeprojekte o.ä., was die Einschätzung der Situation, im Vergleich zum Beispiel zu Ägypten, erschwerte. Die Bundesregierung war sich also einfach nicht sicher, auf welches Pferd sie setzten sollte, was welche Gruppierung eigentlich will und wer wohl letztendlich den Sieg davon tragen wird. Während sie daraus den Schluss gezogen hat sich lieber herauszuhalten – man will es sich ja mit niemanden verscherzen – sehen z.B. die Grünen und die SPD ihr Projekt des dauerhaften Sitzes im Weltsicherheitsrat gefährdet. In der hohen NATO-Kommandoebene und der „humanitären Hilfe“ ist Deutschland trotzdem dabei und eine Beteiligung an einer Seeblockade Libyens wird auch nicht mehr ausgeschlossen.

Doch vor allem Frankreich hat sich mit der frühzeitigen Anerkennung der Rebellenregierung festgelegt. Nun musste die „Koalition der Willigen“ auch dafür sorgen, dass der Gaul auf den sie gesetzt hatte, gewinnt. Wie schnell diese Rechnung aufgehen wird, lässt sich zur Zeit nicht sagen.

Doch dass die Intervention offensichtlich der Durchsetzung der Interessen westlicher Staaten dient, ist nur der eine Aspekt, weshalb der kriegerischen Intervention aufs schärfste widersprochen werden muss.

Der zweite Punkt ist eine grundlegende Kritik an der Militarisierung der Verhältnisse.

Was heißt denn Krieg? Was heißt es denn, die Situation in Libyen weiter zu militarisieren?

Ein Bombenkrieg aus der Luft bedeutet immer sehr viele zivile Tote. Die hätte es bei der eventuellen Niederschlagung der Revolte durch Gaddafi wahrscheinlich auch gegeben.

Doch zunächst eine Diktatur massiv aufzurüsten, um dann den Widerstand gegen dieselbe zu bewaffnen bedeutet die totale Militarisierung der Gesellschaft.

Im Kern der Niederschlagung der alten Diktatur wird eine erneute Gewaltherrschaft schon angelegt.

Afghanistan ist nicht Libyen, trotzdem lassen sich grundlegende Strategien vergleichen. Um Einfluss zu gewinnen, sind die EU und auch die NATO darauf angewiesen, sich mit lokalen Herrschaftsstrukturen zu verbünden. Selbst mit hunderttausenden Soldaten und dem modernsten Kriegsgerät ist ein Land sonst nicht zu kontrollieren. Die lokalen Machthaber, mit denen sich Verbündet wird, sind selbstverständlich welche, die als Gegenleistung für die Absicherung ihrer Macht, Einfluss garantieren. In Afghanistan fordert die linke und feministische Opposition, die Strafverfolgung von weiten Teilen der Verbündeten der NATO und der Regierung Karsai. Die Kriegsverbrecher der Nordallianz und einige Warlords, die sich auch mit den Taliban ganz gut arrangiert hatten, sind jedoch die Garanten der relativen Stabilität in Afghanistan und eine Stütze der NATO.

Auch in Libyen werden jetzt diejenigen Herrschaftsstrukturen unterstützt, die sich vom alten Regime losgesagt haben und trotzdem eine Zusammenarbeit mit dem Westen garantieren. Größtenteils wird unter der Fahne der 1969 gestürzten Monarchie gekämpft. Die totale Kontrolle des Regimes wird durch die verschiedener bewaffneter Gruppen und „Stämme“ ersetzt. Die Wahrscheinlichkeit, dass emanzipatorische Kräfte eine größere Rolle in dem Konflikt spielen, sinkt, je weiter er militarisiert wird. Während die libysche Revolte am Anfang durchaus spontan war und vielfach von jungen Menschen, die einfach die Schnauze voll hatten, getragen wurde, übernehmen jetzt immer mehr Funktionäre des alten Regimes und übergelaufene Generäle das Sagen. Denn einerseits macht ein Konflikt der zum Krieg wird militärische also antiemanzipatorische Organisationsformen und Befehlsketten notwendig, andererseits können und wollen emanzipatorische Gruppen keine dauerhafte Zusammenarbeit mit EU und NATO garantieren, und bekommen dementsprechend gar keine Unterstützung.

Dem gegenüber steht die Förderung bewaffneter Männerhorden einem emanzipativen Prozess grundlegend entgegen. Gewaltförmig ausgetragene Konflikte verschärfen immer auch patriarchale Zustände. Einerseits wird in Kriegen massiv sexualisierte Gewalt ausgeübt, andererseits wird männliche Gewalt in Form von soldatischen Tugenden verherrlicht. Nicht zufällig fordern feministische afghanische Organisationen als erstes den Abzug der NATO, um eine Entmilitarisierung der Verhältnisse zu ermöglichen.

Für einen radikalen Antimilitarismus

Eine Linke, die den herrschenden Verhältnissen eine radikale Kritik und Praxis entgegenstellen will, muss klar Position gegen jeden Krieg beziehen.

Wer dies nicht tut, bleibt in geschichtslosen und paternalistischen Weltbildern verhangen.

Wenn von der BRD und EU hofierte Diktaturen erst dann zum Thema werden, wenn es bereits massenhaft Aufstände und in einem Land einen NATO-Krieg gibt, läuft grundsätzlich etwas verkehrt.

Wenn große Teile der Linken sich nicht und einige sogar kriegsbefürwortend positionieren, ist dies auch eine Verweigerung, die eigenen Privilegien kritisch zu reflektieren und sich auf die Seite der Habenichtse zu stellen. Die Meisten weißen BRD-Pass-Inhaber_innen profitieren doch von der kolonialen Vergangenheit, der Absicherung des Wohlstands, der Außengrenzen und der Handelswege und den billigen Waren.

Es gilt, nicht erst gegen Diktatur zu sein, wenn die NATO dies propagiert. Sowohl die Unterstützung von EU und NATO für die Diktaturen dieser Welt, als auch der nun geführte Krieg gegen eine, sind Ausdruck der Durchsetzung eigener Interessen und einer neokolonialen Politik.

Flüchtlinge abschieben, Diktatoren unterstützen, Grenzen bewachen, Waffen liefern, geheim operieren, verschleppen, foltern, Polizisten ausbilden, Bomben werfen, Drohnen steuern, Piraten jagen, Länder besetzen, Kriege führen. All das ist doch Teil eines globalen Krisenmanagements, das Privilegien, die seit dem Kolonialismus bestehen, verteidigen und Einfluss ausbauen soll.

Dies gilt es anzugreifen – immer. Dabei sind antikoloniale Kämpfe des letzten Jahrhunderts genau wie auch aktuelle Kämpfe um Befreiung und Teilhabe am Wohlstand, wichtige Bezugspunkte.

Wer deutsche Kriegsbeteiligungen befürwortet, stellt darüber hinaus nur einmal mehr die Geschichtslosigkeit der deutschen Linken heraus. Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg! war einmal die Losung linker und kommunistischer KZ-Überlebender. Wer für eine Kriegsbeteiligung Deutschlands ist, stellt sich auch in eine Linie mit einer deutschen Geschichtsbewältigung, die seit 1999 wegen und nicht trotz Auschwitz Krieg führen will. Die Verbrechen der Deutschen werden verharmlost und die Konsequenzen verdreht.

Die Geschichte antifaschistischer und antikolonialer Kämpfe ist unsere. Um die Wiederaneignung einer solchen Perspektive auf Geschichte muss uns es gehen. Und darum Positionen zu beziehen, die sowohl dieser Geschichte als auch der Komplexität der Verhältnisse gerechter werden.

Es sind Positionen zu entwickeln, die Kämpfe zusammen denken und daraus eine Praxis abzuleiten, die den dauerhaften Kriegszustand angreift und sabotiert.

Doch das Märchen vom Ende der Geschichte, das Bedürfnis nach Sicherheit und die Individualisierung haben sich anscheinend tief in die Köpfe eingebrannt.

In mitten zahlreicher, dauerhaft, krisenhafter Entwicklungen und einem Auseinander-fliegen vieler alter Vorstellungen, Sicher-heiten und Machtverhältnisse, sitzt die radikale Linke und scheint an die Stabilität der Verhält-nisse zu glauben. Wenn wir nicht bald anfangen, die Krisentendenzen und die militärische Absicherung der Herrschaft um uns herum ernstzunehmen, werden wir weiteren Zuspitzungen sowohl als Individuen als auch als radikale Linke nichts entgegensetzen können.

Wir wollen die Instabilität, denn sie beinhaltet die Perspektive der Veränderung.

Doch damit sie uns nicht zermalmt, müssen wir endlich wieder Fragen stellen anstatt Phrasen zu dreschen. Die Krise ist überall und sie wird es uns nicht mehr ewig gestatten, dass wir uns in unsere Nischen verkriechen und Teilbereichskämpfe führen.

Also verabschieden wir uns von der Vorstellung, jemals Rente zu kriegen und positionieren wir uns als aktive Kämpfer_innen in globalen Auseinandersetzungen.

Nachschlag:

1. Wir wissen um das Dilemma, dass objektiv Aufständische in Libyen durch die NATO-Bombardements davor geschützt werden, massakriert zu werden. Wir können drauf nur eine politische und keine praktische Antwort geben. (s.o.) Wenn wir uns trotzdem gegen jede Intervention aussprechen, dann nicht weil wir dies auf die leichte Schulter nehmen, sondern weil wir die Geschichte und die Interessen der westlichen Staaten kennen. Dies gilt es auszuhalten und wenn möglich mit emanzipatorischen Kräften aus der Region zu diskutieren.

2. Der Unterstrich, wie bei Antimilitarist_in, soll deutlich machen, dass es mehr als zwei Geschlechter gibt. Aus Soldaten, Soldat_innen zu machen würde aber nicht nur die männliche Dominanz sondern vor allem die Notwendigkeit zweigeschlechtlicher und heterosexistischer Konstruktionen für das Militär, verdecken. Es kann keine Soldaten geben, die sich außerhalb dessen verorten. Deshalb verwenden wir an einigen Stellen einen Unterstrich an einigen aber auch nicht – das ist keine optimale Lösung, wenn jemanden eine bessere einfällt her damit.

Einige Autonome – BRD 30.03.2011



Warum Appelle an die Regierung auf einen Atomaustieg ein Irrweg sind!

Mit den Castortransporten im letzten Winter und vor allem nach der Katastrophe in Fukushima erhält die Anti-AKW-Bewegung neuen Aufwind und vor dem Hintergrund von wichtigen Landtagswahlen wird immer häufiger der Ruf laut, die Atomkraft „abzuwählen“.

„Wir rechnen damit, dass die gesellschaftliche Mehrheit die Bundesregierung zum einlenken bringt“, sagt beispielsweise Jochen Stay von der Initiative „ausgestrahlt“. Doch wer sich solche Illusionen macht, hat nicht verstanden unter welchen Gesichtspunkten Energiepolitik betrieben wird.

Die Energieversorgung eines kapitalistischen Staates ist wesentlicher Bestandteil des wirtschaftlichen Wachstums, welches zur Vergrößerung staatlicher Macht unabdingbar ist, um sich in der Interessenkonkurrenz zu anderen Staaten durch zusetzten. Deshalb ist es für den deutschen Staat ein Unding abhängig von Energierohstoffen (z.B. Öl oder Gas) zu sein, welche sich in Besitz von anderen Staaten befinden. Vorrangiges Interesse des Staates ist es daher planmäßig Energieautonomie herzustellen. Logisch das Deutschland deshalb auf Atomenergie setzt. Die gesundheitlichen Bedenken der Menschen im Staat spielen dabei lediglich eine untergeordnete Rolle.

Deutschland bezieht heute ca. ein Drittel seines Energiebedarfs aus der Atomenergie. Zusätzlich hatte die Rot-Grüne Regierung unter Gerhard Schröder eine „strategische Energiepartnerschaft“ mit Russland geschlossen um sich eine größere Verfügungsgewalt über die globalen Energiereserven zu verschaffen. Vor diesem Hintergrund relativierte die Rot-Grüne Regierung die Option der Kernenergie und erteilte nur noch eine befristete Betriebsgenehmigung für AKWs an die Energiekonzerne. Diese Kalkulation der rot-grünen Regierung wurde hinterher als „Atomausstieg“ gefeiert, wobei offensichtlich ist, dass bei einer Laufzeit bis 2020 sicher nicht die Sicherheitsinteressen der Bevölkerung ausschlaggebend waren.

So rechnet die schwarze-gelbe Regierung nach den gleichen Faktoren wie die rot-grüne vor ihnen.

Beide wollen „den Weg in das regenerative Zeitalter gehen und die Technologieführerschaft bei den Erneuerbaren Energien ausbauen“.

Das heißt:

* Um weiter eine Machtposition in der internationalen Staatenkonkurrenz inne zu haben werden die regenerativen Energien als wichtiges Standbein der Energieversorgung gesehen.
* Deutsches Kapital in Form der Öko-Energiebranche soll weltmarktführend sein.
* Weltweite Konkurrenzstandards für die neue Technologie sollen durchgesetzt werden.

Um genau diese Ziele geht es Frau Merkel auf den Klimagipfeln in Kopenhagen oder sonstwo und sie werden mit dem Titel „weltweite Klimarettung“ in ein hübsches Gewand gehüllt.

Wenn die Bundesregierung nun Laufzeitverlängerungen beschließt, dann liegt es daran, dass andere Staaten ganz andere Vorstellungen von ihrer eigenen Energiepolitik haben als Deutschland und dass diese zur Durchsetzung ihrer eigenen kapitalistischen Machtinteressen auf ganz andere Technologien setzten. Deshalb muss die Regierung nachrechnen ob sie nicht zu schnell aus der nationalen Versorgung mit Kernenergie ausgestiegen ist.

Allerdings kommt die Regierung in einen Konflikt mit den „regenerativen Kapitalisten“, welche schonmal im Inland garantierte Absatzmärkte verlangen. Zur Fi-nanzierung geeig-neter Netze könnte die Regierung den „Atomkapitalisten“ Geld abzweigen, was jedoch den atomaren Beitrag zum nation-alen Wachstum hem-men könnte. Bleiben jedoch die Atom-meiler länger am Netz blockieren sie möglicherweise Marktanteile und Profite der „regenerativen Kapitalisten“.

Diese Interessen, nämlich die zweier angesehener Kapitale, sind die einzigen Interessen die für eine deutsche Regierung (egal ob rot, grün, schwarz oder gelb) bei ihrer Entscheidung zählen.

Die Sorgen, Ängste und Interessen des Wahlvolkes und der Anti-Atom-Proteste sind für keine kapitalistische Regierung ausschlaggebend geht es doch in der Marktwirtschaft einzig und allein um die Vermehrung von Geld und Zuwachs staatlicher Macht.

Dieser Text wurde verfasst von Aktivist_innen der kritischen Anti-Atom-Mahnwache in Freiburg.

Konsequenzen aus Fukushima?

AA Etwa eine Woche nach dem Super-GAU in Japan wurde versucht das Bild zu vermitteln, die Lage sei wieder einigermaßen unter Kontrolle und das schlimmste hätte wohl verhindert werden können und das Thema war schon medial in den Hintergrund geraten und das Interesse abgeklungen. Erst eine weitere Woche später wird klar, dass nichts unter Kontrolle gebracht wurde und das schlimmste in vollem Gange ist: Die Kernschmelze. Hinzu kommt eine Informationslage vergleichbar mit der in Tschernobyl. Werte werden herunter-gespielt oder verheimlicht, die Betroffenen nicht über die realen Gefahren aufgeklärt.

So schrecklich wie die wahren Informationen, die nach und nach aus Japan durchsickern sind die Reaktionen hierzulande, auf all das widerlich. Während sich niemand die Mühe macht, die gesellschaftlichen Strukturen zu analysieren, in denen eine Katastrophe, deren Möglichkeit allzeit bekannt ist nicht verhindert wird, versuchen so gut wie alle öffentlich in Erscheinung tretende gesellschaftliche Akteur_innen die Katastrophe für die eigenen Herrschaftsinteressen auszunutzen. Schwer tun sich damit sicherlich, eigentliche Atomkraft-Befürworter wie die Bundesregierung oder die Stromkonzerne. Immerhin versuchen diese damit nun die Notwendigkeit der Durchsetzung von Höchstspannungsleitungen für den Ökostrom zu legitimieren (siehe Seite 20). Ansonsten ging es dort eher um Schadensbegrenzung hinsichtlich der Landtagswahlen. Nicht sonderlich erfolgreich, weil doch zu durchschaubar, war der Versuch per 3monatigem Moratorium Entschlossenheit zu suggerieren, wirkliche Entscheidungen aber auf die Zeit nach den Wahlen zu verschieben, wenn die Wogen etwas geglättet sind. Eine weitaus günstigere Ausgangspositionen hatten jene Atom-Parteien die zwar während der eigenen Regierungszeit die rechtliche Grundlage für den Weiterbetrieb der Atomkraftwerke, als Restlaufzeit, legten, und damit auch für die Laufzeitverlängerung von schwarz-gelb, die es aber dennoch schafften sich als Atomkraftgegner_innen zu gebärden. So war es für diese ein leichtes, Kapital aus der Katastrophe zu schlagen und die Wahlen für sich zu entscheiden. Selbst die Anti-Atom-Proteste wurden, zumindest in jenen Ländern in denen die Wahlen anstanden fast zu reinen Wahlkampfveranstaltungen gegen schwarz-gelb. „Abwählen!, Abwählen!“ schlug es einem dort häufig gegen den Kopf. Auch die Eliten der Anti-Atom-Bewegung nutzen die Aufmerksamkeit für das Thema um den Umbau der Anti-Atom-Bewegung von einer flexiblen, herrschaftskritischen Bewegung der 80er Jahre in eine applaudierende Masse für die Redner_innen auf den Großbühnen umzubauen.

Berechtigterweise geht dieses allgemeine Ausnutzen der Katastrophe vielen auf den Senkel. Doch dann wird meist ein „Innehalten“ gefordert. Wofür ist das aber eine Lösung?

Ich finde es verständlich wenn Menschen das Bedürfnis haben nach der Katastrophe erst einmal die Geschehnisse zu verarbeiten und den Opfern zu gedenken. Allerdings ist der GAU in Fukushima ja keine Naturkatastrophe, auch wenn er aus einer solchen hervorging (und diese erstmal auch mehr direkte Opfer nach sich zog). Die Wirkliche Katastrophe, die den GAU verursachte sind gesellschaftliche Verhältnisse, die trotz der bekannten Gefahr auf die Atomkraft setzen. Und diese Verhältnisse sind hierzulande nicht entscheidend anders. Innehalten bedeutet deshalb eben auch, die Verhältnisse unangetastet zu lassen, die die Ursache des GAUs sind. Von daher ist es nach Fukushima ebenso, oder doppelt so angebracht entschlossenen Widerstand gegen die Atomkraft zu leisten, wie vor Fukushima. Nur, dass der Widerstand nun durch die erneute Offensichtlichkeit und damit einer gefühlt höheren Gegenwärtigkeit der Gefahr der Atomkraft, potentiell massiver werden könnte, würde er sich nicht in den Wahlkampf kanalisieren lassen. Dort Akzente zu setzen ist eine Aufgabe, die die radikale Linke bisher weitestgehend versäumt hat.

Behauptet werden könnte, dass dieses Vorgehen auch wieder nur die Katastrophe für sich selber und die eigenen Ziele nutzen will. Es gibt dabei aber einen grundlegenden Unterschied:

Die Katastrophe wird dann ausgenutzt, wenn aus ihr Profit geschlagen werden soll für eigene Herrschaftsinteressen, weil das nicht zur Überwindung jener Verhältnisse beiträgt, die Fukushima verursacht haben. Denn diese Verhältnisse bestehen ja genau in der Herrschaft, mit der sich autoritär über die Köpfe der Gefährdeten hinweg darüber entschieden wird, welche Risikotechnologien angewendet werden und die potentiell Betroffenen sogar bewusst über die Gefahren desinformiert werden und so nicht einmal die Möglichkeit zur Meinungsbildung darüber haben, mit welchen Gefahren für welche Nutzen sie leben wollen, und mit welchen nicht.

Weil in der Logik der Marktkonkurenz



sowie der Konkurenz der Nationalökonomien der Verzicht auf rentable (aber gefährliche) Technologien einen Standortnachteil bedeuten würde, muss die Selbstbestimmungsmöglichkeit der Menschen dem untergeordnet werden. So gesehen ist es dann auch rational wenn die bekannten Gefahren der Atomkraft übergangen, verschwiegen und in Kauf genommen werden. Ebenso rational ist es, aus Sicht der Politik, in Zeiten des Super-GAUs von Mitleid zu reden und davon, irgendeine Sicherheit überprüfen zu wollen - bis das Thema wieder in den Hintergrund gerät. Bloß ist das Überprüfen der Sicherheit eines Atomkraftwerke natürlich ein genauso schlechter Witz, wie das Mitleid – sind zigtausende Strahlentote doch immer als Möglichkeit mit eingerechnet bei der Entscheidung für die Atomkraft. Wer nun gegen die Verhältnisse aktiv wird, die Fukushima jederzeit als Möglichkeit in sich trägt, handelt zwar sicherlich aus eigenem Interesse (zum Beispiel nicht beim nächsten GAU direkt betroffen zu sein), aber auch darauf hin, dass sich Tschernobyl und Fukushima nicht widerholen, um gar nicht erst mit den Strahlentoten im atomaren Normalbetrieb anzufangen.

Innehalten ist in dieser Situation also nicht in dem Sinne angebracht still zu halten, sondern in jenem zu reflektieren. Nämlich eben über die Verhältnisse, die die Atomkraft und damit Fukushima hervorbringt, aber nur als Spitze des Eisberges. Denn andere riskante, oder dauerhaft zerstörerische Technologien sind ebenso Alltag, oder ist die Katastrophe von Deep Water Horizon schon vergessen? Und darüber ob nicht vielleicht ein neuer Umgang mit Entscheidungen über Technologien (riskiohafte, aber auch im allgemeinen) gefunden werden muss. Und zwar dahingehend, dass nicht mehr Marktgesetze darüber entscheiden, welche Menschen welchen Gefahren und Belastungen ausgesetzt werden, sondern die Betroffenen Menschen selber.



In die genau gegenteilige Richtung gehen nun aber die Maßnahmen der Bundesregierung: Ein Ethik-Rat wird gegründet, der darüber entscheiden soll, wie ein „Atomausstieg mit Maß“ stattfinden kann. Ein Ethik-Rat – das klingt erstmal gut. Das klingt nach: „endlich sind es nicht mehr bloß wirtschaftliche Abwägungen, die entscheiden, sondern auch ethische“.

Die Idee dafür ist abgeschustert von der Schlichtung im Streit um Stuttgart 21. Wo das scheinbar linke, weil auch bei Attac, CDU-Mitglied Heiner Geißler sich solange als neutral oder kritisch gab, bis viele Gegner_innen ihr Vertrauen in ihn legten, bis er dann als scheinbaren Konsens verlauten ließe: S 21 wird gebaut, und dafür verpflanzen wir ein paar ausgewachsenen Bäume. So werden nun für den Ethik-Rat ein paar scheinbare Atom-Kritiker_innen aus den eigenen Reihen aufgebaut, wie Klaus Töpfer (CDU) oder Michael Vassiliadis (Chef der Industriegewerkschaft IGBCE) um dann einen Gesellschaftskonsens zu konstruieren.

Die Logik dahinter einen Ethik-Rat zu gründen ist aber allgemein absurd. Worüber soll der denn nachdenken? Und wieviele Semester Ethik benötigt mensch um diese Entscheidungen treffen zu können?

Eine Frage, die alle betrifft und über die nur die potentiell Betroffenen entscheiden können (was im Falle der Atomkraft recht viele sind), soll von der abstrakten Ebene des Parlamentarismus, auf der es über Jahrzehnte nicht möglich war die Abneigung der Menschen in einen Atomausstieg umzusetzen, auf die noch abstraktere Ebene - durch nichts mehr legitimierte – Ebene eines Expert_innenrates gehoben werden. Und das wird dann als entschlossenes Handeln aufgrund der Katastrophe verkauft.

Der Job dieses Ethik-Rates wird es nun sein, eine Lösung zu finden die zwar den Weiterbetrieb der Atomkraft sichert, aber als „Kompromis“ oder als „Konsen“ verkauft werden kann. Das Ganze wird dann irgendwo zwischen dem rot-grünen „Ausstieg“ und dem schwarz-gelben „Ausstiegs-Ausstieg“ liegen. Mein Tipp: 5 der ältesten Meiler werden komplett abgeschalten und der Ausstiegstermin wird etwa bei dem rot-grünen "Konsens" liegen. Am Ende wird der GAU dann dazu führen, dass das, was die Anti-Atom-Bewegung stets als "Nonsens" bekämpfte, nun breit abgefeiert werden wird als wahrhafter Konsens. "Ganz Deutschland" wird sich in den Armen liegen, wie nach einem gewonnenen WM-Viertelfinale, bloß mit Anti-Atom-Sonnen im Gesicht statt Deutschlandflaggen und wird die neue Form der Demokratie feiern mit Schlichtung, Einbeziehung und Konsens.

Nantes: A community fights on against the invasion of the bulldozer empire

zad And as the empire grows, the community must also grow, and look for those to join the fight.

For a rural area of farms, fields, houses, marshlands and forests, 25 km north of the city of Nantes, France, a storm cloud has been gathering for over 40 years. As an integral part of the massive expansion of the so-called «ecometropole» of the grand-ouest, the local government has been buying up an area of over 1000 hectares to make way for the construction of a so-called «high quality environmental project» - a new airport, highway bypass and tgv train line. This zone is officially known as the ZAD, «Zone d'Amenegment Differè» and by us who resist as the «Zone A Defendre».

Since the announcement of the plans, local residents and farmers have organised their resistance through petitions, demonstrations, tractor occupations and blockades. In spring and autumn '09, the area was in a state of military guard, as 150 military cops were sent out to protect machines involved in the early works of core drilling and soil sampling. This is not a normal course of action; rather it was the response of the local government to acts of sabotage that occurred earlier on during the works.

In September 2009, after a climate camp, a call was made to occupy the abandoned houses and threatened areas of the ZAD, with support of local people in resistance to the airport.

This call has been answered. Already there are some 13 occupied areas in the ZAD, including empty farmhouses, caravans on abandoned land, forests and collective gardens. On July 15th 2010, authorities delivered papers to 5 occupied areas, warning the occupiers that they should vacate these places by the 30th july or face legal proceedings and evictions. Earlier that day, an agreement was signed by 5 unimportant bureaucrats to finance the construction of the airport. On 29th july, about 40 people occupied the council offices in Nantes. The next day it was made public that the multinational construction company vinci had been awarded the contract to build the airport.

Already the first works have begun on the Barreau Routier, a highway bypass being built to serve the airport. In August the city of Nantes made public their search for a security company to be on constant guard on the construction sites and areas around the ZAD.

But we won't be moved so easily. Busily growing food to support us over the next few years, looking for further areas that are to be occupied and defended when the time comes. If you have your own project to contribute, like setting up a new space, garden, ideas for taking action, or any other useful resources or unusual talents, even better. We are encouraging people to try and be as self sufficient as possible within this space, as well as wanting to be inspired to become part of this ever growing struggle against the machine of progress.

If you can't come to visit us, maybe you feel the need to visit some sites or offices of vinci in your area.

Wishlist / ideas of stuff to bring along:

bicycles and trailers, tarps, tools, building and barricading materials, climbing materials, computer and technical skills, wheelbarrows, rope of all kinds, books, vans/trucks, media ressources, ideas, inspiration, fighting energy, dentists, donkeys and dragons.

Stand: 17.09.2010

Reclaim the Fields and the Squats of the ZAD

FOR A FIGHTING FARM, LET'S SQUAT THE LAND!

For forty years, those who decide and those who tarmac have been salivating over a new airport near to Nantes to feed their voracious dreams of a metropolis and of economic expansion. This project would cover 1650 of agricultural land and rural hamlets: the ZAD («zone of recorded planning» in French administrative language, in other words, the «Zone About to be Destroyed»). The Notre-Dame-des-Landes airport project, which could have been shelved as a inopportune anachronism, has been adapted over time, becoming a flagrant symbol of the con and the ideological arrogance of «Green Capitalism».

The struggle has reached a critical stage with the signing, this January, of the construction and exploitation contract with the Vinci group, world leader in planning territories. The colossal propaganda offensive is being reinforced to justify the project, as it's promoters must feel they are walking a tightrope. Although they aim to start work in the coming years, we know we can still win this fight and we are prepared to ensure that any attempt to tarmac these lands will cost them dear. The examples of victories won in this region in the past, including the defeat of the nuclear projects in Plogoff, Carnet or Pellerin, show that even the most megalomaniac companies can be paralyzed with enough determination and the right tools.

As well as the many actions in support of the farmers and residents resisting




Klimacamp bei Nantes

around the affected area, over the past two years, more and more people have begun to reclaim, bit by bit, the houses and lands that have bee bought up by the promoters of the airport. A living base is being constructed in the so called “ZAD”: tree houses and cabins, vegetable gardens, restored farmhouses, meeting spaces and workshops, a bakers, a library, a graphics workshop. There are currently more than sixty new inhabitants in the ZAD spread over more than fifteen sites.

As part of this dynamic, the demo-action of the 7th May aims to set up a collective agricultural project in abandoned fields to defend these lands, live in them and contribute to feeding th ZAD and the surrounding areas.

This initiative is the fruit of the connections between Reclaim the Fields, network of European farmers and landless peasants, and squatters in the ZAD. It is a call to all those who fight for the future of agriculture, those who have been giving life to the local resistance for so long, and who will not give in to resignation and all those who today want to join this struggle.

We invite you to a moment of collective action on the 7th May, a gathering and a festival. We propose that you stay for the following days to help set up the project. For access to land!

Many men and women want to cultivate the land in ways that defy the the agro-foods industry, synonym of global economic exploitation, environmental destruction, and of society's managerialism. They face many obstacles. One of the major problems faced is access to land, constantly disap-pearing under asphalt, or controlled by the dominant land owners, gobbled up by policies of constant expansion of the massive monoculture plots.

More and more people and collectives, particul-arly in the cities, are seeking ways to feed themselves with local produce based on direct exchange or producing to meet part of their own food needs. This process is also hitting barriers put up by agricultural policy and the current trends in urbanization and land grabbing.

There is a lot of agricultural land in the ZAD. Despite the initiatives that have sought to maintain their use over the past decades, some are now abandoned and others are facing expropriation. Existing rental contracts will cease to be renewed as the works advance. All the lands will be lost if the airport projects reaches completion.The initiative of the 7th May is a step in the construction of a wider movement to liberate land.

Against the airport and the world it represents!

The fight against Notre-Dame-des-Landes Airport is at the crux of the problems that motivate us to unite, reflect and seek collective strategies. Through this struggle we are fighting against low quality long distance food, industrial society and the climate change that goes with it, policies of economic development and control of land, the megapolis and the normalization of its ways of life, the privatization of common goods, the myth of growth and the illusion of democratic participation...

Now, as preparations for the works intensify, the challenge is to give new energy to the struggle. That could involve directly opposing the geological and land surveys, public consultations, and possible evictions, or upping the pressure against the promoters of the project and the companies involved, or it could mean building moments of collective mass action. The squatting of the ZAD is an important foundation on which to build the fight against the airport. Squatting the affected area enables us to unite our creativity and construction with our resistance. It connects our experiences of life and production with an offensive dynamic that aims to stop any cons-truction work before it begins.

The airport shall not pass. We will not be part of their plan!

Practical Info:

There will be action, but also food, dance, speeches and exchanges. For those of you coming from far away who would like to help with the preparation in the days before, or stay to support the work setting up the project after the 7th May, there will be the possibility to camp. Come, if you can, with tools, gloves, pruning shears, hoes, pitchforks,... All for the farming project is also welcome:: agricultural material, seedlings, seeds, financial support,...

Contact: reclaimthezad@riseup.net

Stand: 11.04.2011



Und nächstes Mal... Kohle, Klima, CCS

Floh Wenige Tage nach dem Beginn des GAUs in Fukushima ließ die FDP verlauten, ein Rückzug aus der Atomkraft, sei nur dann möglich, wenn verstärkt auf Kohlekraft gesetzt würde. In guter Tradition wird also wieder versucht, die Gegner_innen dieser beiden Dinosauriertechnologien gegeneinander auszuspielen. Wenn die Kohlekraft wegen der Klimadebatte in der Kritik



steht wird der Atomstrom als die grüne Rettung gepriesen und wenn ein Atomkraftwerk in die Luft geht, dann ist die Kohlekraft der Ausweg aus der strahlenden Gefahr.

Dass beide Technologien weder notwendig sind (selbst innerhalb der Maxime, den Strombedarf der Binnenwirtschaft zu decken) noch der aktuellen Situation, in der schwerfällige Großkraftwerke nicht die Förderunterschiede der Erneuerbaren ausgleichen können, angepasst sind ist egal. Denn es geht ja genau darum, die Abhängigkeit der Menschen von zentralisierter Stromerzeugung aufrecht zu erhalten und dazu taugen die Erneuerbaren bisher kaum (siehe Seite 20). Um sich dennoch der Vorwürfe der Ökoschweinerei erwehren zu können, setzen die großen Energieversorger auf eine Technologie, die es zwar noch gar nicht gibt, mittels derer aber schon einmal alle zu bauenden Kohlekraftwerke als „grün“ getauft werden: Carbon Dioxide Capture and Storage, oder auch CO2 Abscheidung und -Speicherung. Das CO2 soll an den Schornsteinen abgefangen werden und unterirdisch verpresst werden, wo es auf auf unabsehbare Zeit als große Gefahr lauert und entweichen kann. An vielen Standorten in Deutschland soll die Endlagerung des CO2s nun „großtechnisch erprobt“ werden - gegen den Widerstand von Umweltschützer_innen und Anwohner_innen. Vor allem im Norden Deutschlands sind Probeverpressungen geplant, wie in Schleswig Holstein, Brandenburg oder Sachsen-Anhalt. Der Widerstand dagegen steht noch am Anfang, ist aber vielerorts breit getragen.

Währenddessen werden an vielen Orten in Deutschland, Europa und der ganzen Welt weiter Gebiete für den Kohleabbau geopfert. In Deutschland wird es im Jahr 2011 mit 2 Klimacamps an den beiden großen Braunkohleabbaugebieten in Garzweiler und in der Lausitz einen großen Fokus auf den Widerstand gegen den Kohleabbau geben. Auch in Großbritannien gibt es massiven Widerstand gegen riesige Kohleprogramme.

Und zu guter Letzt werden immernoch neue Kohlekraftwerke gebaut, was einem klimatechnischen Selbstmord gleichkommt. Viele der einstmals … geplanten Kohlekraftwerke konnten in Deutschland bisher zwar verhindert werden. Aber viel zu viele sind immernoch in Planung, in Bau, oder schon fertig gestellt.

Die nächste Ausgabe des grünen blatts, das rechtzeitig für die Klimacamps erscheinen soll, soll von all diesen Auseinandersetzungen handeln: Der lokale Widerstand an verschiedenen Orten – nicht bloß in Deutschland, die aktuelle politische Lage, eine technische Analyse der Gefahren der CCS Technik, eine Auseinandersetzung mit dem Stellenwert der Verbrennung von Kohle im gesamten Klima-Kontext, die genauen Methoden der Kohle-Lobby die CCS Technologie für die eigene Grünfärberei zu benutzen und Vorschläge und Utopien einer postfossilen Gesellschaft als Gegenbild. Aus all diesen Blickwinkeln und natürlich auch aus weiteren, soll dieser Themenkomplex angegangen werden. Wir hoffen auf eine breite Beteiligung und viele Texte für das nächste Titelthema. Bitte stellt eure Artikel bis zum 1. Juli 2011 ins grüne blatt Wiki.



Mitmachen beim grünen blatt:

Das neue grüne blatt soll offener werden als bisher. Dazu wurde eine Wiki-Internetseite unter http://gruenes-blatt.de/ eingerichtet, auf der du deine Artikel veröffentlichen kannst. Mach mit beim grünen blatt, egal ob Layout, Internetarbeiten, Redaktion, Verbreitung, Vernetzung... Melde dich! mail@gruenes-blatt.de

TROUBLE-X

QuEer

...ist ja schon seit längerer zeit alles und jede_r!

www.myspace.com/troublextroublex

.die party:

"cooles" make-up

neon

silber

.das veranstaltungsblatt:

blahblah mainstream queer in der stadt

HAPPY HOMO!

* meint aber eigentlich: "schwul" und ein bißchen "lesbisch" aber auf keinen fall "trans*"...

.die show:

ha!

jetzt mein slip...

.alles schön und gut. nur leider fehlt mir persönlich dabei nur all zu oft:

KASSE

geile schnitten

(B) ...aber auch ganz viele "mannweiber"...

(D) wieso sollte ich ihn_sie von der party werfen wenn er_sie es nicht so gemeint/sich entschuldigt hat??

...(nur) weil er_sie bulle ist? er_sie ist doch auch trans*...

bitte?

SICK URITY

(B)+(E) bump your black butt...

schwarze können

so gut tanzen

(E)

SHOW

(A)

(C)

WC

(A) ein gefühl für die (möglichen) grenzen anderer (B) ein anti-sexistischer anspruch (C) eine dekonstruktion von "geschlecht" (D) eine (radikale) linke praxis (E) "critical whiteness"

www.gender-killer.de www.definitionsmacht.tk www.copyriot.com/diskus/03_04/01_weiss.html

.ich finde ja (wie ein_e freund_in so schön sagt): queer kannst du nicht sein

KASSE

lest euch das bitte durch.

Please: respect each other
* all identities and personal boundaries are self-defined
* no sexism
* no racism
* etc...

SICK URITY

ja klar glaube ich dir! welche art von unterstützung brauchst du jetzt?

danke.

...fortress europe...

ich mag wie

er_sie tanzt

die nächste nummer enthält für einige von uns möglicherweise trigger... bitte beachtet...

WC

queer kannst du nur handeln!

www.troublex.blogsport.de

3:2008

ISSN 1612-2186

